

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 36. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 13. Juni 2023 / 14. Juni 2023
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.50 Uhr (13.06.2023) / 18.00 – 20.25 Uhr (14.06.2023)

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Henry Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin (Entschuldigt am 13.06.2023)
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Angela Gröner, Leiterin Stabsdienste / Rudolf Spinnler, Jurist

Dienstag, 13. Juni 2023

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Alex Beer, Mehmet Can, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: Corinne Probst, Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 37 Anwesende = 25
19.00 Uhr 38 Anwesende = 26

Mittwoch, 14. Juni 2023

Anwesend:	Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Alex Beer, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klausner, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf
Entschuldigt:	Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Patrick Kneubühler, Swen Wyss
2/3-Mehrheit:	18.00 Uhr 35 Anwesende = 24 18.15 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle des zurückgetretenen Etienne Winter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2024)
Wahlvorschlag: Malik Lautenschlager Geschäft 4652
2. Bericht des Gemeinderates vom 22.3.2023, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 10.5.2023, betreffend **Jahresrechnung 2022**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4661 / A
3. Bericht des Gemeinderates vom 29.3.2023, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission, vom 30.5.2023, betreffend **Geschäftsberichte 2022 des Gemeinderates, der Schulräte und den übrigen Behörden**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4662 / A
4. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 30.5.2023, betreffend **Tätigkeitsbericht 2022**
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Henry Vogt Geschäft 4663
5. Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 22.5.2023, zur **Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, sowie Beantwortungen zum Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement §16 Büro, Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement §22 GPK und Verfahrenspostulat der Geschäftsprüfungskommission, vom 21.11.2022, betreffend §22 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (zusätzliche Kompetenz für die Geschäftsprüfungskommission), 1. Lesung**
Geschäftsvertretung: ER-Büro Geschäft 4373C
Geschäft 4572 / A
Geschäft 4574 / A
Geschäft 4650 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 22.3.2023, betreffend **Versorgungskonzept Alter der Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch (ABS)**, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 21.5.2023, und Beantwortung zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 1.4.2019, betreffend **Überarbeitung Alterskonzept Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4447B / C
Geschäft 4436 / B

7. Bericht des Gemeinderates vom 7.12.2022, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.3.2023, betreffend **Dritter Zwischenbericht zur Motion von Matthias Häuptli, GLP, betreffend «Tempo 30 in Quartierstrassen» sowie Sondervorlage für die Realisierungsarbeiten zu «Tempo 30 in Quartierstrassen»**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4500D/E/F
8. Bericht des Gemeinderates vom 11.1.2023, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 25.4.2023, betreffend **Reglement über den Fonds von Infrastrukturbeiträgen aus Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan, 1. Lesung**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4601 / A
9. Bericht des Gemeinderates vom 16.5.2023, zum Postulat von Simon Trinkler, Grüne, vom 7.12.2021, betreffend **Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4596 / B
10. Motion von René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion und Melina Schellenberg, SP, vom 18.4.2023, betreffend **Bemerkenswerte und schützenswerte Bäume – Inventar und entsprechende Schutzbestimmungen bevor Allschwil zur Grauzone wird**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4666
11. Wahl der Mitglieder des **Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2023/2024**
a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen Geschäft 4668
12. Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2022, betreffend **Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder**, sowie Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 17.5.2023, betreffend **Teilbericht A: Wirkungs- und Erfolgskontrolle zum Prüfbericht 4449 sowie GPK-Kommissionsbericht zum Einwohnerratsgeschäft 4449D**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4449D
Geschäft 4671
13. Bericht des Gemeinderates vom 16.5.2023, betreffend **Einsetzen und Wahl einer Spezialkommission Künftige Führungsstrukturen der Primarstufe Allschwil**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4670

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 35 vom 13./14. Juni 2023

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Henry Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Henry Vogt, Präsident: Guten Abend miteinander. Ich begrüsse euch zur heutigen Sitzung, der Plenarsitzung vom 13./14. Juni 2023. Entschuldigt sind Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli, Einwohnerrat Swen Wyss sowie Einwohnerrätin Corinne Probst. Verspätet sind Nico Jonasch, Florian Spiegel und Andi Bammatter. Wir kommen zur Präsenzkontrolle.

Vielen Dank. Zu meinen Mitteilungen: Erstens würde ich doch gerne erwähnen, dass es heute und morgen die letzten zwei Sitzungen von Evelyne Roth sind. Sie tritt per Ende August aus dem Einwohnerrat aus. Entsprechend, falls sie jemand schon heute verabschieden will, der morgen nicht hier ist, kann er das gerne tun. Die Sitzung heute ist vollbepackt. Wir werden heute maximal bis 22 Uhr sitzen. Morgen dafür, an der Sitzung vom 14., werden wir das Traktandum 11, 12, 13 behandeln. Danach ist natürlich der Apéro des neuen Einwohnerratspräsidenten an der Reihe. Wie immer nach der Sitzung, bitte den Saal zügig verlassen und sich ins Foyer begeben, dort kann natürlich weiterdiskutiert werden. So aber kann der Hauswart den Saal abschliessen und muss nicht warten. Die Türen werden nach dem Verlassen des Gebäudes automatisch geschlossen.

Wir kommen zur **dringlichen Interpellation**. Das ist das Einwohnerratsgeschäft **4674**, *Entscheidungsprozess «Neue Führungsstrukturen in der Primarschule»* von Lucca Schulz, SP-Fraktion. Lucca, möchtest du eine kurze Begründung einreichen?

Simon Trinkler, Präsident Kommission für Kultur und Soziales (KKS): Nicht zur Interpellation aber zur Traktandenbereinigung.

Henry Vogt, Präsident: Das kommt dann, wenn die Traktandenbereinigung an der Reihe ist.

Simon Trinkler, KKS-Präsident: Danke schön.

Henry Vogt, Präsident: Bitte.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Merci für die Gelegenheit zur Wortmeldung. Es ist doch klar, dass das Vorgehen des Gemeinderats betreffend die Auswahl zwischen den neuen Führungsstrukturen Primarstufe Fragen aufgeworfen hat. Das ist offenkundig. Sieht man auch durch die andere, dringliche Motion, die eingereicht wurde. Die dringliche Interpellation möchte jetzt einfach, dass man den Prozess etwas durchleuchtet, damit man sieht, weshalb der Gemeinderat so entschieden hat, wie er entschieden hat. Es sind durchaus auch kritische Fragen, geben aber dem Gemeinderat auch die Gelegenheit, sich zu erklären, was er sich dabei gedacht hat. Die Dringlichkeit ist in diesem Sinn darin begründet, dass wir heute, also an dieser Doppelsitzung, das Thema Primarschule mehrmals behandeln werden. Wenn man nun sagt, man möchte keine Vergangenheitsbewältigung machen, wäre das jetzt eigentlich der richtige Zeitpunkt, um für die Dringlichkeit zu sein. Denn dann behandeln wir es heute und nicht erst im Herbst oder Winter, dann wird es wirklich

langsam Vergangenheitsbewältigung sein. Deshalb besten Dank, wenn Sie die Dringlichkeit unterstützen können.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Damit die Dringlichkeit gegeben ist, benötigen wir eine 2/3-Mehrheit. Entsprechend stimmen wir jetzt ab. Wer für die Dringlichkeit ist, kann das jetzt mit der gelben Karte bezeugen. Vielen Dank. Wer gegen die Dringlichkeit ist, bitte jetzt mit der Karte bezeugen. Enthaltungen?

://:

Für das 2/3-Mehr benötigen wir 25 Stimmen. Ja gestimmt haben 23, Nein 13 und 1 Enthaltung. Somit ist die Dringlichkeit nicht gegeben.

Henry Vogt, Präsident: Ausserdem ist eine **dringliche Motion** von der EVP/GLP/Grüne-Fraktion eingegangen, ebenfalls zum **Führungsmodell Primarstufe**. Hier wird sie auch aufgelegt. Natürlich kann sich jetzt Miriam Schaub auch über die Dringlichkeit äussern.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Lieber Präsident, liebe Anwesende. Diese Motion entstand nach der letzten Fragestunde. Bei uns entstand eine grosse Befürchtung, dass der Gemeinderat den Zeitplan nicht im Griff hat. Es wurde uns gesagt, die Vorlage würde im Dezember vorgelegt, und dann müssten wir auch gleich entscheiden. Dann bleibt dem Einwohnerrat keine Zeit mehr für eine Beratung und gründliche Auseinandersetzung damit. Ich möchte noch – lauter? – ja – sorry, genau – ich möchte einfach wirklich noch etwas betonen. Der Entscheid über das neue Führungsmodell liegt in der Kompetenz des Einwohnerrats. Der Landrat, der das Gesetz erlassen hat, wollte dies explizit. Wir möchten, dass das Geschäft gut beraten werden kann, und wir haben auch das Recht dazu. Dazu wollen wir eine gute Entscheidungsgrundlage. Das möchten wir hiermit fordern. Damit der Gemeinderat einen expliziten Auftrag hat, haben wir diese Motion erarbeitet, um ihn zu verpflichten, uns rechtzeitig – ich habe es unterstrichen – eine Vorlage zu bringen. Der Gemeinderat wird uns dann morgen fragen, ob wir eine Spezialkommission und eine Projektorganisation wollen. Ich nehme es schon mal vorweg: Unsere Fraktion wird dann dazu geschlossen nein Danke sagen. Wir finden, so kompliziert kann diese Ausarbeitung einer solchen Vorlage nicht sein. Wir sind nicht die erste Gemeinde und wir sind nicht der erste Kanton.

Ich möchte noch etwas zum Zeitplan sagen. Denkt daran, wenn man politische Geschäfte plant – im Dezember haben wir übrigens auch noch eine Budgetsitzung – wir benötigen je nach Ausgang zwei Lesungen, vielleicht möchte es eine Kommission beraten, auch dies benötigt Zeit, es muss noch ein Bericht geschrieben werden, und ich denke, wir benötigen auch noch Zeit, um darüber zu diskutieren. Insofern muss der Gemeinderat die Vorlage eigentlich ziemlich schnell nach den Sommerferien bringen, damit diese Zeit vorhanden ist. Darin ist auch gleich die Dringlichkeit begründet. Insofern bitte ich Sie gerne um Unterstützung, dies auch vielleicht im Sinn eines Plan B. Danke.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank dafür. Auch hier ist ein 2/3-Mehr erforderlich. D. h. mindestens 25 Stimmen. Also stimmen wir jetzt ab. Wer dafür ist, dass diese Motion dringlich ist, soll das bitte jetzt mit der Karte zeigen. Vielen Dank. Wer dagegen ist, bitte jetzt! Danke schön. Enthaltungen?

://:

Wie bereits erwähnt, das 2/3-Mehr liegt bei 25 Stimmen. Wir haben hier 26 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Damit ist die Dringlichkeit gegeben. Die Antwort des Gemeinderats wird nach der Pause und die Beschlusserfassung, die Überweisung durchgeführt. Danke schön.

Henry Vogt, Präsident: Zu den übrigen Vorstössen, die eingereicht wurden:

- Einwohnerratsgeschäft **4672, Interpellation** betreffend **Bauen für Bildung** von Ueli Keller sowie
- Einwohnerratsgeschäft **4673, Interpellation** betreffen **Mitsprache beim 8er-Tram?** auch von Ueli Keller
- **Motion** der Grünliberalen, Matthias Häuptli sowie mitunterzeichnet von Urs Pozivil, FDP, zur **Parkkarte für Allschwiler Unternehmen**

- **Postulat** der kompetenzgerechten **Aufgabenteilung 1 der Steuerveranlagung**, von Christian Jucker
- **Postulat** der kompetenzgerechten **Aufgabenteilung 2 Baubewilligungen** von Matthias Häuptli.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich kann bekannt geben, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob Änderungsanträge zur Traktandenliste vorliegen?

Simon Trinkler, Präsident KKS: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich beantrage, das Traktandum 6, Versorgungskonzept Alter der Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch, von der Traktandenliste abzusetzen. Dies, weil ich zwar im Vorfeld stark darauf gedrängt habe, dass es draufkommt, aber eines Besseren belehrt wurde. Es ist natürlich klar, dass Binningen, eigentlich der Einwohnerrat, zuerst über dieses Geschäft abstimmen sollte. Deshalb die Absetzung, mit der Hoffnung, dass wir es im September wieder traktandieren und einen gemeinsamen Beschluss fassen können.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung. Das einfache Mehr ist hier ausreichend. Wer für die Absetzung des Traktandums 6, Vorsorgekonzept, ist, könnte das jetzt mit der gelben Karte zeigen.

:::

Das ist grossmehrheitlich. Damit ist Traktandum 6 von der Traktandenliste gestrichen.

Wir kommen zu Traktandum 1 – Matthias Häuptli, bitte.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Zur Traktandenliste. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich beantrage, die dringliche Motion, bei welcher nun die Dringlichkeit bejaht wurde, nach dem Traktandum 13 zu behandeln, weil es in der Sache eigentlich ins Gleiche läuft. Also letztlich muss man wissen, was bezüglich der Einsetzung einer solchen Spezialkommission entschieden wird, damit man dann über den Plan B entscheiden kann. Danke schön.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Auch hier reicht das einfache Mehr. Wir stimmen ab, ob wir die Verschiebung durchführen. Wer dafür ist, kann das mit der gelben Karte bitte zeigen.

:::

Auch das ist grossmehrheitlich. Wir können also die dringliche Motion morgen behandeln.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro anstelle des zurückgetretenen Etienne Winter, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2024)
Wahlvorschlag: Malik Lautenschlager, Geschäft 4652

Henry Vogt, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Ist stille Wahl bestritten? Somit ist Malik Lautenschlager in stiller Wahl gewählt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 22.3.2023, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 10.5.2023, betreffend Jahresrechnung 2022

Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4661 / A

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat an: Ist Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Rednerliste ist wie folgt: Ausführungen von FIREKO-Präsident Mark Aellen, anschliessend die Ausführungen von Vizepräsident Franz Vogt, Vertreter der Fraktionen, anschliessend Rednerliste.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Ich gebe das Wort zuerst dem Gemeinderat.

Franz Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich möchte sie herzlich zur Präsentation der Rechnung 2022 begrüssen.

Die Präsentation ist wie folgt gegliedert:

Nach einem kurzen Überblick werde ich auf die Sondereffekte der Rechnung eingehen. Im Anschluss werde ich Ihnen die wichtigsten Abweichungen zum Budget anhand der Artengliederung aufzeigen, bevor ich Ihnen die wichtigsten Eckdaten zur Bilanz und zur Investitionsrechnung erläutere. Beenden werde ich meine Präsentation mit einigen Worten zur Verschuldung sowie mit einem Fazit.

Die Gemeinde Allschwil schliesst das **Geschäftsjahr 2022** mit einem **Ertragsüberschuss von 35'115 Franken** ab. Dieses Ergebnis berücksichtigt eine freiwillige Einlage in die finanzpolitische Reserve von 8,5 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 9'210'720 Franken und liegen damit 9'572'354 Franken unterhalb des budgetierten Betrags von 18'783'074 Franken.

Korrigiert man das Ergebnis 2022 um die periodenfremden und ausserordentlichen Aufwendungen und Erträge, so ergibt sich folgendes Bild: Somit weist das bereinigte Ergebnis einen Ertragsüberschuss von 1'471'131 Franken aus.

Kommen wir zu den wesentlichen Abweichungen zum Budget auf der nächsten Folie.

Die **Aufwandseite der Erfolgsrechnung nach Artengliederung** weist im Vergleich zum Budget eine Abweichung von 12,8 Mio. Franken aus.

Dieser **Mehraufwand** setzt sich wie folgt zusammen: Der Personalaufwand liegt um 0,8 Mio. Franken bzw. 1,7 % über dem Budgetwert 2022. 0,3 Mio. Franken davon resultieren aus den Mehrkosten für das Lehrpersonal und 0,5 Mio. Franken aus den Mehrkosten des Betriebs- und Verwaltungspersonals. Diese Mehrkosten resultieren hauptsächlich aus den Funktionen allgemeine Verwaltung (CHF 250'000), Bildung (CHF 635'000) sowie soziale Sicherheit (CHF 107'000).

Beim **Sach- und übrigen Betriebsaufwand** wurde das Budget um 1,2 Mio. Franken oder 8,1 % überschritten. Dies ist hauptsächlich auf höhere Wertberichtigungen auf Steuerforderungen in der Funktion Finanzen und Steuern sowie auf die neu gebildete Rückstellung zur Sanierung des Schiessplatzes in der Funktion Umweltschutz und Raumordnung zurückzuführen.

Die **Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen** liegen mit einer Abweichung von 0,2 Mio. Franken, bzw. 2,6 % im Rahmen des Budgets.

Der **Finanzaufwand** liegt ebenfalls im Rahmen der Erwartungen gemäss Budget und weicht lediglich um 1,1 % ab.

Die Einlagen in **Fonds und Spezialfinanzierungen** sind 0,3 Mio. Franken unter Budget. Diese Position entspricht hauptsächlich dem Ergebnis der Spezialfinanzierung. Hauptgrund für diese Abweichung sind die tieferen Erträge aus Infrastrukturbeiträgen und somit ein geringerer Aufwand aus der Fondseinlage.

Der **Transferaufwand** liegt mit 50 Mio. Franken um 2,9 Mio. Franken über Budget. Der grösste Teil dieser Abweichung ist auf den horizontalen Finanzausgleich zurückzuführen. Aufgrund der sehr guten Steuereinnahmen im Jahr 2021 fiel der Finanzausgleich 2022 höher aus als budgetiert. Zudem fielen im Berichtsjahr höhere Aufwendungen sowohl in der stationären wie in der ambulanten Pflege als auch im Asylwesen an.

Der **ausserordentliche Aufwand** ist vollständig auf die Einlage im Umfang von 8,5 Mio. Franken in die finanzpolitische Reserve zurückzuführen. Solche Einlagen dürfen gemäss HRM2 auch nicht budgetiert werden.

Die **interne Verrechnung** ist 2022 etwas tiefer als budgetiert ausgefallen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Kostenverrechnung im Bereich des Feuerwehr- und Zivilschutzverbundes.

Die **Ertragsseite der Erfolgsrechnung nach Artengliederung** weist im Vergleich zum Budget eine Abweichung von 12,8 Mio. Franken aus.

Dieser **Mehrertrag** setzt sich wie folgt zusammen: Die Mehrerträge von 11,1 Mio. Franken bei den **Fiskalerträgen** sind massgeblich für den guten Abschluss verantwortlich. Ausführliche Erläuterungen dazu finden Sie in der Rubrik «Entwicklung der Steuereinnahmen» auf Seite 9 des Budgetbuches.

Bei den **Regalien und Konzessionen** handelt es sich im Wesentlichen um Konzessionsabgaben für Elektrizität und Gas. Diese haben aufgrund der ausgebliebenen Konzessionsabgaben für Plakate leicht tiefer abgeschlossen.

Bei den **Entgelten** handelt es sich hauptsächlich um die Gebühreneinnahmen aus den Spezialfinanzierungen, der Feuerwehersatzabgabe, Einnahmen der Musikschule sowie Rückerstattungen der Sozialhilfe. Diese haben gesamthaft auf Plan abgeschlossen.

Die **verschiedenen Erträge** sind im Berichtsjahr mehrheitlich ausgeblieben. Die im Budget erwarteten Infrastrukturbeiträge aus Quartierplänen konnten im Berichtsjahr nicht realisiert werden.

Die Budgetabweichung im **Finanzertrag** ist hauptsächlich auf höhere Verzugszinseinnahmen aus Steuerforderungen zurückzuführen.

Die Entnahmen in **Fonds und Spezialfinanzierungen** sind gesamthaft im Rahmen der Budgetplanung. Diese Position entspricht hauptsächlich dem Ergebnis der Spezialfinanzierungen Abwasser- und Abfallbeseitigung.

Der **Transferertrag** ist um 2,2 Mio. Franken bzw. 15,1 % höher als budgetiert ausgefallen. Bei dieser Kostenart spielen diverse, sich teilweise kompensierende Effekte eine Rolle. Im Berichtsjahr 2022 nennenswert sind die deutlich höheren Rückerstattungen im Asylwesen. Zudem wurden im Zusammenhang mit der nicht budgetierten Rückstellung für die Sanierung des Schiessplatzes die Beiträge von Bund und Kanton berücksichtigt.

Der **ausserordentliche Ertrag** von 0,9 Mio. Franken betrifft vollständig die Auflösung der Vorfinanzierung für das neue Schulhaus Gartenhof.

Die **internen Verrechnungen** widerspiegeln den Gegeneffekt zur internen Verrechnung auf der Aufwandsseite.

Jetzt kommen wir zur **Bilanz**.

Die **Liquidität** per Jahresende beträgt **15,7 Mio. Franken** und liegt somit im Rahmen des Vorjahres. Die Finanzverbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 50 Mio. Franken. Aufgrund der guten Liquidität zum Jahresende und zur Vermeidung von Negativzinsen wurde zudem eine kurzfristige Festgeldanlage im Umfang von 9 Mio. Franken getätigt. Das können Sie auch in Kapitel 17, Auflistung der kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten, nachlesen.

Der Bestand der Forderungen ohne Steuern hat mit einem Bestand von 5,4 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. Franken zugenommen. Wie bereits im Vorjahr bestehen diese Forderungen im Wesentlichen aus Forderungen aus den Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser.

Die Steuerforderungen haben mit einem Bestand von 24,9 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. Franken abgenommen.

Gesamthaft hat das **Finanzvermögen** mit einem Bestand von **103,2 Mio. Franken** gegenüber Vorjahr um 8,9 Mio. Franken zugenommen. Grund für diese Zunahme im Finanzvermögen ist hauptsächlich die gute Liquidität, welche eine kurzfristige Festgeldanlage von 9 Mio. Franken zulies.

Durch die Nettoinvestitionen von 9,2 Mio., abzüglich der Abschreibungen von 6,3 Mio., hat das **Verwaltungsvermögen** um 2,9 Mio. auf **122,4 Mio. Franken** zugenommen.

Die **Passivseite** der Bilanz beinhaltet das Fremdkapital sowie das Eigenkapital.

Das **Fremdkapital** hat mit einem Bestand von **96,8 Mio. Franken** um 4 Mio. Franken gegenüber Vorjahr zugenommen. Hauptgrund dafür sind die höheren passiven Rechnungsabgrenzungen sowie die laufenden Verbindlichkeiten. Innerhalb des Fremdkapitals wurde eine Tranche von 10 Mio. Franken aus den langfristigen Finanzverbindlichkeiten neu in den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten ausgewiesen. Dies, da diese Tranche im Jahr 2023 zu Zahlung fällig wird.

Das **Eigenkapital** hat im Berichtsjahr um 7,8 Mio. Franken zugenommen. Hauptgrund für die Zunahme ist die Zuweisung in die finanzpolitische Reserve von 8,5 Mio. Damit ist das frei verfügbare Eigenkapital per Ende 2022 bei rund **73 Mio. Franken**. Wichtig für das Verständnis ist, dass dieses Kapital nicht in liquider Form vorhanden ist. Es handelt sich somit nicht um ein «Kässeli», woraus Rechnungen bezahlt werden können. Das freie Eigenkapital dient als Sicherheit für die buchhalterische Kompensation von allfälligen Verlusten.

Und nun zur **Investitionsrechnung**:

Wie bereits im Gesamtüberblick erwähnt, liegen die Nettoinvestitionen im Berichtsjahr unterhalb der im Budget angenommenen Werte. Nach Funktionen gegliedert ergibt sich folgendes Bild: Von den 9,2 Mio. Franken Nettoinvestitionen entfallen rund **3,4 Mio. Franken** bzw. 38 % auf die Funktion **Verkehr**. Wesentlichen Anteil daran haben die Investitionen Spitzwaldstrasse, Parkallee sowie die allgemeinen Strassensanierungen.

34 % bzw. **3,1 Mio. Franken** entfallen auf die Funktion **Umweltschutz und Raumplanung**. Diese betreffen hauptsächlich die Investitionstätigkeit in den Spezialfinanzierungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Je 11 % bzw. **1 Mio. Franken** entfallen auf die Funktionen **Bildung** (Schulliegenschaften) und **Kultur, Sport, Freizeit und Kirche** (Hallenbad, Parkanlagen, Freizeithaus).

Die restlichen 6 % bzw. **0,6 Mio. Franken** betreffen die Funktion **Allgemeine Verwaltung** und stehen im Zusammenhang mit der Nachrüstung der Sicherheitseinrichtung, der PV-Anlage sowie Informatikinfrastruktur.

Wie bereits im Bericht des Gemeinderates zum Budget 2023 erwähnt, wurden aufgrund der aktuellen Schulraumplanung einzelne Investitionsvorhaben sistiert. Diese werden im Gesamtkontext der Schulraumplanung beurteilt. Im Berichtsjahr betrifft dies eine geplante Investitionstätigkeit von 1,8 Mio. Franken, die nicht ausgeführt werden konnte.

Die **Nettoschuld** in Franken pro Einwohner wird gemäss kantonalen Richtwerten in Bandbreiten bewertet. Bei einer Verschuldung bis 600 Franken pro Einwohner spricht man von einer geringen Verschuldung, zwischen 601 und 1'500 Franken von einer mittleren Verschuldung, zwischen 1'501 und 3'000 Franken von einer hohen Verschuldung und ab 3'000 Franken von einer sehr hohen Verschuldung.

Die Einwohnergemeinde Allschwil konnte im Berichtsjahr 2022 die Kennzahl Nettoschuld pro Einwohner weiter verbessern. Das Nettovermögen aus dem Vorjahr von 1,5 Mio. konnte durch das gute Ergebnis im Berichtsjahr auf 6,6 Mio. Franken erhöht werden. Daraus resultiert ein **Nettovermögen pro Einwohner von rund 300 Franken**.

Es ist jedoch festzuhalten, dass die Aussagekraft dieser Finanzkennzahl beschränkt ist, da die Nettoschuld je nach Verkehrswert des Finanzvermögens erheblich schwankt. Zudem ist vielmehr die Finanzkraft der Einwohner und weniger die Anzahl derselben von Bedeutung.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der **Nettoschuld pro Einwohner** seit 2014:

(in TCHF)	31.12.22	31.12.21	31.12.20	31.12.19	31.12.18	31.12.17	31.12.16	31.12.15	31.12.14
Kurzfristige Schulden	10'000	-	10'000	15'000	15'000	16'000	14'000	-	5'000
Mittel- und langfristige Schulden	40'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	58'000	34'000
Total mittel- und langfr. Schulden	50'000	50'000	60'000	65'000	65'000	66'000	64'000	58'000	39'000
Übriges Fremdkapital	46'785	42'766	37'533	35'260	41'054	42'999	40'632	33'331	31'592
Total Fremdkapital	96'785	92'766	97'533	100'260	106'054	108'999	104'632	91'331	70'592
abzüglich Finanzvermögen	103'203	94'262	95'940	98'539	70'224	67'097	54'408	58'199	52'831
NETTOSCHULD/ -VERMOEGEN	-6'418	-1'497	1'592	1'721	35'830	41'902	50'224	33'132	17'760
Pro Einwohner in CHF	-293	-69	75	81	1'686	1'995	2'419	1'614	868

Kommen wir zum **Fazit**.

Das **Eigenkapital** beträgt per 31.12.2022 rund **15,6 Mio. Franken**, dies ohne Vorfinanzierungen, Fonds und finanzpolitischer Reserve. Somit ist für die Herausforderungen der bevorstehenden Jahre ein Polster vorhanden.

Da das ausgezeichnete Ergebnis im Berichtsjahr jedoch wesentlich von Steuererträgen aus den Vorjahren beeinflusst worden ist, wäre es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, die bisherige Ausgabendisziplin nicht beizubehalten. Dies aus den folgenden **Gründen**:

- Allschwil hat überdurchschnittlich hohe **Steuererträge von juristischen Personen**. Bei juristischen Personen können die Steuererträge von Jahr zu Jahr aufgrund der Ergebnisse stark **schwanken**. Zudem werden aufgrund der bereits erfolgten Anpassungen im Zusammenhang mit der Steuervorlage 17 (SV17) Mindererträge anfallen.
- Das **Kostenwachstum im Bildungsbereich** wird uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Die aktuelle Schulraumplanung geht von einem weiteren starken Wachstum und einem damit verbundenen Kostenanstieg sowohl bei der Schule als auch bei der schulergänzenden Betreuung aus.
- Im **Gesundheitsbereich** werden die **Kosten** in den nächsten Jahren aus demografischen Gründen weiter **steigen**.
- Es ist **unklar**, wie sich die **Kostenentwicklung** im Bereich der **Sozialhilfe** in den kommenden Jahren fortsetzen wird.
- Ebenso ist feststellbar, dass sich die Gemeindeverwaltung aufgrund der zunehmenden Bedürfnisse der Bevölkerung einem stetigen **Kostenwachstum im Personalbereich** stellen muss.

Diese Gründe haben in der Vergangenheit und werden auch in Zukunft zu einem hohen Kostenwachstum führen. Ohne das starke Wachstum der Steuereinnahmen der juristischen Personen in der Vergangenheit, wären diese Kosten nicht zu stemmen.

Für den Gemeinderat steht das Ziel eines mittel- und langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts sowie die Erreichung der finanzpolitischen Ziele unverändert im Zentrum seiner Finanzpolitik.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Jetzt hat das Wort FIREKO-Präsident Mark Aellen.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Danke schön. Geschätzter Rat, geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat. Ihr habt nun vorgetragen erhalten, wie präzise wir dieses Jahr wiederum abrechnen konnten. Es ist erfreulich, dass wir nur Schwankungen in der Grössenordnung von 10 % haben. Was wir als FIREKO weiter geprüft haben, ist, ob aber auch all die Verbuchungen rechtens waren. Wir haben auch keine Abweichungen von den Standards gefunden. Somit haben wir rechtlich gesehen, keine Einsprache gegen die Rechnung zu erheben. Wir haben uns dann auf die paar Punkte konzentriert, die zuvor erwähnt wurden, auf die wir praktisch jedes Jahr achten.

Das ist einerseits erst mal die Steuerabgrenzung, weil die Steuern eben die ganze Sache treiben. Wir stellen fest, dass die Steuerabgrenzung bei all den Schwierigkeiten, die man hat, eine solche zu erstellen, doch immer besser wird. Wir sehen, die Abweichung von dem, was wir effektiv einnehmen, zu dem, was abgegrenzt wurde, wird über die Jahre langsam kleiner. Es ist einfach ein schwieriges Geschäft, denn wer kann schon für die Zukunft voraussagen, wie Firmen wirklich ihre Leute entlassen und welche Leute noch herziehen. Was wir im Zuwachs sehen, das haben wir auch noch etwas näher aufgeführt, ist, dass die Altersstufen zwischen 20 und 65 eigentlich am wenigsten wachsen. Es sind im Grunde diejenigen, welche neue Einnahmen bringen. Während der Sektor der über 65-Jährigen zunimmt und auch der Sektor der unter 20-Jährigen stark zunimmt. Das begründet auch weitere Ausgaben, wie wir zuvor gehört haben, Schulhausausgaben, von denen wir schon länger wissen, aber leider die Schulraumplanung immer noch nicht fertiggestellt haben, sodass wir nach wie vor am Rätseln sind, wie es denn effektiv aussehen wird. Auf der anderen Seite die Altersversorgung, bei der mehr Leute auch halt mehr Kosten zur Folge haben wird.

Alles in allem ist die Entwicklung offensichtlich zufriedenstellend. Wir haben eine wachsende Bevölkerung und wir haben eine überdurchschnittliche, im Vergleich zur wachsenden Bevölkerung gesehen, Einkommen der Steuern. Wenn man bedenkt, – das ist nun einfach eine grobe Zahl, die ist natürlich nicht genau – dass ungefähr die Hälfte der Steuereinnahmen von den juristischen Personen kommt, sind wir relativ stark den Schwankungen der juristischen Personen ausgesetzt. Diese sind noch schwieriger abzuschätzen als jene von den natürlichen Personen. Wir haben da also durchaus Potenzial für Überraschungen, wie wir sie auch in den vergangenen Jahren immer wieder gesehen haben, mit diesen Sonderrücklagen, die wir anhand von Abweichungen der erwarteten Steuern verbuchen durften.

Das bringt mich zum anderen Thema, Nettoverschuldung. Es ist ganz klar, dass man eine Nettoverschuldung nicht allein betrachten darf. Wir haben die finanzpolitischen Ziele, die dem gegenüber auch z. B. der Investitionsteil ansetzen. Obwohl wir von den drei finanzpolitischen Zielen zwei sehr gut abschliessen, ist der Investitionsteil sehr schlecht. Wenn man kein Geld ausgibt, kann man Geld sparen, dann sieht es so aus, als ob man keine Schuld mehr hätte. Aber es ist natürlich trotzdem da, man hat das Geld noch nicht ausgegeben, das man bereits geplant hatte, weil man die Projekte nicht umsetzen kann, gibt es irgendwo einen Stau. Am Schluss hat man das Problem. Entweder man lässt es ganz weg, weil man es ohnehin nie gebraucht hat. Dann wäre die Planung ganz schlecht gewesen. Oder man muss plötzlich sehr viel mehr ausgeben, als man eigentlich möchte. Ich möchte daran erinnern, dass die erste Schätzung der Schulraumplanung sagte, wir müssen ungefähr 150 Mio. ausgeben. 150 Mio. So viel haben wir nicht im Kässeli. So viel haben wir auch nicht zur Berichtigung von Verlusten. Es gibt noch einiges zu stemmen. Deshalb kann auch die FIREKO nur unterstützen, was zuvor gesagt wurde. Wir müssen gut planen, was wir ausgeben und sorgfältig sein.

Trotzdem ist auch der FIREKO klar, dass der Hauptteil der Ausgaben von gebundenen Ausgaben ausgeht. Es sind Sachen, die wir nicht ganz so leicht beeinflussen können. Es geht also nicht darum, dass wir hier im Einwohnerrat in der Budgetrunde über kleinere Geschäfte diskutieren, die vielleicht 100'000 ausmachen, sondern es geht wirklich um die grössere Voraussicht der Planung: Wie können wir beeinflussen, dass die allgemeinen Kosten ein wenig im Rahmen bleiben? Dabei stösst es der FIREKO auf, das haben wir im vorigen Jahr bereits angedeutet, aber in diesem Jahr ist es noch schlimmer geworden: Wir haben einen steigenden Personalaufwand. Dieser Personalaufwand steigt irgendwie nicht ganz im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Er steigt auch nicht ganz im Verhältnis zu den Projekten, die wir erledigt haben. Es ist auch so, dass wir die Rückstellungen für das eigene Personal erhöhen mussten. D. h. sie arbeiten auch mehr als geplant. Deshalb müssen wir Rückstellungen vornehmen, um das Geld dann bereitzustellen, wenn die Leute ihre Arbeitszeit wieder einziehen. Erfreulich ist, dass wir weniger als geplant temporäre Kräfte eingesetzt haben. Insofern geht das einigermaßen auf. Wir haben aber Dienstleistungsaufträge an Dritte trotzdem wieder erhöht. Es ist ein wenig

die Frage: Kann man das nicht irgendwie besser steuern? Sind wir mit dem Personal wirklich effizient? Wo genau geht es verloren? Das ist etwas, was die FIREKO nicht ganz so leicht prüfen kann. Wir würden hierzu dem Gemeinderat mit einem Augenzwinkern sagen: Bitte mehr darauf achten, wie die Verwaltung mit den Personalkosten umgeht!

Investitionen – das ist, meiner Meinung nach drastisch gesagt, ein Drama. Wir sind schon wieder 9 Mio. unter dem Ziel. Das letzte Mal, als wir 9 Mio. unter dem Ziel waren, war im 2019. Auch im 2020 waren wir 5 Mio. unter dem Ziel, im 2021 7 Mio. Nun kann man sagen, es seien immer dieselben Projekte. Nein, wir legen auch immer wieder neue Projekte auf. Wir legen mehr Projekte auf, als wir schliessen. Es ist klar, dass die Schulraumplanung einen grossen Anteil daran hat. Aber es ist nicht nur die Schulraumplanung allein. Wenn wir das etwas realistischer abbilden könnten in Zukunft, wäre das natürlich grossartig. Auf diese Weise haben wir im Budget eine gut aussehende Abbildung der finanzpolitischen Ziele und in der Rechnung eine sehr enttäuschende. Das kann es nicht sein. Das wären die wesentlichen Punkte, und damit schliesse ich.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Jetzt wären die Vertretungen aus den Fraktionen an der Reihe, wenn sich jemand melden möchte?

Roman Klausner, AVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich habe wie jedes Mal bei der Jahresrechnung die Frage zum Finanz- und Lastenausgleich. Es ist eine never ending story. Es heisst immer, es wird etwas unternommen. Ich weiss, dass es nicht mit den Steuern zusammenhängt, und trotzdem spüre ich überhaupt keine Bewegung, obwohl man gesagt hat, man will mit den verschiedenen Gemeinden und dem Kanton zusammensitzen, um zu schauen, wie man das anpassen kann. Denn, es kann nicht sein, dass wir dann einfach laufend – wenn ich es betrachte – jedes Jahr einfach mehr ausgeben für den Lastenausgleich, und gewissen Gemeinden nur darauf warten, wie viel wir mehr bringen können. Ich erwarte hier nicht einfach nur ein Zugeständnis, sondern mal, dass man etwas unternimmt. Es gibt scheinbar eine Kommission, Franz, wie du mal erwähnt hast, aber von dieser mal gehört, was geschieht, haben wir nichts.

Das Zweite ist. Ich möchte der Finanzkommission ganz herzlich danken für den Bericht, den sie geschrieben hat. Der Investitionsanteil, wenn man den genau betrachtet, ist es erschreckend, wie wenig getan und wo, was wirklich nicht von den Investitionen getätigt wurde. Das wird uns später, wenn je diese Schulraumplanung mal so weit ist, und das Alterskonzept fertig ist, einholen, dass die Summe, die du genannt hast, die 150 Mio., stimmen wird. Davor habe ich etwas Angst davor. Danke.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir möchten zuerst an den Gemeinderat und die Verwaltung und die FIREKO Danke sagen für die jeweiligen Berichte. Einmal mehr haben wir eine positive Diskrepanz vom Budget zur Rechnung, für Allschwiler Verhältnisse fast schon eine normale Rechnung. Nur zwei kurze Bemerkungen dazu. Das eine steht zwar bereits im FIREKO-Bericht und Mark Aellen hat es erwähnt. Die Rückstellungen für Überstunden und nicht bezogene Ferien des Personals sind einmal mehr gestiegen. In diesem Zusammenhang die zweite Bemerkung: Ein Weiterbildungskonzept liegt noch immer nicht vor. Der FIREKO-Präsident hat zuvor gefragt, wie man das zukünftig handhaben könnte. Ich setze grosse Hoffnung in die neue, professionelle Personalführung mit einem Personalchef. Ich setze aber auch Hoffnung in die Sozialpartnerschaft, wenn wir in der zweiten Lesung des Personal- und Besoldungsreglements dem Mitarbeiterrat den Rücken etwas stärken. Es gibt noch Handlungspotenzial. Alles in allem möchte die SP-Fraktion trotzdem die Rechnung 2022 genehmigen. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Jetzt wäre die Rednerliste eröffnet. Wer möchte sich melden? Keine Wortmeldungen? Möchte Vizepräsident Franz Vogt etwas sagen?

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Präsident. Noch schnell zwei Worte zu Roman Klausners Bemerkung betreffend Finanzausgleich. Tatsächlich ist das eine zähe Geschichte. Aber ich kann so weit informieren, dass eine Landratsvorlage in Ausarbeitung ist, durch die es etwas moderater gestaltet werden. Allerdings ist klar, es muss zuerst auch noch durch den Landrat gehen. Wie ihr wisst, haben wir 86 Gemeinden. Davon sind ein schöner Teil halt Empfängergemeinden, die natürlich auch das Problem haben, dass sie das Budget ins Lot bringen müssen. Insofern kommt uns von dort nicht nur Freude entgegen. Aber ich kann doch sagen, die Gespräche laufen konstruktiv. Wir bleiben dran und hoffen, dass wir eine Verbesserung hinbekommen.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Wenn ich richtig sehe, Urs Pozivil, oder? Nein, keine Wortmeldungen mehr, okay.

Henry Vogt, Präsident: Somit führt der 2. Vizepräsident durch die Abschnitte.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Danke vielmals. Wir kommen zunächst zur Erfolgsrechnung. Damit ist natürlich gemeint, die funktional gegliederte.

DETAILERFOLGSRECHNUNG.

Oberkonto 0 ALLGEMEINE VERWALTUNG Seite 26 - 28

keine Wortmeldung

Oberkonto 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit Seite 28 - 33

keine Wortmeldung

Oberkonto 2 Bildung Seite 33 - 39

keine Wortmeldung

Oberkonto 3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche Seite 39 - 44

keine Wortmeldung

Oberkonto 4 Gesundheit Seite 44 - 47

keine Wortmeldung

Oberkonto 5 Soziale Sicherheit Seite 47 - 51

keine Wortmeldung

6 Verkehr Seite 51 - 53

keine Wortmeldung

Oberkonto 7 Umweltschutz und Raumordnung Seite 53 - 59

keine Wortmeldung

Oberkonto 8 Volkswirtschaft Seite 59 - 61

keine Wortmeldung

Oberkonto 9 Finanzen und Steuern Seite 61 - 64

keine Wortmeldung

INVESTITIONSRECHNUNG

Oberkonto 0 Allgemeine Verwaltung Seite 67

keine Wortmeldung

Oberkonto 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit Seite 67

keine Wortmeldung

Oberkonto 2 Bildung Seite 68

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich habe eine Frage zum Schulhaus Gartenstrasse Wiederinbetriebnahme 2. Renovationsphase. Man mag sich noch daran erinnern, dass man, als man das Schulhaus vor ungefähr vier oder fünf Jahren geschlossen hat, das Hauptargumente war, dass das Gebäude nicht erdbebensicher ist und man es darum ausser Betrieb nehmen muss und es nicht mehr als Schulhaus nutzen könne. Jetzt sieht man hier, dass in der Rechnung rund 334'000 Franken investiert wurden, und in der Rechnung 2021/22 rund 26'000 investiert wurden. Da stellt sich natürlich für mich jetzt die Frage, vielleicht kann sie der Gemeinderat nicht heute beantworten, aber aus der allgemeinen Sicherheitsbetrachtung und wie wir ja schon im Einwohnerrat an der letzten Sitzung das dramatische Ereignis in der Türkei behandelt haben: Wie steht es nun mit dem Schulhaus an der Gartenstrasse, hat man im Rahmen der Wiederinbetriebnahme die Erdbebensicherheit ertüchtigt und wenn nein, weshalb nicht? Danke.

Franz Vogt, Gemeinderat: Einfach zum Erläutern: Sachen von Schulliegenschaften sind nur orientierend drin. – Nein, das sage ich nun eben falsch. Ich gebe weiter.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Vielen Dank. Es handelt sich hier um eine inhaltliche Frage zum Schulhaus Gartenstrasse wegen der Erdbebensicherheit. Da ist sich der Gemeinderat bewusst, dass es sich um eine Zwischennutzung handelt. Deshalb hat man die Erdbebensicherheit dort nicht nachgewiesen.

keine Wortmeldungen

Oberkonto 3 Kultur, Sport, Freizeit, Kirche Seite 69

keine Wortmeldung

Oberkonto 4 Gesundheit Seite 69

keine Wortmeldung

Oberkonto 6 Verkehr Seite 70

keine Wortmeldung

Oberkonto 7 Umweltschutz und Raumordnung Seite 71 - 72

keine Wortmeldung

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Liegt kein Wortbegehren mehr vor, stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4661A abgeschlossen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderats, Seite 15.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat, dem Einwohnerrat zu beschliessen:

1. Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2022 wird genehmigt, (Geschäft 4661)

Wer dafür ist, soll das mit der gelben Karte bezeugen!

://:

Das ist einstimmig. Danke schön.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll das jetzt auch mit der Karte bezeugen.

://:

Auch das ist einstimmig. Danke vielmals.

Henry Vogt, Präsident: Für die folgenden zwei Geschäfte werde ich das Präsidium dem 1. Vizepräsidenten René Amstutz übergeben.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 29.3.2023, sowie der Bericht der Geschäftsprüfungskommission, vom 30.5.2023, betreffend Geschäftsberichte 2022 des Gemeinderates, der Schulräte und den übrigen Behörden
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4662 / A

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Geschäftsvertretung hat in Abwesenheit der Gemeindepräsidentin Franz Vogt. Ich frage den Rat, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Rednerreihenfolge. Zuerst hat das Wort GPK-Präsident Henry Vogt, dann Vizepräsident Franz Vogt, dann die Vertretungen der Fraktionen und dann die Rednerliste.

Henry Vogt, GPK-Präsident: Für die Reihenfolge wäre es, glaube ich, geschickter, wenn Gemeinderat Franz Vogt übernimmt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Sie haben den Geschäftsbericht gesehen. Sie haben auch gesehen, dass er in einem neuen Gewand daherkommt. Wir hoffen oder sind überzeugt, dass er deutlich ansprechender ist, als dass er zuvor war. Dafür möchte ich Thomas Schwager, der dafür verantwortlich ist, auch einen grossen Dank vom Gemeinderat aussprechen. Ich denke, ihr alle habt diesen Geschäftsbericht gelesen und wir möchten nun hören, was die GPK dazu sagt.

Henry Vogt, GPK-Präsident: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Die GPK hat sich mit diesem Geschäftsbericht des Gemeinderats, der Schulräte und den übrigen Behörden der Gemeinde Allschwil vom Jahr 2022 befasst. Wir haben eine Subkommission bildet und den Geschäftsbericht soweit aufeinander aufgeteilt. Jeder hat sich mit einem Teil befasst und anschliessend haben wir Fragen gesammelt und sie dem Gemeinderat zugestellt. In einer gemeinsamen Sitzung mit Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli und dem Leiter der Gemeindeverwaltung Patrick Dill haben wir vertieft auf die Fragen eingehen können. Aufgrund dieser Fragen und der Antworten des Gemeinderats wurde dieser Bericht natürlich verfasst. Die Fragen an und für sich sind natürlich subjektiv zu betrachten. Wir erheben auch

keinen Anspruch auf irgendwelche Vollständigkeit. So soll dieser Bericht mit zusätzlichen Informationen dienen.

Ergänzend zum Ganzen will ich noch ein paar Worte zu den einzelnen Bereichen nennen: Das ist Schulraumplanung. Es ist der GPK natürlich bewusst, dass die Sekundarschule Allschwil nicht Sache der Gemeinde ist. Trotzdem gehen genau diese vielen Kinder von der Primarschule anschliessend in die Sekundarschule über. Hier muss es auch von unserem Interesse sein, dass deren Bildung dort in den entsprechenden Schulräumlichkeiten auch weitergeht und stattfindet. Präzisieren würde ich auch gerne, dass die Strategie der Schulraumplanung nicht sehr einfach ist, nicht grundsätzlich die Meinung der GPK ist, das haben wir so von unserer Gemeindepräsidentin übernommen, die es uns in einem Gespräch so mitgeteilt hat. Dass die Schulraumplanung ein heisses Thema bleibt, ist soweit klar. Auch bei der GPK herrscht teilweise Skepsis, ob der Kurs des Gemeinderats wirklich nur kleinere Verzögerungen aufweist, wie es uns ebenfalls dort in diesem Gespräch so weit mitgeteilt wurde. Die Leitbildmassnahmen Heimatmuseum wurden bekanntlich zurückgestellt, sollen aber noch im 2023 wieder in Angriff genommen werden. Das auch gemäss der mündlichen Auskunft von unserem Leiter Gemeindeverwaltung.

Die GPK hat den Bericht geprüft. Es sind so weit keine Unstimmigkeiten zu finden. Er ist auch aus Sicht der GPK soweit gelungen. Sprachlich und vor allem vom Layout her war er sehr überraschend. Wir wollen hier noch unseren Dank an den Gemeinderat aussprechen. Die Antworten zu den Fragen, die wir gestellt haben, waren sehr qualifiziert und differenziert. Vielen Dank genauso an die Gemeindeverwaltung, den Schulräten, der Sozialhilfebehörde und dem Wahlbüro für die geleistete, wertvolle Arbeit im Geschäftsjahr 2022.

Gestützt auf unseren Bericht und den Ausführungen stellt die GPK folgende **Anträge**: Die Geschäftsberichte 2022 des Gemeinderats, der Schulräte und der übrigen Behörden sollen zur Kenntnis genommen werden, und der Bericht der GPK betreffend die Prüfung des Berichts zu den Geschäftsberichten 2022 des Gemeinderats, der Schulräte und der übrigen Behörden soll auch zur Kenntnis genommen werden. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Für die weitere Diskussion und so, diejenigen, die sich melden möchten, sollen sich doch bei Melina Schellenberg melden – ahh, nein, bei Stephan Wolf melden, Entschuldigung.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Dann wären jetzt die Vertretungen der Fraktionen an der Reihe. Gibt es entsprechende Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur allgemeinen Rednerliste. Ich übergebe das Wort an Anne-Sophie Metz.

Anne-Sophie Metz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir, die Fraktion EVP/GLP/Grüne nehmen den Geschäftsbericht 2022 zur Kenntnis. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass es im Bericht, z. B. im Kapitel Schulrat, vieles schöner und besser geschildert wird, wie es aktuell ist. Danke schön.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Dann bitte ich Melina Schellenberg uns abschnittsweise durch das Geschäft zu führen.

Gemeinderat Seite 4

keine Wortmeldung

Leitbild „Zukunft Allschwil“ Seite 18

keine Wortmeldung

Leitbildmassnahmen Seite 20

keine Wortmeldung

Vernehmlassungen Seite 25

keine Wortmeldung

Geschäftsleitung Seite 26

keine Wortmeldung

Bereiche Seite 30

keine Wortmeldung

Mitarbeitende Seite 60

keine Wortmeldung

Allschwil in Zahlen Seite 61

keine Wortmeldung

Schulrat Primarstufe Seite 62

keine Wortmeldung

Schulrat Musikschule Seite 64

keine Wortmeldung

Sozialhilfebehörde Seite 66

keine Wortmeldung

Wahlbüro und Abstimmungsergebnisse Seite 68

keine Wortmeldung

Einwohnerratsgeschäfte Seite 70

keine Wortmeldung

Volksbegehren Seite 78

keine Wortmeldung

Anträge Seite 79

keine Wortmeldung

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Gut, ich stelle fest, dass keine Wortbegehren mehr vorliegen. Somit ist die Beratung des Geschäfts 4662A abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen, Seite 79:

1. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, den Geschäftsbericht des Gemeinderates 2022 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem zustimmt, soll das bestätigen.

://:

Gut, das ist einstimmig.

2. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die Geschäftsberichte 2022 der Behörden und des Wahlbüros zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem zustimmt, soll es bestätigen.

://:

Das ist auch einstimmig.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Wir kommen zu den Anträgen der GPK, Seite 5 des GPK-Berichts. Der erste Antrag ist eigentlich bereits erledigt, mit dem ersten Antrag des Gemeinderats, der angenommen wurde. Somit gehen wir direkt zum zweiten Antrag der GPK.

1. Der Bericht der GPK betreffend die Prüfung des Berichts zu den Geschäftsberichten 2022 des Gemeinderats, der Schulräte und der übrigen Behörden wird zur Kenntnis genommen. Wer dem zustimmt, soll das jetzt mit der Karte bestätigen.

://:

Auch dies ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft als Ganzes. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll das jetzt mit der Karte bezeugen.

://:

Auch das ist einstimmig.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 30.5.2023, betreffend
Tätigkeitsbericht 2022
Geschäftsvertretung: GPK-Präsident Henry Vogt, Geschäft 4663

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Ich frage zuerst den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Somit Rednerliste: zuerst GPK-Präsident Henry Vogt, dann die Vertreter der Fraktionen und dann Rednerliste.

Henry Vogt, GPK-Präsident: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Die GPK ist gemäss § 22 des Geschäftsreglement vom Einwohnerrat angehalten, dem Rat ein Tätigkeitsbericht zu übergeben. Dies haben wir hiermit getan. Die GPK hat sich aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren sozusagen mit denselben Leuten neu formiert. Wir haben, wie zuvor im Geschäftsbericht erwähnt, mehr mit Subkommissionen gearbeitet und konnten somit auch mehrere Themen, teilweise auch gleichzeitig, bearbeiten. Wir haben teilweise auch aufgrund unserer Geschäftskontrollen Themen aufgegriffen und sie weiterführend bearbeitet.

Z.B. ging es im Geschäft 4516, die Kanalsanierung, nicht um die im 2016 von der GPK empfohlenen Rissprotokolle oder die Umsetzung der Kontrollschachtpflicht, sondern um die Änderungen im Informationsprozess.

In ähnlicher Weise hat die GPK 2022 beschlossen, eine zweckdienliche und zeitgerechte Wirkungskontrolle der Zivilschutzanlagen durchzuführen, was in der heutigen Zeit, hauptsächlich dieses Thema, natürlich auch sehr an Aktualität gewonnen hat.

Aufgrund der Untersuchungen im 2017 der *Stiftung Tagesheim* entschied der Gemeinderat im 2018 die Ausarbeitung einer Public Corporate Government-Strategie ins Leitbild aufzunehmen. So hat sich nun die GPK ab Oktober 2022 sich mit dieser PCG-Strategie befasst.

Und, wie im Geschäftshandbuch als Standardverfahren niedergeschrieben, hat sich die GPK bei den Verwaltungs- und Behördenbesuche für die Fachstelle Familie- und Jugendberatung entschieden. Die Ergebnisse habt ihr ja im vorliegenden Bericht gesehen und wahrscheinlich auch gelesen.

Ich will hier die Gelegenheit nutzen, mich bei meinen Kommissionskollegen zu bedanken. Es ist nicht immer ganz einfach, aber ich glaube doch, dass wir wieder produktiv geworden sind. Gestützt auf den Bericht und den Ausführungen stellt die GPK folgenden Antrag: Der Tätigkeitsbericht 2022 der GPK wird zur Kenntnis genommen. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Stephan Wolf führt durch die Rednerliste.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Dann sind als Nächstes wieder die Vertretungen der Fraktionen an der Reihe und übergebe das Wort an Simon Trinkler.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Henry Vogt hat es zuvor ausgeführt. Die GPK wurde wieder produktiv. Wir entnehmen diesem Bericht, dass die GPK grosse Arbeit leistete, in all diesen Untergeschäften oder den Subkommissionen. Es steckt viel Arbeit darin. Das haben wir festgestellt. Es gibt einzelne Geschäfte, in denen sogar sehr viel Arbeit steckt. Wir nehmen das mit grosser Genugtuung zur Kenntnis. Nun hoffen wir natürlich, oder wir haben auch gesehen, dass es teilweise auch schon grosse Wirkung entfaltet, allein dadurch, dass die GPK in diesem Bereich tätig wird. Wir hoffen, dass das weiterhin auf diese Weise fortgesetzt werden kann. Der GPK, denken wir, gebührt an dieser Stelle grosser Dank für diesen Bericht und für die Tätigkeit in diesem Jahr. Wir werden es natürlich zur Kenntnis nehmen. Danke schön.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecher? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann wäre jetzt die allgemeine Rednerliste eröffnet. Keine Wortmeldungen. Dann ist die Rednerliste erschöpft, bevor sie ... doch, Jean-Jacques Winter meldet sich.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe nicht gewusst, gehen wir noch durch den Text der GPK durch oder nicht. Ich habe eine kleine Verständnisfrage auf jeden Fall an Henry, an die GPK, auf Seite 6 eures Berichts im untersten Teil. Es geht um die strategische Führungsebene und auf die Einsitznahme in gewisse Kommissionen. Es heisst hier: «Einsitznahme ist zu befristen.» Also, wenn eine Gemeindevertretung in einer Kommission Einsitz nimmt, soll dieser Auftrag klar befristet sein. Und jetzt kommt Punkt 2, Halleluja: «Die Regelung des Ausstandes ist strikt zu beachten. Allenfalls sind die Anstandsregeln zu konkretisieren oder zu erweitern.» Ja, meine Damen und Herren, benötigen denn die Personen auf der Führungsebene neue Anstandsregeln? Haben wir hier so ein Durcheinander? Das kann es ja nicht sein. Ich nehme an, dieser Text wurde durch den Präsidenten, durch die ganze Kommission und von euch hier auch gegengelesen. Das ist ein Malheur. Wir benötigen neue Anstandsregeln auf der Führungsstufe. Meine Damen und Herren, das kann es nicht sein. Ich hoffe, dass ich noch eine Erklärung erhalte, dass das wahrscheinlich ein schlechter Schritt war, ein Fauxpas. Ich hoffe, dass ich nicht das denken muss, was ich hier gelesen habe. Henry, wie sieht das aus?

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Bevor ich das Wort Henry Vogt übergebe, noch eine Bemerkung von meiner Seite. Ich gehe davon aus, dass das ein Tippfehler ist und heissen müsste: Ausstandsregeln. Aber jetzt übergebe ich das Wort an Henry Vogt.

Henry Vogt, GPK-Präsident: Vielen Dank. Grundsätzlich kommt das aus der Subkommission der PCG-Strategie, denn allenfalls könnte jemand von dieser Subkommission eine Antwort geben?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Das ist jetzt ein Interner. Ja, geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Das ist vollkommen richtig, Rüge. Ich sage das anständig, es ist ein Schreibfehler. Du hast das richtig antizipiert, Herr Jean-Jacques Winter, dass das natürlich Ausstandsregel und nicht Anstandsregel heisst. Ich nehme das gerne mit an die nächste Kommissionssitzung und wir schauen, dass wir unser Lektorat etwas besser intern bedienen. Ich möchte in aller Höflichkeit und mit grösstmöglichem Anstand auf diesen Fauxpas doch bitte verwiesen. Ich danke.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Danke schön. Dann hat das Wort noch einmal Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals. Damit wäre ganz klar bewiesen, dass familienintern diese Texte nicht vorbesprochen werden. Es kann niemals jemand sagen, dass ich vorab reingeschaut hätte. Aber quand même. Ich musste heute Morgen einen Check im Spital machen. Ich habe gesehen, Rot ist in meinem Blut. Ich habe in euren Text von euch reingeschaut, Henry, und ich habe schlichtweg – ich bin eben Pädagoge und habe ein wenig Deutsch unterrichtet – auf zwei Seiten mehr als ein Dutzend Mal Rot gebraucht zum Anschreiben. Wenn man einen solchen Text rauslässt, meine Damen und Herren, nicht nur das, auch bei ganz vielen Kommissionen hier, bekomme ich manchmal rote Haare, öh Pardon, roter Stift. Das ist ein öffentlicher Text, der geht raus. Ich erwarte, wir alle dürfen erwarten, dass diese Texte, die öffentlich einsehbar sind, gegengelesen werden und halt sagen, Pardon Kollege Müller, Kollegin Meier, bitte überarbeite ihn! Wir haben es schon in unseren Kommissionen getan und es zeigte Wirkung. Aber ich finde es relativ penibel, wenn ich sagen darf, dass ich auf zwei Seiten mehr als ein Dutzend Mal mein rotes Blut zeigen durfte. Aber schön ist es, man kann wirklich sagen, es gibt familienintern keine Vorausschau der Berichte. Einen schönen Abend!

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der GPK, Seite 9 des Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die GPK zu beschliessen:

1. Der Tätigkeitsbericht 2022 der GPK wird zur Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmt, soll das jetzt bestätigen.

:::

Ich sehe hier Einstimmigkeit, trotz Tippfehler. Vielen Dank.

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung über das Geschäft als Ganzes. Wer es als Ganzes abschliessen möchte, soll das jetzt mit Karte bestätigen.

:::

Und das ist auch einstimmig. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Ich übergebe wieder an Henry Vogt.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank, René. Ich würde sagen, es ist Zeit, machen wir doch jetzt Pause bis zwanzig vor acht. Danke schön.

PAUSE

Henry Vogt, Präsident: Schön, dass ihr alle wieder den Platz eingenommen habt. Also, eine kleine Mitteilung wegen der Mikrophone. Bitte, nehmt es näher zu euch, dann versteht man euch besser und dann muss er dort hinten nicht so sehr regeln, damit alles sauber rüberkommt. Jetzt kommen wir zum Info-Fenster.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Franz Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich wollte ein kurzes Update zum Stand der Schulraumplanung geben. An der Auftraggeber-sitzung vom 31.5.23 wurden die vom Steuerungsausschuss bewerteten Lösungsvarianten diskutiert. Obwohl teilweise Konsens herrschte, hat man sich noch nicht über eine Variante einigen können. Man konnte sich nicht in allen Positionen einigen. Die Auftraggeber haben entschieden, dass der finale Entscheid im Gemeinderat als politisch strategisches Gremium gefasst werden soll. Dies soll voraussichtlich am nächsten Mittwoch, 21.6., geschehen. Anschliessend wird dann im Sieben die Gesamtstrategie gestartet. Der Zeitplan hängt von den gewählten Lösungsvarianten ab. Die Gesamtstrategie wird nach den Sommerferien vorliegen.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Informationen aus dem Gemeinderat? Gemeinderat Christoph Morat, bitte.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Regierungsrat hat den Quartierplan Rankacker genehmigt. Allerdings mit einer kleinen Auflage. Es ist ihnen immer noch ein Dorn im Auge, dass Allschwil immer von Hochwasser bedroht ist. Das so lange, bis der Damm im Lützeltäli auch gebaut ist. Dann verschwinden hoffentlich diese Auflagen auch. Alles andere ist auf der Baubewilligungsebene zu klären. Somit wurde der Beschluss des Einwohnerrats rechtsgültig.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht gab es noch eine Frage über den Kalender. Das habe ich nun abgeklärt, denn jene, die Auskunft gegeben haben, waren etwas weiter weg. Ich mache noch einen kleinen Einschub, das, was die GPK gefragt hat. Sie wollten nämlich wissen, wie die Nutzung des Kalenders ist. Das ist diese Online-Plattform. Es ist so, man hat sie im 22 eröffnet, und sie wird nun dauernd mehr und mehr gefüttert. D. h. mehr und mehr Vereine und kulturelle Veranstalter stellen ihre Sachen öffentlich dar. Somit wird dieses Tool regelmässig genutzt. Die Nachfolgefrage ist etwas schwierig: Welche Auswirkungen hat diese Plattform? Kann man bereits sagen, ob deshalb mehr Menschen an diese Veranstaltungen gehen? Die Fachstelle Kultur kann sagen, sie hat nicht die Ressourcen, um Zählungen durchzuführen und zu fragen, ob nun ein Unterschied besteht. Ich denke, das müssen die einzelnen Vereine selbst tun, ob ihre Werbung, die nun öffentlich über diese Plattform zur Verfügung gestellt wird, auch eine Wirkung hat. Einfach das noch als Ergänzung zur Frage des Kalenders.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen

Henry Vogt, Präsident: Somit ist das Info-Fenster geschlossen. Wir kommen zu Traktandum 5.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 22.5.2023, zur Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, sowie Beantwortungen zum Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement § 16 Büro, Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, SVP, vom 16.6.2021, betreffend Geschäftsreglement § 22 GPK und Verfahrenspostulat der Geschäftsprüfungskommission, vom 21.11.2022, betreffend § 22 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates (zusätzliche Kompetenz für die Geschäftsprüfungskommission), 1. Lesung
Geschäftsvertretung: ER-Büro, Geschäft 4373C, 4572 / A, 4574 / A, 4650 / A

Henry Vogt, Präsident: Ich frage an: Ist Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Das Einwohnerratsbüro würde gerne zwei Anträge stellen und darüber abstimmen lassen. Der Erste wäre: Dadurch, dass wir schlussendlich über zwei Paragraphen sprechen, wir es nur in einer Lesung durchführen. Wer dafür ist, soll das bitte mit Erheben der Karte bezeugen. ...

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Punkt 1 fürs Protokoll: Es ist der § 16, nicht § 18. Vielleicht müsste man das in den Unterlagen richtig schreiben. Zweitens ist, dass es zwei Lesungen benötigt, es eine Revision ist. Diese Diskussion hatten wir schon hundertmal, die ist nicht abdingbar, auch nicht mit einer Mehrheit im Rat. Insofern muss es zwei Lesungen geben. Sie darf nicht gekürzt werden. Diese Diskussion hatten wir in den vergangenen zwölf Jahren, in denen ich dabei sein durfte,

schon etliche Male. Auch jetzt ist es ganz klar, es gibt keine Reduktion auf eine Lesung. Punkt. Ende. Aus.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank, Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Vielen Dank, Florian, ich hätte genau dasselbe gesagt. Nach Geschäftsreglement geht das nicht. Im Übrigen haben wir die Synopse angeschaut. Es sind drei Punkte, die zur Veränderung stehen. Der dritte Punkt war für uns neu. Wir haben es offen gestanden auf die nächste Fraktionssitzung verschoben, damit wir uns Gedanken darüber machen, weil wir davon ausgegangen sind, dass es eine 2. Lesung gibt. Allein schon daher lehnen wir natürlich ab, dass es nur eine Lesung gibt. Danke.

Henry Vogt, Präsident: Wir haben es noch einmal geprüft. Ja, wir ziehen diesen Antrag zurück. Damit erübrigt sich auch der zweite Antrag des Büros. – Wir stellen doch den Antrag, dass wir bei der Lesung nicht alle 99 Paragraphen ablesen, sondern nur die zwei, drei, die es betrifft. Wenn der Rat damit einverstanden ist, kann er das mit der gelben Karte bezeugen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Mit 36 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung haben wir den Antrag angenommen.

Wir kommen zur Rednerreihenfolge. Die Ausführungen werden vom Einwohnerratsbüro gehalten, anschliessend gibt es die Vertretungen der Fraktionen und dann die Rednerliste.

Henry Vogt, Präsident: Zu diesem Geschäft hat sich das Büro natürlich alle drei Verfahrenspostulate zur Brust genommen. Die Änderung auch in § 22 Abs. 2 wird als formell betrachtet und somit als grundsätzlich kein Problem. § 55 betreffend Fragestunde begrüsst das Büro, an der letzten Sitzung artete die Fragestunde doch etwas aus. Die Anpassungen an das Vorgehen im Landrat auf eine Begrenzung von dreissig Minuten sind für das Büro passend und ergeben Sinn.

Beim Geschäft 4572A, betreffend § 16, Parlamentsausgaben, wurde im Büro intensiv diskutiert. Auch hier verlangt Florian Spiegel, die Gleichschritte zum Landrat, das Büro soll die Parlamentsausgaben selbst budgetieren. Im Grundsatz der Gewaltentrennung sicher eine nachvollziehbare Änderung. Nach dem Gespräch mit dem Bereichsleiter Finanzen – Informatik – Personal ist das Büro aber doch zum Schluss gekommen, dass das nicht der richtige Weg ist. Es sind nicht nur die zeitlichen Komponenten, die in der Begründung stehen, es ist auch der Turnus im Büro, der die Ausgangslage schlussendlich für dieses Vorhaben erschwert. Ausserdem, wenn wir in die Vergangenheit blicken, wir hatten nie bedeutende Differenzen zu den budgetierten Ausgaben. Gemäss Begründung von Florian Spiegel in seinem Verfahrenspostulat liegt der Hund woanders begraben. Nämlich in den finanziellen Mitteln der GPK für eine externe Beratung. In diesem Bereich kann das Büro dem Postulat absolut zustimmen und folgt auch den Ausführungen der GPK. Deshalb schlagen wir vor, auch § 22 Abs. 4 entsprechend zu ändern, wie in den Synopsen beschrieben. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Jetzt wären die Fraktionssprecher an der Reihe, falls sich jemand aus den Fraktionen melden möchte. Zuerst Nikki Morat, anschliessend Florian Spiegel.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich gehe schnell auf die drei Punkte ein, die geändert werden sollen. Der Erste ist tatsächlich redaktionell. Wenn wir das ablehnen, steht es für ewige Zeiten falsch drin. Man müsste es schon fast annehmen. Der zweite Punkt, § 22 Abs. 4, zu dem der Einwohnerratspräsident gerade zum Schluss etwas gesagt hat: Das tun wir bereits seit zwei Budgets. Es hat schon in den letzten zwei Budgets, die wir beschlossen hatten, Geld drin. Nicht speziell für die GPK, aber Geld für externe Beratung. Das betrifft nicht die BDO, welche für die FIREKO die Rechnung prüft. Es hat Geld drin, wir haben bereits zwei Mal zugestimmt. Persönlich finde ich die Idee relativ gut. Dann zum § 55 Abs. 4 wegen der Fragestunde: Dazu haben wir noch keine abschliessende Fraktionsmeinung. Ich stehe dem eher etwas skeptisch gegenüber. Wir stellten es zuvor wieder fest, die Demokratie hat mit Effizienz nicht wirklich viel zu tun, trotzdem müssen wir sie durchziehen. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich nehme vorwiegend Stellung zu § 16 und zum Schluss zu § 55. Das Büro führt beim 16 aus, dass sie sich intensiv durch die Verwaltung hätten beraten lassen, und die Verwaltung sagt, der Aufwand sei exorbitant gross, um das Budget zu erstellen. Darum habe ich mir schon die Frage gestellt, in welchem Grundsatz das exorbitant hoch ist. Ich habe das auch nachgefragt und zum Teil

Rückmeldungen erhalten, weshalb es so wahnsinnig aufwendig sei. Man müsse da ja alles Mögliche budgetieren, das mehr oder weniger mit dem Einwohnerrat zu tun habe. Das Büro müsse das zusammenstellen. Für das Zusammenstellen und Zusammenrechnen hätten sie die Kapazitäten gar nicht. Usw., usf. Dann musste ich ein wenig schmunzeln, weil ich fand, okay, es soll mir keiner etwas – oder besser gesagt, man kann natürlich alles verkomplizieren. Es ist überhaupt nicht die Meinung, dass das Büro des Einwohnerrats sämtliche Ausgaben zusammentragen muss. Dies würde auch schlichtweg nirgends geschehen, wenn wir ehrlich sind.

Und zweitens, es steht explizit: «die Parlamentsausgaben». Es tauchten dann so Geschichten auf, etwa wie das Büro ausrechnet, was das Wahlbüro pro Jahr zugute hätte, und es müsse ausgerechnet werden, wie viele Bleistifte Nicole Müller im Jahr verbrauchen darf. Also es kamen hanebüchene Antworten, als ich nachgefragt habe. «Es budgetiert die Parlamentsausgaben. Die Ausgaben, die mit der Aufgabe des Parlaments zu tun haben.»: mit unserem Ratsbetrieb hier. Dann heisst es, es sei nicht vorgekommen, dass man grosse Diskrepanz gehabt hätte. Doch genau diese Diskrepanz eben hatten wir. Und zwar war das genau jenes Beispiel mit Christian Stocker-Arnet, der selbst für den externen Experten, den er für die Untersuchung der GPK zum Schulrat geholt hatte, unterschreiben musste. Es wurde ihm von der Verwaltung schwarz auf weiss vorgelegt, er müsse es unterschreiben, weil die Verwaltung nicht wisse, ob sie es bezahlen darf, und sie müssten zum Schluss jemanden haben, der die Rechnung bezahlen muss. Das muss man sich mal vorstellen, wenn man davon spricht, dass wir Gewaltentrennung wollen. Das war dort die Antwort. Dass die GPK je nachdem ein Budget hat, ist doch recht und gut. Aber was wichtig ist, dass wir ganz viele andere Kommissionen haben und auch diese anderen Kommissionen je nachdem Externe müssen beiziehen können. Diese Position kann man schlichtweg vorher budgetieren. Genau das ist die Aufgabe des Einwohnerratsbüros, dass von da der Vorschlag kommt. Aufgrund der Erfahrung könnte das auch z. B. gleich die Vorberatung Nicole Müller machen. Es geht aufgrund der Erfahrung, dass man dort eine Position drin hat über eine Kostengrösse oder eine Budgetposition. Dort gehört nämlich die GPK rein, dort gehört die Finanzkommission rein, und dann gehören die anderen auch noch rein. Z. B. definiert man dann und sagt, die GPK hat 5'000 pro Jahr zu gut. Wir haben aber ein Budget von 20. Wenn die GPK das Problem hat, dass sie darüber hinaus gehen müsste, weil sie eben eine wirklich wichtige Untersuchung haben, dann muss die GPK bei der Verwaltung nicht betteln gehen, dann geht die GPK mit einem Antrag zum Büro und sagt, wir benötigen zusätzlich 2'000 Franken für diese Untersuchung. Im Gesamtkonzept des Budgets kann das Büro die 2'000 z. B. aus den 15'000 heraus sprechen. Das ist wirklich keine Hexerei, dass man das nicht bewerkstelligen könnte.

Das Zweite ist, was zum Beispiel auch da reingehört, worüber auch nie diskutiert wurde: Wie hoch ist denn effektiv z. B. das Einwohnerrats-Abschlussfest? Diese Summe, nicht, das ist auch so etwas. Das variiert je nach Abschlussfest. Wenn man fragt, wie viel es denn wirklich ist, wie ich das damals bei meinem getan habe, hat es einfach geheissen, wir dürfen ein wenig mehr ausgeben, weil es am Ende der Legislatur ist. Ja, wie viel mehr? Das wissen wir nicht. Da hat man keine Kontrolle, die Verwaltung visiert etwas. Und jetzt, da es darum geht, dass das Büro das Budget fürs Parlament erstellen, sagt die Verwaltung, es sei nicht möglich. Also, Entschuldigung, das ist eine der schlechtesten Antworten und Rückmeldungen, die ich hier je erhalten habe. Das muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen, und deshalb wird von mir an der 2. Lesung der Antrag auf § 16 kommen, damit man ihn genau so anpasst. Das ist die Verantwortung des Büros. Wir haben Gemeinden in diesem Kanton, die dafür kämpfen, dass die Kommissionen ein Antragsrecht, in den Gemeindekommissionen, erhalten, dass Bürger ein Initiativrecht erhalten, die würden sich die Finger danach lecken. Bei uns im Einwohnerrat haben wir ein Büro, welches nicht in der Lage ist, Gewaltentrennung ordentlich zu bearbeiten. Das ist eine absolute Katastrophe. Das muss man an dieser Stelle einfach mal sagen. Gewalttrennung von Exekutive und Legislative. Das ist der Auftrag, der hier herrscht. Dieser gilt es, wahrzunehmen. Deshalb kommt der Antrag nämlich bei der 2. Lesung auf diesen § 16, damit das nämlich eingeführt wird.

Zu § 55: Dort gibt es einen kleinen Schönheitsfehler. Das ist lustig, bei der Ausführung ist nun der 16er will man analog zum Landrat schalten. Der 16er hat nichts mit dem Landrat zu tun. Sondern, der kommt schlichtweg von dort heraus, da wir diese Situation bereits hatten. Dann beim 55er bezieht sich das Büro aber auf den Landrat. Dort bezieht es sich auf den Landrat und sagt, im Landrat macht man das auch so. Aber auch dort wäre es wichtig, dass man das Ganze gelesen hat. Weshalb hat der Landrat die Beschränkung auf dreissig Minuten? Weil er jeden zweiten Donnerstag diese Fragestunde hat und nicht nur einmal im Quartal. Jeden zweiten Donnerstag eine Fragestunde! Deshalb begrenzt auf eine halbe Stunde. Das ist die Grundlage. Wir haben sie einmal im Quartal. Dazu muss ich auch sagen, wir haben den 55er auch noch nicht im Detail besprochen, weil er etwas knapp reinkam, sind aber sehr skeptisch, ob wir den durchwinken wollen, wenn wir die Fragestunde einmal pro Quartal haben. Wir sind da eher beim Standpunkt Nein.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrter Präsident. Ich glaube, meine Vorredner haben sich bereits ausführlich geäußert. Auch im Speziellen zu § 55. Auch unsere Fraktion kam diesem sehr skeptisch entgegen. Wir betrachten es relativ unmotiviert, dass diese Änderung kommt. Es kam nicht direkt aus dem Rat, dass man das macht. Wir denken, die letzten paar Fragestunden sind nicht exzessiv eskaliert, diese Zeit, die wir haben, ist wichtig. Manchmal geht es halt länger, manchmal geht es kürzer. Es ist operationell praktisch nicht durchsetzbar. Wir müssten praktisch wie bei einem Eishockeyspiel beginnen, die Zeit zu stoppen, und eine Person muss dann einschreiten etc. Insofern lehnen wir die Änderung von § 55 ab. Danke schön.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Vielleicht auch aus der Sicht des Büros noch einmal kurz Folgendes: Beim § 16, wenn wir den so in Kraft setzen, wie vorgeschlagen wurde, «Das Büro budgetiert die Parlamentsausgaben.», heisst das, dass das Büro sämtliche Parlamentsausgaben budgetieren muss. Das Büro hat gar nicht die Kompetenz dazu, also das nötige Fachwissen, was alles zu den Parlamentsausgaben gehört. Wenn das wirklich beschlossen werden sollte, hoffe ich, dass es frühestens in drei Jahren in Kraft tritt. Wir haben natürlich die Stossrichtung oder die Idee, das Anliegen von Florian Spiegel schon verstanden. Nämlich, dass auch die GPK, wie auch andere Kommissionen, das Recht hat, analog der FIREKO externe Fachpersonen beizuziehen, ohne dass das von der Gemeinde oder von der Gemeindeverwaltung, vom Gemeinderat immer abgesehnet wird. Diese Kompetenz möchten wir der GPK mit § 22 Abs. 4 – ist es, glaube ich, wenn ich es richtig im Kopf habe –, mit diesem Zusatz, den wir vorgeschlagen haben, schaffen. Wir gingen eigentlich davon aus, dass damit dem Anliegen von Florian Spiegel Rechnung getragen ist. Es ist ohnehin ein Irrglauben, wenn man meint, der Gemeinderat erstellt das Budget. Das macht er nicht. Die Budgethoheit liegt so oder anders beim Einwohnerrat. Was aber der Gemeinderat macht, ist natürlich ein Entwurf, ein Vorschlag für ein Budget. Da sind, glaube ich, alle im Einwohnerrat froh, dass der Gemeinderat das zusammen mit seiner Verwaltung macht, der auch bewusst dafür Leute angestellt hat und das ausrechnen, sauber budgetieren, etc. Denn das könnten wir als Laienparlament im Nebenamt gar nicht bewältigen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Werbetrommel rühren für den Bericht des Einwohnerratsbüros, der besagt, § 22 Abs. 4 passen wir an. Damit soll denn auch das Verfahrenspostulat von Florian Spiegel, was den § 16 betrifft, erledigt sein.

Noch zu § 55: Ich kann mich gut – ich glaube, das war Anfang dieses Jahres, ich habe mir das Datum leider nicht notiert – an die Einwohnerratssitzung erinnern, in der nach der Pause die Fragestunde so viel Platz eingenommen hat, dass wir nach der Pause gar nicht mehr zur Traktandenliste zurückgekommen sind, weil die ganze Zeit bereits überschritten wurde. Wir haben aber nicht vor, wie an einem Eishockeyspiel Sekunden zu stoppen und zu sagen, stopp, jetzt sind dreissig Minuten vorbei, die Schluss sirene ertönt, niemand darf mehr etwas sagen. Das wird auch in § 55 zum Ausdruck gebracht, worin steht: «in der Regel». Wenn man also eine spannende Diskussion hat, wie wir es damals, glaube ich, im Tippi-Zelt hatten, dann wird sicher nicht nach dreissig Minuten abgebrochen, sondern das liegt dann im Ermessen des Büros, ob man sie trotzdem weiterführen kann. Das mit den dreissig Minuten ist lediglich eine Ordnungsvorschrift, aber keine starre Regelung, wie wir sie im Eishockey kennen. Danke vielmals.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Spannende Diskussionen? Nein, gibt es nicht. In einer Fragestunde gibt es keine Diskussionen. Das steht drin, wie zuvor erwähnt, in § 55. Bitte, schlussendlich liegt es in unserem eigenen Interesse hier, die Fragestunde sec durchzuführen, so wie es sich gehört. Es gibt keine Diskussionen. Ich finde es auch gut, dass es die Fragestunde auch gibt, denn viele Vorstösse u. a. können wir vermeiden. Ich glaube, hier ist die Verwaltung auch gelegentlich erpicht darauf, lieber halt hier etwas mehr diskutieren, als bei den drei Vorstössen schreiben zu müssen. Ich bin diesbezüglich etwas skeptisch. Es ist das einzige Mittel im ganzen Geschäftsreglement, welches terminlich fixiert ist. Es ist bei uns nicht einmal eine Sitzungszeit definiert. Sitzungstag ist Mittwochabend. Punkt. Es steht nicht, wann wir beginnen. Es steht auch nicht, wann wir aufhören. Das liegt im Ermessen des Büros, wenn sie einladen. Wollen wir dann ein kleines Fensterchen absolut maximieren, verstehe ich das überhaupt nicht, wenn wir nicht einmal sagen wollen, na gut, es wäre schön, wenn wir um 22 Uhr Feierabend machen würden. Wer sagt das? Es könnte auch 24 Uhr sein. Also hört auf, so etwas zu tun, bitte. Merci.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals. Ich möchte Etienne nichts nachplappern, aber es geht ganz klar: § 63 starr fixiert und keine Zeit. Aber jetzt zur Fragestunde ganz konkret: Wer bestimmt die Reihenfolge der Fragen? Wer setzt fest, ob zuerst die Frage von Winter oder vom anderen Winter kommt? Das kann man nicht tun. Wenn die 58 Minuten um sind, ist die Entscheidung gleichwohl, machen wir noch Traktanden vor der Pause oder machen wir nun Pause? Kommt noch eine Frage oder nicht? Das kann man gar nicht festlegen. Unser ganzes Reglement, das wir haben, unsere

Hausordnung hat nirgends ein Zeitgefäss fixiert. Es kann hier gar nicht auf diese Weise drinstehen. Ich denke, entscheidend ist einfach, dass eine vorliegende Frage, eine Frage sein muss, die aktuell ist. Das Büro kann sagen oder der Gemeinderat, Pardon, macht eine Interpellation daraus – das ist hier schon x-Mal geschehen – aber es kann sein, dass aktuelle Fragen, eine oder zwei vorliegen, die halt vielleicht nicht schriftlich eingegeben wurden, aber auf der Zunge brennen und auch für ganz viele Leute hier von Interesse sind. Ich sehe keinen Grund für ein Zeitgefäss. Ich sehe keine Chance für einen qualifizierten, fairen Ablauf, welche Frage kommt zuerst. Das können wir doch gar nicht festsetzen. Jemand hat am Schluss die Zwei am Rücken oder sonst eine grössere Zahl, ganz sicher nicht die Eins. Lasst es doch bitte einfach sein. Merci.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe auch noch Anmerkungen zur Fragestunde. Ich bin eigentlich ein Fan der Fragestunde. Und zwar, weil ich dieses Element als etwas Demokratischstes finde. Es gibt Gelegenheit, spontan etwas aufzugreifen und in Diskussion zu bringen. Trotzdem habe ich mir abgewöhnt, in der Fragestunde Fragen zu stellen. Ich mache das jetzt bilateral. Ich mache das bei Gemeinderäten, ich mache das bei der Verwaltung. Die Ergebnisse sind ausgezeichnet, ich bin sehr zufrieden mit den substanziellen, qualifizierten, brauchbaren Auskünften, die ich immer erhalte, immer. Wenn man sie auf dreissig Minuten verkürzen würde, müsste man sie sinngemäss «Fragehalbstunde» nennen.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Einfach nur ganz kurz. Wenn man die Fragestunde mit dem Landrat vergleicht, müssen wir vielleicht aber auch Äpfel mit Äpfeln vergleichen. Einfach nur als Ergänzung: Dort werden die Fragen vorab schriftlich eingereicht, also am Montag um 17 Uhr, wenn am Donnerstag Sitzung ist. Das ist schon auch noch einmal ein Unterschied. Dann hat man nämlich eine schriftliche Antwort und dann kann man noch eine Zusatzfrage stellen oder sogar zwei oder drei. Ich meine, wenn, dann müsste man es auch so regeln. Denn, ich kann mich allen meinen Vorrednern nur anschliessen, sonst hat jemand einfach nur Pech gehabt. Das geht ja wohl schon mal gar nicht. Wenn ihr es mit dem Landrat vergleicht, ja gerne, aber dann macht es auch richtig. Danke.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich finde eine Zeitbegrenzung grundsätzlich nicht so dumm. Jeder muss sich dann ein wenig am Riemen reissen und sich überlegen, dass er vielleicht versucht, sich nur kurz und prägnant zu fassen. Dieser Vorschlag, wie er hier nun formuliert ist, beinhaltet doch die drei Wörtli «in der Regel». D. h., es gibt auch die Ausnahme. Letztendlich nehme ich an, ist es so gedacht, dass der Präsident letztlich entscheiden kann, ob wir bei den dreissig Minuten bleiben, was vielleicht ein wenig die Regel sein sollte, oder ob es gerade notwendig und sehr interessant ist, dann kann man das ohne Probleme auch verlängern. Ich halte diese Formulierung für sehr sinnvoll und erhoffe mir davon, dass wir weiterhin eine interessante, kurze, prägnante Fragestunde haben. Danke vielmals.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ja, besten Dank. Jetzt habe ich, auf die Aussage, Stephan Wolf, von dir, gedacht, jetzt muss ich gleichwohl etwas sagen. Ich habe von Beginn an erklärt, dass es eine falsche Annahme ist, dass das Einwohnerratsbüro die ganze Arbeit erledigen müsse. Dann kommt solch ein Satz wie, dann hoffe ich, dass es erst in drei Jahren kommt. Dazu muss ich schon sagen, in demselben Satz – nein, zwei Sätze später war es – zwei Sätze später kommt von dir das Votum, ja habt ihr denn das Gefühl, der Gemeinderat macht das Budget selbst, der lässt sich das auch erstellen. Von dir. War das der Satz? Den hast du so gesagt? Du hast gesagt, der Gemeinderat macht das Budget nicht selbst, der lässt es sich erstellen. Weshalb genau, geht das beim Einwohnerrat nicht? Mich nimmt Wunder, weshalb es beim Einwohnerrat nicht geht, dass beim Büro, dass das Budget vorab genauso, wie es überall sonst auch erstellt wird, dem Büro zur Genehmigung vorgelegt wird, sodass ihr dort, wo ihr Handlungsbedarf seht, sagen könnt, es braucht eine Anpassung oder nicht, aus eurer Sicht, oder eine Aufstockung. Weshalb geht das dort nicht? Weshalb geht es dort nicht, wenn es im Landrat funktioniert – im Landrat-Büro sind nur drei Leute mehr? Die machen es auch nicht selbst. Wir haben fünf Leute auf ein viel kleineres Gremium, und da soll es nicht gehen? Als würde das Büro in Liestal, die acht Leute, das ganze Budget ausarbeiten für den 90-köpfigen Landrat. Das passiert auch nicht. Weshalb geht das hier nicht? Das hätte ich gerne im Detail gewusst.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Nur ganz schnell noch einmal zur Formulierung «in der Regel». Es geben zehn Personen schriftlich eine Frage ein. Jemand erstellt eine Reihenfolge. Die Frage wird vorgelesen, bei drei Fragen braucht es für den Gemeinderat zur Erklärung ein kleiner Plan zum Hinlegen, Zeit zur Beantwortung: dreieinhalb Minuten. Es reicht für acht Fragen. Es fehlen noch zwei, die Zeit ist um. Jetzt gibt es noch zwei, drei hier, die aufstrecken, weil sie genau etwas draussen auf dem Pausenplatz gehört haben, was wichtig wäre, noch schnell nachzufragen, hallo, wie sieht das aus,

habt ihr das auch gehört. Es ist sehr eng. Diese dreissig Minuten, meine Damen und Herren, die kannst du in den Papierkorb werfen. Es geht nicht. Man muss mindestens, wie angesprochen wurde, die schriftlichen Fragen alle abarbeiten, sonst kann man nicht sagen, wir hören auf. Wenn jemand ganz spontan auf dem Pausenplatz über eine Frage stolpert – du musst das Knie heilen, die Frage muss raus, die Antwort müssen wir erhalten. Also bitte, «in der Regel» ist in der Regel gar nichts wert. Merci.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Es ist erneut mein Geduldsfaden gerissen. «In der Regel» haben wir zigmal verletzt, und wir werden es unzählige Male verletzen, denn niemand weiss, was die Regel ist, niemand weiss, was die Häufigkeit ist. Nehmt diesen Artikel bitte rein, because: Es ändert sich gar nichts. Gar nichts. Also, ausgezeichnet, wir haben viel Geld verbraten, um einen sinnlosen Paragraphen reinzunehmen. Sorry für dieses starke Votum. Ähnlich getroffen fühle ich mich bei der Budgetdiskussion. Das Budget wird im Moment von der Verwaltung vorgeschlagen. Das Budget sieht einen Betrag für die Beratung vor. Es gab mal einen Fall, bei dem es Schwierigkeiten gegeben hat, weil der Betrag höher lag, als man im Vorfeld gesehen hatte. Dafür gibt es ebenfalls ein Reglement: Die Budgetüberschreitungen müssen genehmigt werden, denn die Budgetausführung ist die Kompetenz des Gemeinderats. Insofern hat die FIREKO wirklich eine Sonderstellung? Eigentlich nicht. Die FIREKO macht klar, wir benötigen die externe Beratung. Das ist seit Jahr und Tag im Budget. Und dieses Budget wird seit Jahr und Tag von der Verwaltung vorgeschlagen. Wenn hier also reingeschrieben wird, «in eigener Kompetenz» und dann nicht einmal beschrieben wird, welche Kompetenz eigentlich gemeint ist, hat man genau dasselbe Wirrwarr wie zuvor. Macht bessere Formulierungen, wenn ihr etwas ändern wollt. Das bringt alles so nichts.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Nun Florian Spiegel, wenn ich es richtig gesehen habe ..., Nein? Okay. Keine weiteren Wortmeldungen. ... Ahh, falsch verstanden, Stephan Wolf, bitte.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Einfach als Antwort zu dem, was Florian Spiegel zuvor ausgeführt und an meine Adresse gewandt hat. Erstens einmal, wegen erst in drei Jahren in Kraft treten: Das habe ich en passant gesagt, also bitte nicht auf die Goldwaage legen, das war nur ein Spruch am Rande, wenn man so will. Nun, wegen § 16, wenn es dann heisst «es», da würde ich schon meinen «Das Büro budgetiert die Parlamentsausgaben.», dann müsste man genauer definieren, was genau sie sind, welche Parlamentsausgaben sie sein sollen. Du selbst hast zuvor gesagt, es geht nicht darum, dass das Büro die ganze Arbeit machen soll. Also jetzt ein konkretes Beispiel: Die Zwischenverpflegung, die uns hier zur Verfügung gestellt wird, die kostet auch was. Ist das nun eine Parlamentsausgabe oder eine allgemeine Verwaltungsausgabe oder was auch immer? Wenn man es wortwörtlich auslegt, wären es wahrscheinlich doch eher Parlamentsausgaben, dann müsste das Büro sie budgetieren. Zum Budget allgemein habe ich gesagt, dass nicht der Gemeinderat es erstellt. Der Gemeinderat schlägt es dem Einwohnerrat vor. Es ist aber auch völlig klar, dass der Gemeinderat hierbei auf Hilfe von seinen Mitarbeitern angewiesen ist. Das kann man nun stark nennen oder was auch immer. Für das Büro wäre das selbstverständlich auch so, wenn es alle Parlamentsausgaben budgetieren müsste, umso mehr, weil das Büro ja jedes Jahr wechselt. Gut, es sind dann mehrere Jahre hintereinander immer dieselben Leute, aber nicht mehr als drei, im Gegensatz zum Gemeinderat, der längerfristig amtiert. D. h., das Büro wäre wiederum auch auf den Stab angewiesen. Man könnte zusätzliche Stellen schaffen, die dann nur für die Parlamentsausgaben zuständig sind. Aber ich glaube, dies will niemand hier, auch aus Kostengründen. Oder es wären dann wieder dieselben Leute, die auch beim Gemeinderat das Budget erstellen. Auch das ist wahrscheinlich nicht im Sinne des Erfinders. Wie zuvor erwähnt, die Budgethoheit liegt ohnehin schon beim Einwohnerrat, die liegt nicht beim Gemeinderat. Man kann Budgetpostulate stellen etc., und das Budget, welches vorgeschlagen wird, auch anpassen lassen, wenn es im Gesamteinwohnerrat eine Mehrheit findet. Dies wollte ich einfach nur noch zur Klarstellung erwähnen und danke für die Aufmerksamkeit.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Christian Jucker, bitte ...

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Nur schnell zur Klarstellung von dem, was du gerade gesagt hast. Es gibt einfach ein Konto 110. Das heisst: Legislative. Das ist nicht so eine komplexe Sache. Es sind jetzt 350'000 Franken im Budget, ausgegeben sind 256'000. Der Grossteil ist Personalkosten, Sitzungsgelder. Znüni oder Zvieri hier ist, glaube ich, kein wirklich komplexes Thema. Insofern denke ich, – also, ich sehe weder ein technisches Problem noch ein Problem, dass der Rat oder das Büro es planen kann.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke, Nikki Morat. ...

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Gleich schnell etwas dazu erwidern: Das ist die Legislative, ja, beim 110. Aber da ist beispielsweise auch das Wahlbüro enthalten. Florian Spiegel hat natürlich absolut recht, das sind keine Parlamentsausgaben. Das muss natürlich weiterhin der Gemeinderat budgetieren, bzw. die Verwaltung. Aber es gibt direkte Parlamentsausgaben, ja, die Sitzungsgelder, die wir erhalten. Ob nun das Essen hier draussen Parlamentsausgaben sind, darüber kann man streiten. Das ist schlussendlich, aber, ja, Florian hat es erwähnt, es gibt typische Parlamentsausgaben. Aber das sind nicht alle Parlamentsausgaben, was beim Konto 110 unter Legislative läuft.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Merci. Ich stelle fest, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Henry Vogt, Präsident: Dann frage ich den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das scheint nicht der Fall zu sein. So gehen wir über zur 1. Lesung eines Teils des Geschäftsreglements des Einwohnerrats. Achtung, es ist die Synopse, die wir durcharbeiten.

Stephan Wolf, 2. Vizepräsident: Danke vielmals. Somit gehen wir die Synopsen durch, dieses Blatt hier. Ich beginne, auch wenn es nun jetzt nicht explizit draufsteht, weil wir keine Änderungen vorschlagen, aber ich möchte Florian Spiegel nicht unrecht tun. Deshalb kommt zuerst § 16.

Teilauszug aus dem
GESCHÄFTSREGLEMENT DES EINWOHNERRATS ALLSCHWIL VOM 16. SEPTEMBER 2015
Synopse

§ 16

keine Wortmeldungen

§ 22 Geschäftsprüfungskommission, GPK

keine Wortmeldungen

§ 55 Fragestunde

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich weiss nun nicht, ob es formell Sinn ergibt, aber wir möchten einfach diesen Absatz 4 streichen. Also: «Die Fragestunde dauert in der Regel nicht länger als 30 Minuten.» Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Merci. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Henry Vogt, Präsident: Sofern keine weiteren Wortbegehren mehr vorliegen, stelle ich fest, dass die 1. Lesung damit abgeschlossen ist. Die Abstimmung über die Anträge erfolgt erst im Anschluss an die 2. Lesung im September.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 7.12.2022, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.3.2023, betreffend Dritter Zwischenbericht zur Motion von Matthias Häuptli, GLP, betreffend «Tempo 30 in Quartierstrassen» sowie Sondervorlage für die Realisierungsarbeiten zu «Tempo 30 in Quartierstrassen»
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4500D/E/F

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es ist das Geschäft 7, nicht so wie der Präsident gesagt hat, das Geschäft 6.

Henry Vogt, Präsident: Das Traktandum 6 wurde gestrichen, somit wurde 7 zum 6. – Okay, nun frage ich noch einmal an, ob Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Rednerreihenfolge wäre: Ausführungen KBU-Präsident Andreas Bärtsch, anschliessend die Ausführung des Gemeinderats Philippe Hofmann, die Vertretung der Fraktionen sowie dann die Rednerliste für die allgemeine Beratung.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir behandeln hier das Geschäft «Tempo 30 in Quartierstrassen». Das beruht auf einer Motion von Matthias Häuptli, die er im Dezember 2019 eingereicht hat. Der Einwohnerrat hat bereits in drei Zwischenberichten beraten und auch eine Sondervorlage für die Realisierungsarbeiten zu Tempo 30 in Quartiersprachen gesprochen. Zum Projekt: Das Projekt sieht vor, Tempo 30 auf den Gemeindestrassen im Siedlungsgebiet gestaffelt in elf Zonen flächendeckend einzuführen. Es soll in den Jahren 2023 und 2024 umgesetzt werden und rund 193'000 Franken kosten. Wovon 142'000 Franken auf die Parkraumbewirtschaftung entfallen. Die Umsetzung wird ausser auf den kommunalen Hauptverkehrsstrassen flächendeckend eingeführt. Tempo 30-Zonen werden konsequent mittels Torsituationen signalisiert. Nicht mehr erforderliche Verkehrsschilder werden demontiert und Fussgängerstreifen bis auf wenige Ausnahmen entfernt und wo erforderlich, neue Parkfelder erstellt oder bestehende Parkfelder entfernt. Bauliche Massnahmen am Strassenkörper sind lediglich am Knoten Herrenweg und Weiherweg erforderlich. Die Kommission hat dieses Geschäft in zwei Sitzungen behandelt und verabschiedet und dankt herzlich der Verwaltung und dem Gemeinderat für die speditive und konstruktive Zusammenarbeit während der Bearbeitung dieses Geschäfts.

Die Kommission hat sich mit den folgenden Punkten befasst:

- Flächendeckende Umsetzung
- Beschilderung
- Fussgängerstreifen
- Radwegrouten
- Kosten

Die Kommission begrüsst nach längerer Diskussion die **flächendeckende Umsetzung**, auch wenn es gewisse Quartiere oder Zonen gibt, bei denen, wenn man sie einzeln betrachtet, nicht viel Sinn stiftet. Aber die Kommission würdigt im Schlusspunkt, dass es wahrscheinlich relativ schwierig ist, oder mit einheitlichen Kriterien zu erklären ist, weshalb man nun in der einen Zone Tempo 30 einführt und weshalb nicht, und kann daher mit 4:3 Stimmen der flächendeckenden Einführung der Tempo 30-Zonen zustimmen.

Beschilderung Die Kommission hält es für begrüssenswert, dass rund 163 nicht mehr gebrauchte Schilder rückgebaut und im Rahmen der Einführung von Tempo 30-Zonen 113 neue Schilder gesetzt werden. Bei diesen 113 neuen Schildern findet die Kommission, dass einige zu viel sind. Z. B. kann die Kommission nicht nachvollziehen, dass man entlang der Landesgrenze, wie in der Beilage des Berichts aufgeführt, Tempo 30-Zone-Schilder aufstellt, wo vielleicht einmal oder zweimal im Jahr ein landwirtschaftliches Fahrzeug reinfährt. Auch kann die Kommission nicht nachvollziehen, weshalb man entlang der Grenze zum Kanton Basel-Stadt in der 30er-Zone auf der Kanton Basel-Stadt-Seite ein «Ende Zone 30»-Schild hinstellt, und auf der anderen Seite der Kantonsgrenze ein Tempo 30-Schild der Gemeinde Allschwil aufstellt. Dazu ist die Kommission der Meinung, dass man den Schilderwald noch etwas ausholzen sollte, es könnte mehr Übersichtlichkeit im Strassenraum geschaffen, aber auch auf der finanziellen Seite sicher noch etwas eingespart werden.

Vertieft hat sich die Kommission mit der Entfernung der **Fussgängerstreifen** befasst. Hier geht es hauptsächlich darum, dass die Kommission der Ansicht ist, dass man auf den viel begangenen Schulwegrouten – im speziellen Fall ist es die Spitzwaldstrasse, wo im unteren Teil Tempo 30-Zone eingeführt wird, wo Kinder aus dem Borerhofquartier ins Schulzentrum Neuallschwil gehen – eine Fussgängerquerung sicher bestehen lassen sollte, um den Kindern die nötige Sicherheit auf dem Schulweg zu geben. Nach Rückfrage bei der Gemeinde kam die Auskunft, dass Fussgängerstreifen in einer 30er-Zone nur bei besonderen Bedürfnissen belassen werden dürfen, wo ein Vortrittsbedürfnis für die Fussgänger dies erfordert. Namentlich in der Nähe von Schulhäusern, Kindergärten oder Altersheimen. Aber die Kommission hat auch zwei Beispiele gefunden, in denen es bei Weitem nicht der Fall ist. Der eine ist der Fussgängerstreifen auf dem Steinbühlweg oder der Fussgängerstreifen in der

Ochsengasse. Deshalb kann die Kommission die Haltung des Gemeinderats oder der Verwaltung nicht nachvollziehen, dass es auf der Spitzwaldstrasse nun keinen Fussgängerstreifen geben soll, und möchte beliebt machen, dass man das noch einmal überdenkt.

Die **kantonalen Radwegrouten**, die besondere Vortrittsbedürfnisse der Radfahrer berücksichtigen, wurden jetzt in der 30er-Zone nicht eingebaut. Die Kommission findet das eine verpasste Chance, kann aber die Erläuterungen des Gemeinderats oder der Verwaltung nachvollziehen, dass es ein Pilotprojekt wäre und man mit der Einführung der Tempo 30-Zone nicht mit einem Pilotprojekt noch zusätzlich verzögern wollte.

Kosten: Wie eingangs erwähnt, die Umsetzung der Tempo 30-Zone kostet 641'000 Franken. Die Kostenschätzung ist detailliert und nachvollziehbar aufgebaut. Die Kommission hat die angegebenen Mengen stichprobenartig überprüft und keine Abweichungen festgestellt. Aufgrund der detailliert vorliegenden Planunterlagen kann die Kommission aber nicht nachvollziehen, weshalb die angegebenen Kostenabweichungen mit +/- 25 % angegeben sind. Die Kommission vertritt die Meinung, der Planungsstand muss bei einer Kostenschätzung gemäss der gültigen SI-Norm eine Genauigkeit von +/- 15 % oder vielleicht von noch +/- 20 % aufweisen.

Die Kommission stellt dem Einwohnerrat aufgrund der vorgenannten Feststellungen den Antrag: Aufgrund der festgestellten Widersprüche und Abweichungen in den Unterlagen und den aufgezeigten Vereinfachungen empfiehlt die Kommission dem Einwohnerrat, die Geschäfte 4500 D und 4500 E mit 5:2 Stimmen an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückzuweisen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Einleitend wurde bereits vom KBU-Sprecher erwähnt, um welches Geschäft es sich handelt, 4500 D, E und F. Ich gehe nicht mehr näher auf diese Erläuterungen ein. Sondern, ich möchte mich direkt dem KBU-Bericht widmen. Die KBU beantragt Ihnen ja, dass das Geschäft zurückgewiesen werden soll. Der Gemeinderat sieht das nicht ganz unerwartet, ein wenig anders natürlich. Erlauben Sie mir deshalb ein paar Ausführungen zum Geschäft und zum Bericht der KBU im Speziellen, besonders zu den monierten Punkten, die erwähnt wurden. Die KBU moniert z. B. eben die Beschilderung, besonders des Rosenwegs und an der französischen Grenze und auch zum Kanton Basel-Stadt. Ich kann das persönlich verstehen, muss ich ganz ehrlich sagen. Das macht ein wenig auf den ersten Blick einen speziellen Eindruck. Ich möchte einfach ganz klar zu bedenken geben, eine Beschilderung muss eine Linie haben. Man kann nicht hier ein paar Schilder setzen und dort auf ein paar verzichten. Und was ist dann genau die Argumentationsgrundlage, dass man hier ein Schild macht und dort macht man keines, oder vielleicht hat man erwogen, dort doch eines wegzulassen? Entweder gibt es Beschilderung konsequent und überall, bei der etwas fahren kann, was schneller als 30 fahren könnte, oder es gibt nirgends Schilder. Aber nichts dazwischen, bei dem man mit Sonderargumenten herausfinden muss, wie es abläuft. Das war ziemlich klar. Wir wollen den Auftrag der Motion auch konsequent so umsetzen. Dann gibt es halt auch auf einem Feldweg nach Hegenheim ein Schild, weil man auch dort schneller als mit Tempo 30 fahren oder ins Gebiet eintreten kann, und sei es nur mit einem Elektrovelo, was heute immer wieder geschieht.

Bei der Beschilderung von Basel ist es so, man könnte tatsächlich auf das 30 verzichten. Wenn aber, und das ist eben ein Aber, wenn die Stadt Basel damit einverstanden ist. Denn schliesslich ist es das Ende von 30, das sind die Schilder der Basler. Wir können nicht einfach Schilder entfernen und gut ist, sondern das muss Basel-Stadt natürlich bewilligen. Das natürlich nicht ganz kostenlos. Der Beginn der Parkraumbewirtschaftung, den wir dann haben, müsste ohnehin wieder als Schild vorhanden sein. D. h. man spart vielleicht eine Tafel, man spart aber nicht am Pfosten und am Schild. Das kommt ohnehin. Dementsprechend sprechen wir wahrscheinlich auch nicht mehr von der vorhandenen, fünfstelligen Zahl. Im besten Fall sind wir vielleicht bei 8' oder 10'000 Franken, wenn man die Arbeit der Verwaltung noch dazurechnet. Der Kern der Aussage nehme ich aber selbstverständlich auf. Wir suchen die Kommunikation mit der Stadt Basel und fragen sie mal an, ob sie überhaupt einverstanden wären, dass wir dort die 30er-Schilder, die Ende 30-Schilder entfernen, damit wir keine neue, eintretende stellen müssten. Hat aber, wie erwähnt, keinen Einfluss auf die Parkraumbewirtschaftung. Einen Pfosten gibt es in jedem Fall.

Es wurde noch wegen der Fussgängerstreifen moniert. Gut, hat man sich diesem Thema angenommen. Es ist ein besonderes Thema innerhalb dieser Tempo 30-Zonen, das ist ganz klar. Der Grundsatz ist auch hier unmissverständlich. Es gibt keine, es sei denn, es gibt achtenswerte Gründe, die be-

reits erwähnt wurden, wo die Möglichkeit besteht. Man hat explizit zwei Fussgängerstreifen hervorgehoben, nämlich jenen in der Ochsenegasse und der andere im Steinbühlweg. Man muss ein wenig zurückdenken. Beim Steinbühlweg stand damals noch ein Schulhaus, als man begonnen hat, das Ganze zu planen, oder man hat gewusst, es könnte dort wieder eines hinkommen. Dabei war die Überlegung der Verkehrsplanung und entsprechend auch von der Verwaltung und des Gemeinderats, dass, wenn schon mal ein Fussgängerstreifen vorhanden ist und auch genutzt wird, und auch eine Zwischennutzung mit gewisser Frequenz vorhanden und verhältnismässig ist, man den Fussgängerstreifen exemplarisch belässt. Ähnlich verhält es sich auch in der Ochsenegasse. Der Ochsenegasse-Fussgängerstreifen, der zum Holderweglein führt, ist eine sehr notwendige Sicherheitsmassnahme, denn dort liegt auch ein Kindergartenweg. In unmittelbarer Nähe von Schulen und Heimen, was je nach Interpretation wahrscheinlich gegeben ist, wenn man an den Langgarten-Kindergarten denkt oder ans Dr. Augustin-Haus, welche ziemlich in der Nähe des Holderwegs liegen, hat es durchaus seine Berechtigung. Jeder, der schon einmal dort war, sieht, dass dieser Fussgängerstreifen ein wenig in einer Kurve liegt. Wenn man zumuten müsste, vom Kindergartenweg in den Holderweg rein ohne Fussgängerstreifen zu gehen, finde ich das nicht verhältnismässig. Dieser Ansicht war auch der Verkehrsplaner. Deshalb hat man sich entschieden, dass man ihn explizit bestehen lässt.

Entsprechend anders war es bei der Spitzwaldstrasse. Dort ist die Übersichtlichkeit von ganz anderer Natur. Es wurde als verhältnismässig erachtet, bzw. vom Gesetz, von der Vorschrift, dass man keine macht, dass man den dort nicht belassen müsste. Aber, ganz zum Schluss, da bin ich offen, ich habe ein offenes Ohr dafür, wenn der Einwohnerrat meint, er müsse im Detail über Fussgängerstreifen abstimmen und Anträge stellen, bitte, c'est à vous. Selbstverständlich kann man darüber auch diskutieren. Es ist einfach so, jeder Fussgängerstreifen, den wir erstellen, selbst jene, die wir belassen haben, müssen wir beim Kanton beantragen. Wir werden es dementsprechend auch tun. Der Kanton sagt dann ja oder nein. Das ist einfach ein Meccano, das ohnehin besteht.

Die Kritik an den 5 % zu wenig scharfen Kostenschätzung nehme ich zur Kenntnis. Es ist selbstverständlich richtig. Ich leite sie auch an die entsprechende Stelle weiter, sodass wir wahrscheinlich mit einer ungefähr rund 30'000 Franken genaueren Zahl rechnen können. Das ist bestimmt etwas, was man korrigieren kann.

Jetzt aber muss ich noch schnell etwas zur Antragsbegründung sagen. Wenn es dann so hier formuliert wird, dass es erwähnte Widersprüche und Abweichungen gibt, dann muss ich sagen, dass sie in Bezug auf das ganze Geschäft, so wie es vorliegt, höchstens marginal sind. Alles in allem bringt der KBU-Bericht keine neuen Erkenntnisse. Keine neuen Erkenntnisse, die eine Rückweisung an den Gemeinderat überhaupt rechtfertigen würden. Weder die Verkehrsplanung noch die Verwaltung, noch der Gemeinderat kann Ihnen bei einer Rückweisung neuere Erkenntnisse dazu liefern. Vorhandene Details kann man sicher anpassen, aber eine Gesamtüberarbeitung eines Projekts, welches grundsätzlich infrage gestellt werden soll, und das ist der Mechanismus, wenn man das Geschäft an den Gemeinderat zurückstellen muss, liegt in meinen Augen und in den Augen des Gesamtgemeinderats nicht vor. Deshalb bitte ich Sie auch, dem Antrag der KBU nicht zu folgen.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Nun wären die Fraktionssprecher an der Reihe. Wer sich melden möchte, soll das zeigen. Matthias Häuptli, bitte.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Als Motionär und Vertreter der Fraktion EVP/GLP/Grüne habe ich natürlich eigentlich keine Freude, wenn man das Geschäft auf eine Ehrenrunde schickt, denn wir möchten, dass Tempo 30 eingeführt wird. Auf der anderen Seite wissen wir, dass es auch eine etwas emotionale Geschichte ist, etwas, zu dem jeder in der Bevölkerung gewissermassen eine Meinung hat. Gerade das Thema, wo bleibt ein Fussgängerstreifen und wo nicht, ist etwas, was bewegt. Oder halt auch das Thema, werden unnötige Verkehrsschilder aufgestellt, ist ein Schildbürgerstreich in diesem Sinn. Solche Themen wecken gewisse Widerstände. Wir möchten eigentlich vermeiden, dass dieses Geschäft am Ende daran scheitert. Ich möchte auf die einzelnen Punkte gar nicht weiter eingehen, es wurde vom Präsidenten der KBU eigentlich gut dargelegt, welches die kritischen Punkte sind. Wir unterstützen aus diesen Gründen den Rückweisungsantrag an den Gemeinderat. Man kann sich darüber streiten, ob das nun wirklich nötig ist, denn, natürlich ist es auch ein wenig Detailkritik. Wir glauben aber trotzdem, dass das Geschäft mit einer solchen Zusatzschleife an Akzeptanz gewinnen könnte. Danke schön.

Basil Wagner, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Wir bedauern den Entscheid der KBU, die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen. Wir haben uns von der Fraktion her dagegen ausgesprochen. Wir erachten die von der KBU gerügten Details als auf dieser Stufe nicht

relevant. Sie könnten als Empfehlungen in die Umsetzung dieses Geschäfts aufgenommen werden. Das Tempo 30-Geschäft wird durch einen lauten Teil der Bürgerlichen bekämpft. Sie sind ohnehin dagegen, egal, ob diese Änderungen kommen oder nicht. Wir bedauern es insofern ausserordentlich, als sie es offenbar geschafft haben, die Fraktion EVP/GLP/Grüne doch noch für eine Rückweisung der Vorlage zu gewinnen. Wir befürchten, dass diese Vorlage verschleppt wird und zum Schluss dem Wahlkampf zum Opfer fällt, anstatt sie nun hier im Einwohnerrat ordentlich behandelt werden kann. Danke schön.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Wir von der Mitte-Fraktion haben es eingehend besprochen und halten es für grundsätzlich gut, als bürgerliche Partei, dass Zone 30 in Allschwil eingeführt wird. Matthias Häuptli hat es bereits ausgeführt, es gibt für uns auch noch zu viele offene Fragen. Nämlich, dass in einer 30er-Zone Fussgängerstreifen abgeschafft werden sollen, finden wir nicht gut. Dann haben wir lieber einen Fussgängerstreifen, denn in engen Strassen kann man mit dem Auto ohnehin nicht schneller als 30 fahren. Dass es effektiv dann zu viele Schilder geben würde, was wiederum unnötige Kosten verursacht, hat uns auch nicht glücklich gestimmt. Wir folgen deshalb dem Antrag der KBU, dass der Gemeinderat dieses Geschäft noch einmal überarbeiten soll.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Lieber Präsident, liebe Anwesende. Für unsere Fraktion hat bereits Matthias Häuptli gesprochen. Vielleicht einfach noch einmal zur Betonung der Schulwegsicherheit. Wir fragen uns schon, wie vermitteln wir der Bevölkerung, dass man in Basel-Stadt an gewissen Stellen noch Fussgängerstreifen haben kann und in Allschwil nicht. Es ist wirklich eine kleine Bitte im Sinne der Schulwegsicherheit, schaut es noch einmal an, es gibt auch diesen Plan, wo die Schüler langgehen sollen, wie viel Frequenz braucht es dort, gibt es dort. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn man begründet, dort gehen so viele Schüler, dass der Kanton es ablehnen würde, denn der Kanton weiss ja nicht so gut wie die Gemeinde, wie die örtlichen Gegebenheiten sind. Also im Sinn einerseits wirklich ein Plädoyer für Pragmatismus und zweitens lieber einen Fussgängerstreifen mehr als ein Schild weniger.

Zusätzlich haben wir noch eine Bemerkung: Wir sind etwas erstaunt, dass dieses Geschäft nicht schon in der Aprilsitzung traktandiert wurde. Wir hätten da Zeit gehabt, die Verwaltung hätte in den vergangenen zwei Monaten arbeiten können. Wir bitten das Büro, darauf zu achten, dass das nicht mehr vorkommt.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Ich möchte auch noch einmal auf das Thema mit den Fussgängerstreifen eingehen. Ich habe mitbekommen, als Basel-Stadt die ganze Innenstadt zu einer 30er-Zone gemacht hat. Es bestehen nach wie vor Fussgängerstreifen, auch abseits von Schulen, Kindergärten, Spitälern oder Altersheimen. Ich erinnere an die Schiffflände, als dort, wo die Mittlere Brücke, Eisengasse und der Rheinsprung zusammenkommen. Dort gibt es einen Fussgängerstreifen. Das jetzt nur wegen des Vortrittsrechts der Fussgänger wäre lächerlich, weil ganz viele Trämli durchfahren. Die haben nach wie vor den Vortritt, auch auf Fussgängerstreifen. Meine Frage an den zuständigen Gemeinderat: Ist es nicht so, dass in den 30er-Zonen gewisse Fussgängerstreifen nicht mehr nötig sind, aber man sie trotzdem erstellen kann? Vor allem jene, die wir schon haben, kann man doch belassen, bis man sie erneuern muss? Dann wäre immer noch genügend Zeit, damit man doch darüber diskutieren kann, bleibt er nun, wird er erneuert, oder kommt er weg. Ich nehme mal an, es ist das Schweizer Strassenverkehrsgesetz, welches das vorschreibt. Also der Kantönligeist kann es nicht sein. Aber offen gestanden, ich bin kein Jurist, deshalb ist es eine Frage an den zuständigen Gemeinderat. In Basel-Stadt gibt es tatsächlich Fussgängerstreifen abseits dieser Institutionen. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Ueli Keller? Oder möchte der Gemeinderat gleich antworten, vielleicht vereinfacht es das?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Nein, selbstverständlich überlasse ich zuerst dem Einwohnerrat das Wort.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe dann auch noch gleich zwei Fragen an den Gemeinderat. Ich bin nicht wirklich glücklich mit dieser Rückweisung. Wirklich nicht. Ich kann mich aber aus wahl-/abstimmungspragmatischen Gründen dem Rückweisungsantrag unterordnen. Aber glücklich bin ich nicht. Ich hätte zwei Fragen an den Gemeinderat. Die eine ist: Du, Philippe Hofmann, hast gesagt, es ist keine generelle Angelegenheit, welche die Rückweisung begründet. Frage 1: Könnte man nun

die Anpassungen, die in den Raum geführt wurden, noch vornehmen? Frage 2, ist für mich die wichtigere: Wie lange geht es, bis es bearbeitet ist, wenn wir eine Rückweisung beschliessen, in etwa? Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke für diese Fragen. Wir gehen weiter mit Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke. Ich würde ganz gerne nun Philippe Hofmann das Wort überlassen. Ich komme anschliessend. Die Fragen von Ueli halte ich für sehr zentral. Danke vielmals.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätztes Parlament. Wenn das gewünscht ist, unterbreche ich auf Anordnung halt die Rednerliste des Einwohnerrats und werde dementsprechend Stellung nehmen zum zuvor Gesprochenen. Ich gehe nicht, wie sonst, auf jeden Redner einzeln ein, sondern greife die Thematik Fussgängerstreifen auf. Grundsätzlich ist es so, dass in der Verordnung von Tempo 30-Zonen und Begegnungszonen, das ist Art. 4, steht eigentlich, dass Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen unzulässig sind. Das ist nun einfach mal ein Paragraf, der im Raum steht und dem wir uns einfach mal fügen müssen. Das ist grundsätzlich so. Dann haben wir von den machbaren Ausnahmen gehört, die wir vornehmen können. Es ist so, ich habe es eingangs erwähnt, wir können Fussgängerstreifen beantragen, wenn wir das gerne möchten. Man muss es einfach beantragen, eine saubere Begründung und mehr oder weniger eine Logik dahinter finden. Der Kanton entscheidet dann. Ich bin nicht derjenige, der zu Fussgängerstreifen ja oder nein sagt. Sondern, wir können das – ich habe es zuvor dem Einwohnerrat gesagt, wenn er es für nötig erachtet und über Fussgängerstreifen debattieren will und dem Gemeinderat einen konkreten Auftrag erteilt, dann bin ich der Letzte, der dem entgegensteht, sondern, man kann es nehmen. Aber, ich garantiere nicht, dass wir damit durchkommen, denn die Verordnung ist eigentlich sonnenklar. Grundsätzlich ist es abgelehnt und im Extremfall muss man es begründen, wie man es machen könnte. Dafür gibt es irgendwie eine Hilfeleistung, dass man sagt, bei vorhandenen Heimen, Schulen und anderen achtenswerten Gründen. Ich kenne sie nicht im Detail.

Das Beispiel mit Basel-Stadt, ob es sinnvoll ist, es beizuziehen, weiss ich nicht. Ich meinte, jenes an der Schifflände – ich bin mir nicht ganz sicher, es gibt Fussgängerstreifen oder gewisse Strassen, die eben nicht Gemeindestrassen in diesem Sinne sind, sondern als Hauptstrassen deklariert sind. Ich glaube sogar explizit jene, auf denen Trams fahren oder der sonstige öV, sind sie genau deshalb von der 30er-Zone ausgenommen, sodass man dort einen Fussgängerstreifen erstellt. Behaftet mich bitte nicht auf die Terminologie, es hängt so wolkenmässig in meinem Kopf. Ich meinte, man habe es in dieser Logik schon einmal irgendwo aufgeschnappt, dass die Argumentation sei, dass man zwar eine 30er-Zone habe, aber innerhalb dieser gewissen Strassen aufgrund der Nutzung anders charakterisiere und dementsprechend auch die Fussgängerstreifenregelung anders sei. Ich nehme an, dies dürfte auch eine Begründung gewesen sein, die man gestellt hat. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass es in Basel-Stadt schlussendlich auch der Kanton ist, der das Ganze entscheidet. Vielleicht ist er dieser Argumentation gefolgt. Aber die vorhandenen Details kenne ich nun wirklich nicht. Soviel zum Thema betreffend Fussgängerstreifen im Allgemeinen.

Zu Ueli Kellers Fragen im Speziellen: Ich habe gesagt, es ist nicht substanziell, dass es eine Rückweisung rechtfertigen würde. Denn es geht nicht um den Grundsatz ja oder nein, sondern es geht jetzt nur darum, dass man wahrscheinlich mit Details nicht einverstanden ist, so wie ich den Rat bisher verstanden habe. Dementsprechend bin ich der Meinung, dass wir das als Empfehlung sicher mitnehmen können. Wenn der Rat dies eigentlich wünscht, und ich spüre, dass wir irgendwo etwas haben, was wir betreffend Fussgängerstreifen diskutieren müssen, würde ich dem Rat beliebt machen: Sagt mir ganz konkret wo, was, wie, wann wollt ihr! Ich nehme das entgegen und lasse es prüfen, und dann gibt es eine Antwort darauf.

Zur zweiten Frage, wie lange das geht: Das hängt natürlich vom Gehalt ab, was wir alles bei der Rückweisung prüfen sollen. So wie es jetzt, Stand ohne Ergänzung, einfach zurückgewiesen wird, kann ich Ihnen allen sagen: Es kommt nicht viel anders retour, denn wir wüssten gar nicht, was wir anderes sagen könnten. Wir könnten höchstens eine Begründung schreiben, weshalb wir nun aus verkehrsplanerischer Sicht die und die Fussgängerstreifen drin haben. Ohne konkreten Auftrag des Einwohnerrats kann ich nichts anderes tun, als das Geschäft gewissermassen noch einmal neu auflegen und zwei, drei Dinge dazu sagen, die ich schon einmal eingehend erläutert habe. Insofern tut es mir leid, dass ich keine präzise zeitliche Aussage machen kann, denn es ist eine Gehaltsabhängigkeit, die der Einwohnerrat durchaus bestimmen kann.

Ich hoffe, dass die Ausführungen zu diesen Fragen zufriedenstellend sind.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, lieber Präsident. Also, lieber Gemeinderat Philippe Hofmann, du machst es dir schon ein wenig einfach, nicht? Zu jedem Punkt hast du eine Ausrede. Sag doch einfach mal ... [piep], wir haben einen Fussgänger ... Entschuldigung, das sagt man nicht, excusez! Sag doch einfach mal: ja, wir haben einen Fehler in diesem Plan, der Fussgängerstreifen im Steinbühlweg oder Steinbühlallee ist uns entgangen. Das wäre schon mal ein Schritt in die richtige Richtung. Das geht anscheinend nicht. Ich halte es für etwas speziell, dass man für eine Position eines Fussgängers in der Ochsenstrasse oder Ochsenweg das Dr. Augustinus-Haus heranziehen muss. Was hat es mit dem Fussgängerstreifen dort zu tun? Es ist ein Schulweg, ist sogar als Schulweg markiert oder beschriftet und ist ganz klar ein Schulweg, auf dem ein Fussgängerstreifen besteht. Zur letzten Aussage, die du getätigt hast, in der du sagst, es seien keine klaren Aufgaben erteilt. Ich glaube, die Kommission hat vier Punkte aufgelistet, mit denen sie ganz klar sagt, was sie bemängelt und bei denen sie meint, dass man sie überarbeiten soll. Wenn der Gemeinderat nicht weiss, was er damit anfangen soll, weiss ich nicht, was man noch genauer schreiben soll, um euch einen klaren Auftrag zu geben.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich frage gleichwohl noch einmal zu der Zeit. Ich bin da ein wenig gebrannt. Bekanntlich ist ja ... die Schweizer Demokratie hat zwei Schwachstellen. Alles dauert sehr lang und wird nicht wirklich besser. Das ist als Fakt erhoben. Ich möchte nun doch ein wenig genauer wissen, Gemeinderat Philippe Hofmann, wenn wir jetzt eine Überweisung beschliessen (was ich befürchte), geht es dann eher zwei oder fünf Jahre, bis wir das Tempo 30 haben?

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Jean-Jacques Winter, anschliessend Rolf Adam.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals. Ich habe nun mal doch noch einmal schnell etwas zum Schulweg und zu den Fussgängerstreifen. Wir hatten vor Jahren hier eine Diskussion, Inselchen an der Spitzwaldstrasse aufzulösen, man brauche sie nicht mehr, man kann sparen, wir haben überall Inselchen, Fussgängerstreifen, es braucht Beleuchtung etc., entfernen wir sie. Sie sind geblieben. Ich hatte damals hier gesagt, ich hätte das Glück gehabt, mit dem bekanntesten Polizisten vom Kanton Basel-Landschaft zu sprechen, mit Herrn Herrmann. Alle von uns, die hier in den vergangenen dreissig Jahren hier zur Schule gingen, kennen diesen Herrn, oder als Vater oder Mutter kennt man ihn eher auch. Er sagte damals ganz klar: Um Himmels willen, lässt die Inselchen stehen. Keine Gemeinde, die vorausdenkt, entfernt Sicherheit auf der Strasse. Ich durfte ihm noch einmal anrufen, im Sinn von Tempo 30 jetzt bei den Fussgängerstreifen. Ich bin nicht ganz derselben Meinung wie die Kommission. Er hat mir ganz klar gesagt: Fussgängerstreifen, formell richtig, haben es alle hier vorn gesagt, der Präsident der Kommission wie auch der Gemeinderat, es gibt einen Paragrafen, sie müssen weg. Aber wenn sie bleiben, ist es eine Entscheidung, die politisch läuft, die wir treffen. Es gibt genug Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft, Birsfelden und andere, die in Tempo 30-Zonen Fussgängerstreifen behalten haben. Es ist nicht etwas, was wegmuss. Wir hier entscheiden, es wurde zuvor erwähnt, wo, wie wir was verändern wollen. Wir können es sagen. Sei es Schulwegsicherheit oder Rollatorsicherheit. Gerade bei uns vorn sehe ich bald mehr Rollatoren als Kinderwagen. Vergesst dies bitte auch nicht. Die Leute gehen über die Strasse. Ältere Leute sind sturer als Kinder. Wenn wir sagen, wir machen fünf Streifen weg und alle gehen ganz oben links drüber, werden die älteren Leute mit einem Rollator auch ganz unten rechts rübergehen. Die Entscheidung – noch einmal – bleiben Fussgängerstreifen in diesen Zonen? Das können wir hier festlegen, können sagen, wir wollen das. Der Kanton bestätigt es, aber wir geben den Weg vor, wie es läuft. Ich hoffe, dieses Geschäft kommt heute Abend durch. Wir haben es gehört, 2, 3, 4, 5 Jahre warten, meine Damen und Herren, es liegt in unserer Hand, diese Sache voranzutreiben. Danke schön.

Rolf Adam, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Philippe. Ich habe hier das Stimmregister 741 213 3 des UVEK, Verordnung UVEK vom 28. September 2001 über die Tempozonen und Begegnungszonen. Abschnitt 2, verkehrsrechtliche Massnahmen und Gestaltung des Strassenraums ... – Nein, nicht ganz ... doch ja, genau. Dort steht unten, unter Punkt 2: «Die Anordnung von Fussgängerstreifen ist unzulässig. In den Tempo 30-Zonen dürfen jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse Fussgänger dies fordern, namentlich bei Schulen oder Heimen [...]» Dass es keine geben kann, ist hier nicht der Fall. Es gibt Ausnahmen, oder? Wie es auch andere haben wie in Basel-Stadt z. B. Das wird es ja auf Gemeindegebietsebene auch machbar sein. Zudem ist das UVEK höhergestellt als unsere Verordnungen, oder?

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Alle sind jetzt beim Lesen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Ahh, okay – Miriam Schaub und anschliessend Matthias Häuptli.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Entschuldigung, dass ich jetzt auch noch einmal etwas sagen muss, aber ich finde, es ist nicht unsere Aufgabe, dem Gemeinderat zu sagen, wo er einen Fussgängerstreifen malen muss. Die KBU hat doch irgendwie Anträge gestellt, und ich habe gesagt, schaut euch mal die Schulwege an, z. B. schaut euch den Weg zum Altersheim an. Das muss bestimmt nicht nur vor dem Schulhaus sein, sondern die Kinder kommen von weiter weg. Ich glaube, es ist für die Autos angenehmer und für alle Verkehrsteilnehmer angenehmer, wenn es dort, wo sehr viele z. B. Schüler kommen, auch ein wenig kanalisiert ist. Philippe Hofmann, es wäre mir wirklich ein Anliegen, ich habe mehr oder weniger das Gefühl, du machst ständig Ausflüchte und versteckst dich hinter irgendwelchen Verordnungen. Sondern, es wäre mir ein Anliegen, dass du finden würdest, es ist wichtig und wir setzen alles daran, eine Lösung zu finden, damit es funktioniert. Es gibt nicht nur in der Tempo 30-Zone an der Schiffflände in Basel-Stadt Fussgängerstreifen. Wenn ich jetzt nicht falsch liege, meinte ich, um den Helvetiaplatz herum in Basel-Stadt, der befindet sich auch völlig im Quartier, gibt es auch Fussgängerstreifen. Es hilft einfach allen. Ich meine, wenn wir das spüren würden, dass es auch geht, dann müssten wir es vielleicht auch nicht zurückweisen. Bisher haben wir diesen Willen aber nicht gespürt.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es wurde zuvor die Frage gestellt, was denn in Basel-Stadt anders sei als bei uns. Es ist ganz einfach, in Basel-Stadt ist es der Kanton, der plant und es auch bewilligt. Die haben nicht noch eine weitere Oberinstanz in Liestal, die ihnen reinredet. Tatsache ist, es ist eine bundesrechtliche Regelung, dass man halt dort, wo besondere Bedürfnisse bestehen, die Fussgängerstreifen belassen kann. Man kann nicht alle belassen, das ist so, aber man kann sie dort machen, wo besondere Bedürfnisse bestehen. In der Nähe von Altersheimen und Schulen ist nur eine Aufzählung von möglichen besonderen Bedürfnissen. Das soll illustrieren. Ich wünschte mir halt, dass die Gemeinde eine etwas offensivere Haltung gegenüber dem Kanton zeigt und es mal versucht, etwas durchzusetzen und mit einem Anliegen durchzukommen, von dem ich überzeugt bin, dass es der Bevölkerung wichtig ist. Natürlich, wenn man es technokratisch aus der Sicht von Verkehrsingenieuren betrachtet, ist es so, dass es vielleicht die Fussgängerstreifen in Tempo 30-Zonen eigentlich nicht mehr überall benötigt. Ich glaube, die Bevölkerung und vor allem die betroffenen Eltern werden das anders sehen. Da kann man lange damit argumentieren, dass die Fachleute es besser wissen. Am Schluss stimmt der Stimmbürger darüber ab und nicht die Fachleute.

Wie meine Vorrednerin schon erwähnte, wir vermissen ein wenig die Haltung, dass man sich für die Anliegen der Bevölkerung und des Einwohnerrats einsetzt und versucht, sie auch in Liestal durchzubekommen. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Basil Wagner, bitte.

Basil Wagner, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Ich frage mich einfach – ich bin auch für diesen Fussgängerstreifen, gerade für den bei der Spitzwaldstrasse z. B. – aber ist er das wert, das ganze Geschäft deswegen zurückzuweisen, um ein halbes Jahr darauf zu warten, bis etwas Neues kommt? Ich halte das für verschwendete Zeit. Gäbe es nicht einen eleganteren Weg, dass uns der Gemeinderat zusagen kann, dass er etwas macht und wir das Geschäft abnicken? Danke schön.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Werte Ratskolleginnen und Ratskollegen, werter Präsident. Es ist doch nicht so, dass die Kommission das nicht versucht hätte. Wir sind auf die Verwaltung und den Gemeinderat zugegangen und haben die Bedürfnisse kommuniziert, dass wir überzeugt sind, dass es zusätzliche Fussgängerstreifen benötigt. Wir wurden zweimal nacheinander runtergeputzt, mit der Bemerkung, dass das nicht möglich sei. Daraufhin hat die Kommission die Pläne noch einmal angeschaut und wie im Kommissionsbericht erläutert festgestellt, dass es nicht so umgesetzt wurde, wie uns erläutert. Dieser Punkt gab schlussendlich in der Kommission, das ist nicht, wie Basil behauptet, meiner Meinung nach politisch, denn als Gegner, der ich bei der 30er-Zone bin, ist es eigentlich, wenn es so durchkommt, einfacher, dagegen Stimmung zu machen, als wenn wir es jetzt noch einmal zurückschicken und vielleicht versuchen, ein wenig schlüssiger in sich zu machen. Das Gefühl nachher, ein gutes Projekt zu haben, ist wahrscheinlich sinnvoller. Das war nicht politisch motiviert, sondern das war, weil die Kommission festgestellt hat, dass das, was uns eigentlich zweiseitig lang gesagt wurde, aus unserer Frageliste beantwortet ist, dass es nicht ginge, dass es in den vorliegenden Dokumenten eigentlich nicht so umgesetzt wurde, aus der Sicht der Kommission. Das war der Grund dafür, dass man es zurückgewiesen hat.

Für das weitere Vorgehen würde ich vorschlagen, dass man sagt, der Gemeinderat und die Verwaltung und die Kommission treffen sich so schnell wie möglich und schauen die Punkte, welche die Kommission bemängelt hat, man diskutiert es in der Kommission. Ich nehme nun aus dem Einwohnerrat mit, dass die Fussgängerstreifen ein sehr grosses Anliegen sind, dass die anderen Punkte nicht so wichtig sind, wie sie in der Kommission diskutiert wurden. Aber dass man es auf einem relativ kurzen Weg noch einmal besprechen kann, es bereinigt und nachher noch einmal in den Einwohnerrat bringt. Dann wird es nicht drei bis fünf Jahre dauern, sondern wird es im Herbst noch einmal auf die Traktandenliste kommen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Jetzt bin ich gerade etwas verwirrt, Andreas Bärtsch. Du hast nun gesagt, ihr habt mit dem Gemeinderat und der Verwaltung gesprochen wegen zusätzlichen Fussgängerstreifen. War das ein Versprecher? Ich habe in dem Bericht lediglich gelesen, dass gewisse rückgebaut werden müssten und sogar mit einem Preisschild versehen. Ich wehre mich gegen das, also bestehende Fussgängerstreifen rückbauen. Von Zusätzlichen höre ich jetzt zum ersten Mal.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Das eine ist nun so, wir haben jetzt einen Plan, in welchem ein paar Fussgängerstreifen eingezeichnet sind. Aber diejenigen, die sicher jetzt nicht eingezeichnet sind, werden beim Kanton auch nicht beantragt. Wenn wir keine beantragen, wird es sicher keine geben. Das ist schon mal klar. Ob es welche gibt, wenn man sie einplant, wird dann der Kanton entscheiden. Vielleicht noch schnell zu Nikki Morat, die Rückgebauten: Zusätzlich ist gemeint, der Plan, der jetzt ungefähr fünf Fussgängerstreifen darin vorsieht, und wir wollten mehr, als Tempo 30 plante. Das werden aber weniger sein, als es jetzt hat. Vielleicht zum Verständnis.

Aber etwas anderes habe ich noch. Wir können hier dem Gemeinderat sicher Empfehlungen abgeben und sagen, ja, wir empfehlen, irgendwie hätten wir ein paar Fussgängerstreifen mehr, wir möchten die Schilder weg haben. Falls es hier nun um eine Volksabstimmung geht, wird genau über diese Vorlage, wie sie heute, genau so mit diesem Plan vorliegt, abgestimmt. Dann interessiert diese Empfehlungen niemand mehr. Die werden nicht mehr in den Plan eingearbeitet. Der Plan wird genau so der Bevölkerung vorgelegt. Die Empfehlungen liegen zwar vor, aber genau so würden wir über den Beschluss, den wir heute haben, abstimmen. Das ist auch der Grund, weshalb wir ihn noch einmal zurückweisen wollen. Damit wir den Plan der Bevölkerung so vorlegen, falls es zu einer Abstimmung käme, wie wir das wollen. Es ist ein Irrglaube, dass der Gemeinderat diesen Plan aufgrund von unseren Empfehlungen abändern und so der Bevölkerung zur Volksabstimmung vorlegen wird. Die Volksabstimmung würde, falls sie kommt, genau über das, was jetzt vorliegt, abgestimmt werden. Die Empfehlungen sind Empfehlungen, die kann man umsetzen oder nicht. Ich glaube nicht, dass der Gemeinderat nachher kommt und etwas an diesem Plan abändern wird, wenn die Bevölkerung darüber abgestimmt hat. Deshalb ist es eigentlich kein gangbarer Weg.

Philippe Adam, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Nach diesem Wortschwall erlaube ich mir doch noch schnell, etwas zu den unterschiedlichen, einzelnen, vorgebrachten Voten zu sagen, auch auf das Risiko hin, dass anschliessend noch einmal Fragen auftauchen. Geschätzter Andreas Bärtsch, ich habe es nicht gerne, wenn man mir unterstellt, ich hätte Ausreden. Es ist auch kein Fehler passiert, sondern ein jeder einzelner Fussgängerstreifen wurde besprochen. So wie du, wie auch ich waren an der Sitzung, wir haben viele Dinge miteinander diskutiert. Es gab auch vorgängig eine Besprechung von mir mit der Verwaltung, an der wir jeden einzelnen Plan gemeinsam angeschaut haben. Es ist nicht etwas, was durchgerutscht ist, sondern es war tatsächlich immer die Frage der Verhältnismässigkeit. Ich habe es zuvor eingeblendet, einfach damit es noch einmal ganz klar ist für alle hier, die es nicht verstehen wollen. Es ist eine Verordnung vom UVEK. Die sagt, es gibt keine Fussgängerstreifen. Basta. Ende. Aus. Was die Verordnung sagt, ist eigentlich nicht verhandelbar. Es gibt aber Möglichkeiten, namentlich die vorhandenen Ausnahmen, wenn, wie gesagt.

Ich nehme nun direkt die Stimmung auf, Miriam Schaub, ich bin nicht persönlich gegen die Fussgängerstreifen. Wenn ihr meine persönliche Meinung hören wollt, ich habe gerne schwarz oder weiss, ich habe gerne Fussgängerstreifen oder auch nicht, drei cm daneben oder nicht drei cm daneben. Das ist klar und deutlich. Quasi überall Rechtsvortritt und weiss nicht was ... Ich wäre auch der Meinung, dass es in dieser Verordnung Unsinn ist, dass man alle Fussgängerstreifen wegnehmen muss. Das ist meine persönliche Meinung. Ich bin aber nicht das UVEK. Ich kann dem UVEK auch nicht sagen, wie man eine Verordnung schreiben muss. Ich kann euch höchstens sagen, wie sich die Verwaltung verhalten muss. Und zwar muss sich die Verwaltung gesetzestreu verhalten. Wir haben nicht die Möglichkeit, dass wir per se sagen können, wir sehen die Schulwegsicherheit, wir sehen die Argumente a),

b), c), d), aber wir sagen einfach trotzdem, die Verordnung, die vom UVEK übergeordnet ist, ignorieren wir grundsätzlich. Wir stellen von Anfang an einfach alle Fussgängerstreifen, die wir in einem Konzept haben. Das ist nicht der Auftrag, der die Gemeinde so ausführen kann. Man muss sich vorstellen, wir tun es jetzt. Wo beginnen wir und wo hören wir auf und bei welchen Regulativen machen wir es und wo machen wir es nicht? Das geht so nicht. Da muss man die Verwaltung verstehen.

Es ist vielleicht ein wenig technokratisch angesehen worden, aber grundsätzlich, und da bin ich überzeugt, alle Vorlagen, die hier reinkommen, die grundsätzlich besprochen werden, die wir euch als Gemeinderat vorlegen, haben damit zu tun, dass wir zuallererst die Gesetzeslage abbilden müssen. Wenn es davon Ausnahmen gibt, dann gibt es Möglichkeiten, um sie wahrnehmen zu können.

Zu Ueli Keller. Ohne Rücksprache mit der Verwaltung kann ich nicht sagen, wie lange es dauert. Ich weiss nicht, ob es ungefähr zwei oder fünf oder mehr Jahre dauert. Ich mache keine Aussage zu einer Zeit. Ich kann es nicht beeinflussen. Das Büro macht die Traktandenliste. Darauf habe ich auch keinen Einfluss. Welche Aussagen der Verkehrsplaner machen muss, habe ich auch keinen Einfluss. Ich weiss nicht einmal, ob Verkehrsplanungsbüros überhaupt Kapazitäten haben. Vielleicht haben sie es, vielleicht haben sie es nicht. Vielleicht ist es für unseren Verkehrsplaner ein Leichtes, zwei, drei Striche zu zeichnen, vielleicht braucht es aber einen riesengrossen Aufwand zusätzlich. Das kann ich nicht beurteilen. Deshalb muss ich leider um Verständnis bitten, dass ich dazu nichts sagen kann. Es ist einfach nicht möglich, dass ich mich raus auf die Äste lassen kann und es auch will.

Von Andreas Bärtsch noch einmal wurde ein Treffen mit der KBU, mit dem Gemeinderat und mit der Verwaltung in Aussicht gestellt. Wenn ihr das Geschäft zurückweist, ist das für mich ein gangbarer Weg, dass man sich noch einmal treffen und das Ganze machen kann. Aber: Die Rückweisung beantragt dann den Kommissionsbericht 4500 F als Grundlage für die Rückweisung. Dann sprechen wir über diese zwei oder drei vorhandenen Fussgängerstreifen. Wir sprechen über all diese Punkte, die im Bericht stehen, und über kein Jota mehr oder kein Jota weniger. Einfach, dass das klar ist. Deshalb, ich habe gesagt, das ist nun mal der Auftrag des Einwohnerrats, wenn er gerne möchte, dass wir alle Fussgängerstreifen, die an einem Schulweg liegen, in ein Konzept reinnehmen müssen und schreiben und beim Kanton beantragen sollen, bitte, dann müssen wir das als konkreten Auftrag haben. Denn, jeder einzelne Plan muss dann dementsprechend geändert werden. Wir machen eine Gesetzesvorlage, da muss jeder Plan vorliegen. Es gibt keinen schlanken Weg oder etwas, bei dem man ein wenig was zeichnen und etwas mitnehmen kann. Denn die Entscheidungsgrundlage muss sauber und nachvollziehbar in einem Plan vorhanden sein, damit der Einwohnerrat sagen kann: Exakt dazu sage ich ja oder nein. Oder, wenn es eine Volksabstimmung gibt: Zu exakt dem sage ich ja oder nein. Das ist mal die ganze, vorliegende Ausgangslage. Es tut mir leid, dass es keinen schlankeren Weg gibt, bei dem man mir sagen kann, mach doch ein paar Striche und ein paar Kreise und dann nimm sie mit und gut ist. Das ist leider nicht der Weg, der mir vorliegt. Den kann ich gar nicht beschreiten, den kann auch der Gemeinderat nicht beschreiten. Das ist gar nicht möglich. Deshalb – wie gesagt – wenn das Geschäft zurückgewiesen wird, ich wehre mich sicher nicht gegen ein Treffen mit der KBU. Ich wünsche dann aber ganz klar einen zusätzlichen Auftrag des Einwohnerrats, der zum 4500 F ergänzend ist. Denn sonst ist ausschliesslich die Grundlage, worüber wir sprechen. Das ist euch so vorgelegen und über das wird abgestimmt und beraten. Und über nichts anderes, gemäss Vorlage.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Herr Gemeinderat. Ich bin froh über dieses Votum, because, jetzt bin ich davon überzeugt, dass ich es zurückweisen muss. Denn jetzt habe ich alle Argumente von dir in der Hand, die mir sagen, wir können gar nichts anderes tun als zurückweisen. Denn wenn wir es nicht zurückweisen, wird genau das getan, was jetzt im Bericht steht. Empfehlungen werden in den Wind geschlagen, weil sie ja nicht umzusetzen sind, weil sie nicht verpflichtend sind. Somit, jawohl, wir müssen es zurückweisen. Das Vorgehen, dass man noch einmal zur Kommission zurückgeht, um evtl. noch weitere Sachanträge reinzunehmen, ist natürlich willkommen. Insofern ist es der perfekte Weg. Es freut mich, dass bei dir alle Tore offen sind, diese Zebrastreifen zu belassen. Denn wir werden alle Bestrebungen unternehmen, dass die wichtigen Zebrastreifen bleiben. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Entschuldigung. Ich habe das zuvor vergessen, Sandro Felice hat es ins Feld geführt wegen der Empfehlungen. Ich kann als einzelner Gemeinderat vom Gesamtgremium nicht sagen, was wir mit den Empfehlungen machen. Das ist ein Mehrheitsentscheid, der schlussendlich dort liegt. Es liegt nicht in meiner Macht. Ich bin hier Vertreter, der sagt, was der Gesamtgemeinderat beschliesst, und ich muss es euch vorlegen. Ganz egal, ob das meine persönliche Meinung ist oder nicht. Das hat damit null, nichts und gar nichts zu tun. Sondern einfach, falls es Empfehlungen gibt, nehme ich sie mit, es ist in meinem Ressort, es wird diskutiert, es gibt eine Abstimmung ja oder nein. Ende der Fahnenstange. Dann komme ich wieder hierhin und erzähle das. Ich

kann es nicht anders vornehmen. Ja, Mark Aellen hat natürlich recht, bis auf einen Punkt: Es sind Fussgängerstreifen und keine Zebrastreifen – denn ein Zebra – schon mal ein gelbes Zebra gesehen? – Nein, lassen wir das mit der Sprache ...

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ja, Evelyne Roth, bitte.

Evelyne Roth, Die Mitte-Fraktion: Nur kurz. Es gibt Fussgängerstreifen, die gut und recht sind. Im Baselmattweg hat es wirklich ... – Es ist nicht nur die Spitzwaldstrasse, es ist der Baselmattweg, da kamen Kinder schon zu Tode. Seitdem die blaue Linie am Boden ist, sie haben einen gewissen Fussgängerstreifen, für Kinder nicht mehr sichtbar. Sie können es nicht sehen, wenn ein Auto von links oder rechts kommt, weil dieser Streifen relativ nah ist. Der Kanton hat den richtigen Abstand gemacht. Aber das reicht den Kindern dort nicht. Da sind die zwei unteren gefährdeten Fussgängerstreifen, die am Baselmattweg stehen, welche eine kleine Erhöhung haben. Sie wollen auch jene am Lindenplatz aufheben, man kann dann einfach über die Strasse gehen. Das sind auch sehr eingeschränkte Zonen, in denen die Leute über die Strasse gehen. Es gibt im Dorf hinten auch noch andere. Ich bin auch dafür, dass man wirklich dazu schaut. Sonst kann es wirklich passieren, dass das Volk nämlich nein sagt, wegen gewissen Dingen.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ahh, doch, Entschuldigung. Simon Trinkler, bitte.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Jawohl, Gemeinderat Philippe Hofmann, wegen des Antrags. Nach meinem Verständnis ist der Antrag der Kommission offen formuliert. Es steht kein spezifischer Grund für die Rückweisung. In diesem Sinn verstehe ich es auch, dass es offen bearbeitet werden muss, und nicht über einen einzelnen Fussgängerstreifen, der jetzt im Bericht geschrieben steht, gesprochen werden muss. Ist das korrekt?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Simon Trinkler, nein. Denn irgendwo muss ich mich doch festhalten können. Wenn man es mit anderen Geschäften vergleicht, bei denen es einen Kommissionsbericht dazu gibt, wird das umgesetzt oder beraten oder diskutiert, was die Kommission sagt, und explizit das. Da bin ich halt sehr solo scriptura. Wenn es drinsteht, steht es drin. Wenn es nicht drinsteht, steht es eben nicht drin. Denn dann ist meine Frage, wo beginnen wir und wo hören wir auf. Wenn also das Geschäft zurückgewiesen wird und nur so zurückgewiesen wird, ohne zusätzlichen Antrag, wird der Kommissionsbericht besprochen. Aufgrund dessen, was darin moniert wurde, denn die Kommission ist euer Abbild, das genau dezidiert dem Gemeinderat zum vorliegenden Geschäft, das sagt, was eine Grundlage für eine Gesetzesänderung abgibt, was genau soll entweder geändert werden oder angepasst oder so werden. Wenn das drinsteht, das habe ich jetzt alles gelesen, das wird moniert. Gewisse Punkte sind nachvollziehbar, andere vorhandene sind erklärbar. Darüber ergibt sich eine Diskussion. Aber wenn weitere Punkte eingebracht werden sollen, was die KBU nicht getan hat, verstehe ich es immer noch so, dann benötige ich einen konkreten Auftrag, damit ich genau weiss, was zu tun ist. Denn sonst komme ich mit irgendetwas hervor und sage, wir haben es geprüft, wir haben bei den Kindergärten z. B. oder an beliebiger Stelle an hochfrequentierten Fussgängerstreifen gemacht, was wir aufgrund von Auswertungen erhalten haben, die wir auch erst mal durchführen müssen oder uns Zahlen vorliegen. Dann sagt der Einwohnerrat, ja nein, so haben wir es nicht gemeint, ich habe gemeint, bei allen Schulen etc. Deshalb sage ich, ich bin gerne bereit, wenn es zurückgewiesen wird, wie ich zuvor erwähnt habe, mit der KBU, mit dem Gemeinderat und der Verwaltung und dem Verkehrsplaner in Kontakt zu treten und etwas anderes auszuhandeln, wenn das der Wille des Einwohnerrats ist. Ich erwarte einfach einen klaren Willen. Ich habe gerne einen klaren Auftrag und ich versuche, ihn dann auch klar umzusetzen und euch hier deutsch und deutlich vorbringen.

Basil Wagner, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Ich spreche sonst ja nicht so viel. Deshalb erlaube ich mir heute, mich dreimal zu melden. Ich finde es einfach ein wenig lustig ...

René Amstutz, 1. Vizepräsident: ... nein Entschuldigung, es geht nicht.

Basil Wagner, SP-Fraktion: Also, ist gut.

Henry Vogt, Präsident: Wir haben die Zweierregel.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit übergebe ich wieder dem Präsidenten, Henry Vogt.

Henry Vogt, Präsident: So, ich habe jetzt den Auftrag, den Rat anzufragen, ob zusätzlich artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4500 D / E / F abgeschlossen ist. Wir müssen gemäss § 77 Abs. 3 zum Antrag der KBU kommen.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Bauwesen und Umwelt zu beschliessen:

1. Aufgrund der festgestellten Widersprüche und Abweichungen in den Unterlagen und der aufgezeigten Vereinfachungen empfiehlt die Kommission dem Einwohnerrat das Geschäft 4500 D und 4500 E mit 5:2 Stimmen an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückzuweisen. Wer dafür ist, soll das bitte mit der gelben Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Danke schön.

://:

Wir haben mit 26 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen das Geschäft dem Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 11.1.2023, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 25.4.2023, betreffend Reglement über den Fonds von Infrastrukturbeiträgen aus Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4601 / A

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Rat an: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich weise darauf hin, dass es sich hier um die 1. Lesung handelt. Es wird das Reglement behandelt. Die Rednerreihenfolge wäre: Ausführungen von FIREKO-Präsident Mark Aellen, anschliessend Gemeinderat Christoph Morat und dann wie immer die Fraktionen und die Rednerliste.

Mark Aellen, FIREKO-Präsident: Danke schön. Geschätzter Rat. Wir haben hier eine Vorlage über ein Fondsreglement. Das ist unbestritten notwendig. Wenn man einen Fonds einrichtet, braucht es ein Reglement, damit man weiss, wie die Gelder zu nutzen sind. Fakt ist, wir haben den Fonds bereits, einfach das Fondsreglement haben wir noch nicht. Weshalb ist das so schwierig? Das ist eine berechnete Frage, denn das Fondsreglement kann gar nichts bestimmen. Wir haben übergeordnete Gesetzgebung, die im Wesentlichen zwei Paragraphen festlegen, wie die ganze Sache läuft. Ich lese sie kurz vor:

Die Gemeinden können bei Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan mit der betroffenen Grundeigentümerschaft in einem verwaltungsrechtlichen Vertrag einen Infrastrukturbeitrag in Form von Geld, Sach- oder Dienstleistungen vereinbaren, der mit dem Bauvorhaben in Zusammenhang steht.

Hier gibt es nicht viel Raum für Interpretation. Der Zweite ist:

Die Leistungen der Grundeigentümerschaft aus einem allfälligen verwaltungsrechtlichen Vertrag stehen den Standortgemeinden des Bodens zu hundert Prozent zur Verwendung gemäss Vertrag zu.

Also, alle Gelder, die gesprochen werden, unterliegen diesem Vertrag. Somit ist das Fondsreglement in diesem Sinne relativ einfach, da es auf all diese Verträge verweisen muss, um zu wissen, wie man die Gelder nutzen kann. Falls man Gelder umnutzen will, muss man zum Vertragspartner zurückgehen und es neu auslegen. Somit ergeben sich – ich führe hier nun keine weiteren Details aus, das haben wir alles gesagt – eigentlich die Anträge für uns, die im Wesentlichen sagen, einige Paragraphen

müssen ersatzlos gestrichen werden. Denn diese versuchen, die Verwendung des Geldes einer anderen Instanz zu geben, als im Vertrag. Das geht einfach nicht. Das ist im Wesentlichen das, was die Kommission an diesem ausgearbeiteten Reglement beanstandet. Wir freuen uns über die Diskussion, die jetzt stattfindet.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Der Gemeinderat hat sich natürlich ganz genau überlegt, wie er das mit dem Infrastruktur-Fondsreglement machen möchte. Wir gingen auf Nummer sicher, indem wir gesagt haben, wir möchten ja mehr machen als die im Gesetz geforderten 30 %. Wir möchten 40 % an Infrastrukturbeiträgen holen. Deswegen erstellen wir ein Fondsreglement. Nun ist es so, wir machen das schon seit längerer Zeit. Schon seit längerer Zeit schliessen wir öffentlich-rechtliche Verträge ab. Sei das mit Quartierplänen, sei das mit Bauen nach einheitlichem Plan. In diesen Verträgen wird auch meistens festgehalten, wie man die entsprechenden Sach- oder Geldleistungen verwendet. Wenn man grundsätzlich mal baut, dann verändert man ganz bestimmt etwas an der bestehenden Infrastruktur. Jeder Investor, der in Allschwil eine Überbauung baut oder nur einen einzelnen Wohnblock nach einheitlichem Plan oder zwei, wenn es denn sind, fordert in erster Linie mal Infrastruktur. Sei das, dass man Kindergärten bauen muss, oder Schulen. Oder sei es, dass man etwas unternehmen muss, damit allfällige Verdichtung, die ja meistens auch mit solchen Bauten gemein ist, dass man da irgendwo einen Freiraum schaffen muss, oder man Ausgleichsmassnahmen treffen und finanzieren muss, die dann eben wegen der Verdichtung auch stattfinden. Ich denke da auch an Alterswohnungen oder ähnliche Sachen, die wir schon für Kultur gefordert haben, die verschiedenen Quartierplanungen. Übrigens hat das der Einwohnerrat bis jetzt immer so zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat ist daher überzeugt, dass in jedem Fall ein Bezug zum Bau stattfindet, auch wenn das nicht auf der Parzelle selbst ist, aber ganz bestimmt am selben Ort, so wie das auch im Gesetz gefordert wurde. Im Übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, dass das Gesetz auch noch einmal in der Überarbeitung ist. Das soll Sie aber nicht daran hindern, dann in der 2. Lesung darüber zu befinden, ob der Gemeinderat diesen Spielraum für die Gemeinde Allschwil in Sachen Infrastrukturbeiträge von Investoren beibehalten soll oder ob man diesen Spielraum, welcher der Gemeinderat Ihnen hier vorschlägt, leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden soll, indem man sich selbst etwas beschränkt.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Jetzt wären die Vertreter und Vertreterinnen der Sektionen an der Reihe. Meldet sich jemand? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Rednerliste eröffnet.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Es wurde eben erwähnt, dass es um 30 oder 40 % gehen soll. Das hat überhaupt nichts mit dem Reglement zu tun. Die Höhe dieser Abgaben ist nicht im Reglement geregelt. Das Reglement regelt nur, wie das Geld verwendet wird. Das Zweite ist: Wir haben keinen Spielraum. Das Gesetz sagt, es müsse ein Vertrag vorhanden sein. Der Vertrag steht mit dem Bauvorhaben in Zusammenhang. Das heisst nicht, es muss am selben Ort sein. Wenn man also Schulhäuser nebenan benötigt, wenn man sagt, hier macht man eine Überbauung, in die hundert Familien reinkommen, dann ist offensichtlich ein Zusammenhang vorhanden und man kann es in den Vertrag schreiben. Der Punkt ist: Man muss vorausdenken. Da gebe ich dem Gemeinderat recht. Es ist aber nicht so, dass dies etwas ändert. Wir vergeben nichts. Die Sache liegt dort, wo sie getan werden muss. Das ist ein Vertrag. Dass es vielleicht geändert wird, ist eine Tatsache. Aber wer weiss schon, wie es geändert wird? Dem kann man nicht vorgreifen und Bestimmungen jeglicher Art anders machen, nur weil einem diese Bestimmungen hier nicht passen. Das war übrigens meine Meinung, nicht die Kommissionsmeinung.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Andere Wortmeldungen?

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es freut mich zu hören, dass sich der Gemeinderat grundsätzlich möglichst viel Spielraum verschaffen will, wie die Gelder, welche eingesetzt oder durch die Infrastrukturabgaben eingenommen werden, eingesetzt werden. Denn es ist tatsächlich so. Es geht eigentlich nicht darum, dass man im direkten Interesse des betreffenden Bauvorhabens etwas einsetzt, sondern es ginge eigentlich darum, dass man generell gewissermassen kompensiert, was durch die Verdichtung an Qualitätseinbussen entstehen kann, dass man an einem anderen Ort vielleicht noch Grünraum oder was auch immer schaffen kann. Ich höre das gerne. Was man aber sagen muss, eigentlich ist das ganze Konstrukt mit diesen Infrastrukturabgaben, worüber wir hier diskutieren, dass wir das Reglement in irgendeiner Form erlassen müssen, das ist keine Frage, ist aber eigentlich eine Krücke. Was wir haben müssten, wäre eine generelle Abschöpfung eines gewissen Prozentsatzes des Planungsmehrwerts, so wie es im Raumplanungsgesetz vorgesehen ist. Ich möchte an dieser Stelle meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass der Gemeinderat an diesem Thema dranbleibt und uns zu gegebener Zeit etwas präsentiert, was dann für

Mehrwertabgaben wirklich generell gilt. Auch weil es mit der Zonenplanrevision eher weniger Quartierpläne und weniger Ausnahmeüberbauungen geben wird, wenn man daraufsetzt, dass zukünftig mehr Regelbauweise verdichtet ermöglicht wird, dann erledigt sich nämlich das Thema der Quartierpläne. Deshalb, bitte bleibt an der Sache dran. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall ... ah, doch, Gemeinderat Christoph Morat, bitte.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich habe gedacht, ich mache eine Anstandspause, vielleicht will noch jemand etwas dazu sagen. Matthias Häuptli, ich kann dich beruhigen. Wir sind bereits an der Sache dran und wir haben auch längst über eine Mehrwertabgabe gesprochen. Damit wollen wir aber tatsächlich noch einen Moment warten, solange, bis im Landrat die entsprechende Gesetzesänderung tatsächlich auch beschlossen worden ist. Es war eine Vernehmlassung, die Ende April abgeschlossen war, als der Regierungsrat auch den Gemeinden und den Verbänden zukommen liess. Ich meine, auch den politischen Parteien. Solange der Beschluss des Landrats noch nicht gefällt ist, möchte der Gemeinderat Ihnen dieses generelle Gesetz über die Mehrwertabgaben noch nicht präsentieren. Es ist aber so, dass es – wir fahren zweigleisig. Wir haben es in der Vorlage auch so geschrieben. Das eine ist dieser Infrastrukturbeitrag, denn es muss nicht immer unbedingt um einen Mehrwert gehen. Vor allem beim Bauen, einheitlicher Plan, muss es nicht unbedingt einen Mehrwert geben. Da möchten wir nach wie vor bei den Infrastrukturbeiträgen bleiben. Aus diesem Grund möchten wir auch zwei Reglemente. Das zweite Reglement kommt in absehbarer Zeit auf jeden Fall in den Einwohnerrat. Wir möchten aber noch warten, bis der Landrat es definitiv entschieden hat. Die Vorlage ist bereits erarbeitet. Ich habe auch alles hier vor Ort. Insofern macht euch keine Gedanken. Es sind zwei unterschiedliche Dinge.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen. Jetzt ist es definitiv nicht mehr der Fall.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Wir kommen zur paragrafenweisen Beratung des Reglements für den Fonds für Infrastrukturbeiträge aus Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan. Ich übergebe dem 2. Vizepräsidenten.

REGLEMENT ÜBER DEN FONDS INFRASTRUKTURBEITRÄGE

§ 1 Zweck des Fonds Seite 2

inkl. den entsprechenden Anträgen der FIREKO: keine Wortmeldungen

§ 2 Fondsäufnungen Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 3 Verwendung des Fondskapitals Seite 2

inkl. den Anträgen der FIREKO: keine Wortmeldungen

§ 4 Ausgabenkompetenz Seite 2

inkl. den Anträgen der FIREKO: keine Wortmeldungen

§ 5 Buchführung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 6 Verzinsung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 7 Inkrafttreten Seite 3

keine Wortmeldungen

Henry Vogt, Präsident: Sofern keine weiteren Wortbegehren mehr vorliegen, stelle ich fest, dass die erste Lesung somit abgeschlossen ist. Die Abstimmung über die Anträge gemäss Bericht erfolgt erst im Anschluss an die 2. Lesung im September.

Ich glaube, das Letzte [*Traktandum 8*] bekommen wir nun auch noch hin.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 8

Bericht des Gemeinderates vom 16.5.2023, zum Postulat von Simon Trinkler, Grüne, vom 7.12.2021, betreffend Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4596 / B

Henry Vogt, Präsident: Die Rednerliste wie immer die antragstellende Person, Simon Trinkler, anschliessend Gemeinderat Robert Vogt, Fraktionen, Rednerliste.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gemeinderat, liebe Verwaltung. Danke vielmals für die Beantwortung dieses Postulats. Ich bin mit ihr sehr zufrieden. Es ist wunderbar, dass der Gemeinderat und die Verwaltung es pragmatisch angepackt hat und zu einem guten Resultat gekommen ist. Ich möchte dafür ganz herzlich danken. Mit der Abschreibung bin ich einverstanden.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Dann also Gemeinderat Robert Vogt, bitte.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich nehme diesen Dank gerne entgegen und leite ihn an den Gemeinderat weiterleiten. Ich möchte aber noch gerne präzisieren, dass die Zwischennutzung auch gewisse Anmerkungen aus der Einwohnerschaft hervorgehoben hat. Auf diese möchte ich noch ganz kurz eingehen. Es ist so, dass der *Fairteiler*, der Lebensmittel in freiwilligem und kostenlosem Angebot feilbietet, natürlich auch zu Beanstandungen geführt hat. Deswegen, weil es nicht immer ordentlich war oder diese Speisen, die man angetroffen hat, nicht allzu frisch waren, oder es war sogar leer im Kühlschrank. Ich möchte hier die Chance wieder nutzen, öffentlich darauf hinzuweisen, dass es ein freiwilliges, niederschwelliges Angebot ist, und es ganz im Sinn von «von der Bevölkerung, für die Bevölkerung» ist. Das soll unsere Gemeinschaft stärken. Deshalb muss man die Erwartungen etwas herunterschrauben und auch mal damit rechnen, dass es a) nichts von dem, was man erwartet hat und b) dass es nicht ganz so aufgeräumt ist, wie man es vielleicht von einem Detailhändler, bei dem man Produkte einkauft, kennt. Wenn man das berücksichtigt, würde ich diese Zwischennutzung gerne weiterführen, bis wir am Lindenplatz zu einer definitiven Lösung kommen.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Die Fraktionssprecher wären jetzt an der Reihe. Es meldet sich niemand, somit ist die Rednerliste eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe mich sehr über diesen Fairteiler ausgesprochen gefreut, aus drei Gründen: Erstens sind bei diesem Kiosk diese fürchterlichen Bretter weg. Schlimm, die waren so lange dort. Zweitens finde ich die Zwischennutzungen im Lindenpark oder auch sonstige Aktivitäten, bevor etwas Perfektes verfügbar ist, durchaus sinnvoll und mit der Beteiligung von der Bevölkerung auch. Drittens finde ich die Idee dieses Fairteilers an sich

wirklich ausserordentlich grossartig und gut. Ich bin einer von denen, die es beanstandet, wie es denn nun bewirtschaftet ist. Ich gehe regelmässig schauen, nicht, weil ich etwas holen möchte, sondern weil mich die Entwicklung einfach interessiert. Nach meiner Erfahrung kann ein solches Projekt nur mit einer Supportgruppe funktionieren. Da müssen, wie es nun z. B. im Calvin-Haus der Fall ist, eine Gruppe von Leuten dahinterstehen, die sich darum kümmern und schauen, dass es sich gut entwickelt. Es reicht nicht, wenn es nur ein, zwei Personen sind. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Postulat, Geschäft 4596, Zwischennutzung Kiosk Lindenplatz wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dafür ist, soll das doch gerne mit der gelben Karte bezeugen.

//:

Das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft als Ganzes beenden will, soll das bitte jetzt auch wieder mit der gelben Karte zeigen.

//:

Auch das ist einstimmig. Vielen Dank.

Henry Vogt, Präsident: Ich will jetzt nicht Spielverderber sein für all jene, die nicht früh nach Hause gehen wollen, dementsprechend machen wir jetzt Schluss. Ich freue mich auf morgen. Sali zämme!

ENDE DES SITZUNGSTEILS DIENSTAG 13.6.2023, 21.50 UHR

FORTSETZUNG DER SITZUNG MITTWOCH, 14.6.2023, 18.00 UHR

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Henry Vogt, Präsident: Guten Abend miteinander. Wir kommen zur heutigen Sitzung mit den bevorstehenden Wahlen. Abgemeldet ist Andreas Bärtsch. Zu spät kommt Mehmet Can. Wir führen jetzt die Präsenz durch. Vielen Dank.

Wir beginnen den heutigen Abend mit dem Wort, das Claudia Sigel gerne gehabt hätte.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Die Mitte-Fraktion hat heute auch einen traurigeren Tag. Die Mitte-Fraktion muss sich heute Abend von einem langjährigen Mitglied verabschieden, wenigstens aus dem Einwohnerrat. Sie bleibt uns im Vorstand weiterhin erhalten. Evelyne Roth ist seit beinahe zwei Jahrzehnten bereits Mitglied im Einwohnerrat und unterstützt unsere Fraktion tatkräftig. Sie hat kaum je gefehlt, ist vorn an der Front überall aktiv, war aber auch hinter den Kulissen die gute Seele. Wir wissen gar nicht, wie es funktioniert, wenn sie nicht mehr hier ist, wir müssen uns neu organisieren. Wir möchten uns heute Abend herzlichst bei Evelyne bedanken und wünschen ihr einen schönen Einwohnerratsruhestand, vermutlich vermehrt im Emmental, und hoffen aber auf einen weiterhin regen Kontakt mit ihr. Danke schön vielmals. *[Applaus]*.

Evelyne Roth, Die Mitte-Fraktion: Recht herzlichen Dank an meine Fraktion, an euch, an den Gemeinderat, an alle, die hier sind. Es war eine grossartige Zeit, die ich mit euch verbringen durfte. Es ging auf und ab, das darf man wirklich sagen, aber das soll auch das Spannende bleiben. Ich wünsche euch weiterhin eine gute Zeit, habt gute Sitzungen, macht es gut miteinander. Als Einwohnerrat bin ich nicht mehr da, aber als Einwohner bleibe ich Allschwil noch erhalten und werde euch vielleicht manchmal von einem Stuhl da hinten, der frei ist, auch wieder mal zuschauen. Danke schön, euch allen. [Applaus].

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. So kommen wir jetzt zum Traktandum 10.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2023/2024

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
 - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
 - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
 - d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen
 - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen,
- Geschäft 4668
-

Henry Vogt, Präsident: Wir beginnen mit der Wahl des Präsidenten oder Präsidentin des Einwohnerrates. Die Wahl ist schriftlich und geheim. Ich habe bis jetzt einen Wahlvorschlag. Das ist René Amstutz, der aktuelle 1. Vizepräsident der Grünen. Gibt es weitere Nominationen?

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe keine weitere Nominaton, aber ich habe gemeint, ich müsste René Amstutz durch uns nominieren. Aber ist das ... soll ich das?

Henry Vogt, Präsident: Dann mach das doch am besten gleich.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich sage einfach ganz kurz, dass unsere Fraktion René Amstutz nominiert. Wir freuen uns sehr, dass hoffentlich – zum ersten Mal in der Geschichte von Allschwil – ein Grüner höchster Allschwiler wird. Mit seinem Westschweizer Charme repräsentiert er für uns auch die Vielfalt von Allschwil. Ich freue mich auch, gelegentlich dann einmal ein paar «Et voilà» zu hören. Wir denken, dass er mit seiner sachlichen und gewinnenden Art die Geschicke des Rats gut wird leiten können. Wir hoffen, er kann zu gemeinsamen Lösungen beitragen, die Allschwil weiterbringen. In diesem Sinn, ich habe mir gedacht, gleich einfach noch in einer weiteren Landessprache: *graziel per vostas vuschs!*

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Ich frage den Rat an, ob weitere Nominationen vorhanden sind. Das scheint nicht der Fall zu sein. Also bitte ich, die Wahlzettel zu verteilen.

10a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates

Wahlresultat:

Ausgeteilte Stimmzettel:	36
Eingegangene Stimmzettel:	36
Davon leer oder ungültig:	2
Gültige Stimmen:	34
Absolutes Mehr:	18

://:

Gewählt ist mit 33 Stimmen René Amstutz. [Applaus]

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Ich melde mich schnell. Also, ich nehme die Wahl an, danke vielmals und danke fürs Vertrauen. Ich freue mich auf das Jahr, welches auf uns zukommt. Danke vielmals.

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen somit zur Wahl des 1. Vizepräsidenten. Sind Nominationen vorhanden?

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Die Mitte-Fraktion nominiert Stephan Wolf.

Henry Vogt, Präsident: Weitere Nominationen? Somit können wir die Wahlzettel verteilen. – Vielen Dank fürs Einsammeln.

10b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin

Wahlresultat:

Ausgeteilte Stimmzettel:	36
Eingegangene Stimmzettel:	36
Davon leer oder ungültig:	9
Gültige Stimmen:	27
Absolutes Mehr:	14

:::

Gewählt mit 27 Stimmen ist Stephan Wolf. [*Applaus*]

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals für die Wahl, die ich sehr gerne annehme. Ich freue mich auch auf dieses neue Amt. Ein wenig üben konnte ich bereits als 2. Vizepräsident. Wie gesagt, ich freue mich auch sehr über die Zusammenarbeit mit dem restlichen Büro. Vielen Dank.

10c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen zur **Wahl des 2. Vizepräsidenten oder 2. Vizepräsidentin**. Liegen Nominationen vor?

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir mit Melina Schellenberg ein engagiertes Mitglied dazu bringen konnten, sich als 2. Vizepräsidentin zur Wahl stellen zu lassen. Vielen Dank.

Henry Vogt, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? So bitte ich, die Wahlzettel wieder zu verteilen.

Wir kommen zum Wahlresultat.

Ausgeteilte Stimmzettel:	36
Eingegangene Stimmzettel:	36
Davon leer oder ungültig:	3
Gültige Stimmen:	33
Absolutes Mehr:	17

:::

Gewählt ist mit 33 Stimmen Melina Schellenberg. [*Applaus*]

10d) Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen zur Wahl der Stimmzähler. Für den 1. Stimmzähler habe ich den Wahlvorschlag von Martin Münch. Liegen weitere Nominationen vor?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Ich wollte eigentlich an dieser Stelle einen Antrag stellen, dass wir automatische Stimmzählung einführen und die Abschaffung der Stimmzähler. Das würde aber den heutigen Abend sprengen und René würde gar nicht mehr zu seinem Apéro kommen. Insofern schlagen wir einfach ganz unkompliziert Fredy Rellstab als Stimmzähler vor.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Wählen wir zuerst den 1. Stimmzähler und nachher Fredy als Stimmzähler? – Okay, also, genau. Wahlvorschlag war Martin Münch. Weitere Nominierungen als 1. Stimmzähler liegen keine vor. Ist stille Wahl soweit bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit ist Martin Münch als 1. Stimmzähler gewählt. Vielen Dank.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals. Nur ganz schnell. Es gibt zwei 1. Stimmzähler. Und es gibt dann zwei Ersatzstimmzähler. Wir müssen nun also zwei Stimmzähler als 1. Stimmzähler wählen. Okay? Merci.

Henry Vogt, Präsident: Wir wählen somit den zweiten 1. Stimmzähler, dann ist auch Jacques sehr zufrieden. Wir haben Fredy Rellstab als Wahlvorschlag. Sind weitere Nominierungen vorhanden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ist stille Wahl bestritten? Das auch nicht.

://:

Somit ist Fredy Rellstab als zweiter 1. Stimmzähler gewählt.

10e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen

Henry Vogt, Präsident: Es fehlen zum Schluss noch zwei 2. Stimmzähler. Liegen hier Nominierungen vor? Ich habe noch keine.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident. Liebe Kollegen und Kolleginnen. Nico Jonasch stellt sich zur Wiederwahl als 2. Stimmzähler.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Dann benötige ich noch eine zweite Nominierung.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion nominiert Jean-Jacques Winter als zweiten 2. Stimmzähler.

Henry Vogt, Präsident: Ausgezeichnet, dann stimmen wir ab. Gibt es allenfalls weitere Nominierungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit sind Nico Jonasch und Jean-Jacques Winter nominiert. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Somit sind Nico Jonasch und Jean-Jacques Winter gewählt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 11

Bericht des Gemeinderates vom 19.10.2022, betreffend Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder, sowie Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 17.5.2023, betreffend Teilbericht A: Wirkungs- und Erfolgskontrolle zum Prüfbericht 4449 sowie GPK-Kommissionsbericht zum Einwohnerratsgeschäft 4449D
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4449D, 4671

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Rat an, ob Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Rednerreihenfolge ist wie folgt: GPK durch Ueli Keller, anschliessend Gemeinderätin Silvia Stucki, Fraktionssprecher und Rednerliste.

Ueli Keller, für die GPK: Ich wäre eigentlich bei «Allschwil bewegt», habe mich aber bewegen lassen, beim Einwohnerrat aufzutreten. Geschätzte Anwesende. Ich möchte gerne Gemeinderätin Silvia Stucki den Vortritt lassen.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Das vorliegende Traktandum 12 beinhaltet zwei Geschäfte. Das ist das Geschäft 4449D, Schulrat Primarstufe für das Wohl der Kinder, sowie das Geschäft 4671, der Teilbericht A, Wirkungs- und Erfolgskontrolle zum Prüfbericht 4449 sowie GPK-Kommissionsbericht zum Einwohnerratsgeschäft 4449D. Es ist mir ein Anliegen, an dieser Stelle zuerst einmal der GPK fürs Geschäft 4671 ein grosses Dankeschön auszusprechen. Es ist sichtbar, bzw. lesbar, dass sie sehr viel Zeit, Engagement dafür investiert haben. Vielen Dank. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass im vorliegenden GPK-Bericht Teil A der Stand der Empfehlungen vom GPK-Bericht 4449 dargelegt wird. Zukünftig sollen in einem Teil B die in die Öffentlichkeit getragenen Spannungen im Umfeld der Primarstufe thematisiert werden und Empfehlungen für eine zukünftige, erfolversprechendere Zusammenarbeit im Bereich der Primarstufe Allschwil erarbeitet werden. Am 26. Januar 2022 habe ich Ihnen betreffend Prozess des Geschäfts 4449 berichtet, dass die Schnittstellen und Verantwortlichkeiten im Bau- und Infrastrukturprozess auf strategischer Ebene erarbeitet werden, konkret das dritte Teilprojekt. Grundsätzlich war die Meinung, auf einen separaten Prozess zu verzichten und analog dem Vorgehen des Strategieprozesses zu folgen. Da gleichzeitig die Erarbeitung der Gesamtstrategie Schulraumplanung lief, hat es sich gezeigt, dass die Abgrenzung von Inhalt und Prozess zu Schwierigkeiten für den Bau- und Infrastrukturprozess geführt hat. Deshalb wurde beschlossen, eine Pause beim Prozess Schulrat Primarschule für das Wohl des Kindes einzulegen.

Zusammengefasst kann ich sagen, von den vier Teilprojekten wurden zwei abgeschlossen, einen hat man begonnen und einen hat man nicht behandelt. Trotzdem kam der Gesamtgemeinderat zum Schluss, dass mit den zwei bearbeiteten Prozessen wertvolle Anstösse für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und den Schulräten Primarstufe und Musikschule erfolgten. D. h., dass die wichtigsten Prozesse auf strategischer Ebene definiert wurden. Andererseits liegt Ihnen nun der GPK-Bericht, Geschäft 4671 vor. Wie Sie gelesen haben, bestätigt dieser, dass sowohl der Strategie- und Finanzprozess erfolgreich zu Ende gebracht wurde, als auch die zwei abgeschlossenen Prozesse wegweisend für den Bau- und Infrastrukturprozess waren. Des Weiteren hält der Kommissionsbericht fest, dass aufgrund der befragten Gremien die Abgrenzungen zwischen diesen zwei Projekten, also der Schnittstellenklärung bzw. der Schulraumplanung, zu Vermischungen geführt haben. Anders beurteilt der GPK-Bericht den Projekterfolg zu diesem Schnittstellenprozess, also zum Geschäft 4449. Da stellt die GPK fest, dass eine divergierende Haltung zwischen der Projektleitung und dem Gesamtgemeinderat besteht. Im Teilprojekt Bau- und Infrastruktur wurden die unterschiedlichen, parteipolitischen Haltungen und Sichtweisen transparent, was letztlich zu unüberwindbaren Fronten geführt hat. Deshalb hat die Projektleiterin, Irena Hegglin, keinen Ausweg mehr gesehen und das Mandat überraschend niedergelegt. Das ist auch der Grund für die fehlende Abschlusspräsentation. Trotz der festgelegten Prozesse gelang es nicht, die Schnittstellen sowie Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zu bereinigen. Deshalb wurde eine Mediation durch die Ombudsstelle des Kantons Basel-Landschaft in Gang gesetzt. Dieser Prozess ist noch in Bearbeitung. Es ist vorgesehen, dass dieser im 4. Quartal 2023 abgeschlossen wird.

Jetzt zu den Feststellungen betreffend die Umsetzung dieser Empfehlungen zu den einzelnen Gremien. Aus Sicht des Gemeinderats bestehen, wie zuvor ausgeführt, aufgrund der Mandatsniederlegung der Projektleiterin noch immer Unklarheiten betreffend die Aufgaben, der Kompetenzen und Verantwortungen sowie bei den Schnittstellen. Aus Sicht der Gemeindeverwaltung wurden die Empfehlungen jedoch umgesetzt. Aus Sicht des Schulrats sind die Empfehlungen insofern umgesetzt, als eine Geschäftsordnung erstellt wurde. Die GPK weist jedoch auch darauf hin, dass eine Präzisierung der Funktion der im Herbst 21 geschaffenen, internen Ausschüsse oder Kommissionen stattfinden sollte. Da die Schulratspräsidentin in der Befragung mitgeteilt hat, dass in aktueller Absprache mit dem AVS, das ist das Amt für Volksschulen des Kantons Basel-Landschaft, die interne Organisation rechtskonform ausgestaltet werden muss. Aus Sicht der Schulleitung ist dem Bericht zu entnehmen, dass eine externe Begleitung beim Schulentwicklungsprojekt Primal 22 teilgenommen hat. Betreffend die Ressourcen des Schulleitungssekretariats von aktuell 240 Stellenprozenten wird davon ausgegangen, dass die Schulleitung diese Forderung umgesetzt hat.

Abschliessend nimmt der Gesamtgemeinderat zur Kenntnis, dass die beteiligten Gremien gemäss dem GPK-Bericht keine Einigkeit darüber haben, auf welchem Stand das Projekt der Schnittstellenklärung abgebrochen wurde. Unklarheiten bestehen noch betreffend Einschätzung der Beteiligten, ob die

Vereinbarungen bzw. Prozesse eingehalten werden. Nebst den fachlichen, persönlichen und parteipolitischen Konflikten, scheinen die jetzigen Führungsstrukturen für eine Grösse wie die Gemeinde Allschwil nur bei schönem Wetter zu funktionieren. Deshalb empfiehlt die GPK, dass ein Führungsmodell mit Strukturen und Verantwortlichkeiten zu wählen ist, welches den Verhältnissen der Primarstufe Allschwil entspricht. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ueli Keller, für die GPK: Gut, Danke schön. Geschätzte Anwesende. Dass die GPK nun den Schlussbericht des Gemeinderats, der hat die Nummer 4449 D zum Abschreiben empfiehlt, könnte man vielleicht als Widerspruch verstehen. Denn die GPK sagt im Teilbericht AG zugleich, dass nicht alles erledigt ist, was hätte erledigt werden sollen. Der Teilbericht A ist das Ergebnis der Überprüfung der GPK, ob, wie und inwiefern die Empfehlungen des ersten GPK-Berichts vom 12. Mai 2020 umgesetzt wurden. Das ist ein äusserst wichtiger Aspekt, dieser Teilbericht A, deshalb heisst er auch A, es ist ein erster Teil. Dieser überprüft gewissermassen den Stand der Umsetzung der Empfehlungen überprüfen oder dokumentieren. Die GPK hat dazu, als Schwierigkeiten in den Medien und durch Schreiben und durch Vorstösse im Einwohnerrat akut offensichtlich wurden, eine Subkommission beauftragt, mit Corinne Probst, Etienne Winter und mir, diese Überprüfung vorzunehmen. Ich wiederhole es noch einmal: Der Teilbericht A, den ich nun kurz präsentieren werde, bilanziert die Umsetzung der Empfehlungen von 2020.

Auf diesen Teilbericht A aufbauend hat die GPK nun vor, nicht jetzt, sondern nach den Sommerferien gehen wir wieder an die Arbeit, einen Teilbericht B abzufassen, der, wie Gemeinderätin Silvia Stucki bereits zusammengefasst hat, die Spannungen, die immer noch bestehen, fokussieren soll, in diesem, wie ich es nenne, *Bermuda-Viereck*: Gemeinderat / Schulrat / Schulleitung / Gemeindeverwaltung. Die GPK soll für diesen Teilbericht B dann auch die Ursachen eruieren und soll mit allen Beteiligten schauen, dass für die Zukunft eine rundum Erfolg versprechende Zusammenarbeit motiviert werden kann, damit nicht nur die Schule in Allschwil, sondern auch der Führungsbereich konsolidiert ist und eine gute Situation besteht. Die GPK hat mich beauftragt, zu berichten. Drei Minuten – wie ein Kollege gesagt hat – schien mir etwas kurz. Aber ich mache nicht allzu lang.

Das **Programm**. Ich werde nicht von vorn beginnen, sondern mit der Diagnose. D. h. im Bericht heisst das «Schlussbemerken». Man könnte auch sagen «Fazit» oder man könnte auch sagen «Bilanz». Damit werde ich beginnen. Zur Analyse, das ist Kapitel 1 bis 6, werde ich nicht berichten, denn das würde zu lang dauern. Wenn dann aber Fragen von Ihnen oder euch, welche den Bericht und die Kapitel 1 bis 6 gelesen haben und eine Verständnisfrage haben oder Ergänzungsfragen haben, ist das dann schon möglich. Der dritte Schwerpunkt ist ein Therapievorschlag – ich sage dem mal so. Mit Therapievorschlag ist gemeint, politisch technische Anträge, die wir dem Einwohnerrat zu diesem Bericht stellen.

Schlussbemerken Das ist nun also die Diagnose. Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 12. Mai 2020 den Bericht Schulrat Primarstufe der GPK mitsamt seinen Ergebnissen, Empfehlungen und Forderungen zur Kenntnis genommen und den Gemeinderat beauftragt, dem Einwohnerrat innert dreier Monate nach Einwohnerratsbeschluss eine Stellungnahme zu den Empfehlungen und Forderungen dieses Berichts, Nr. 4449, abzugeben. Diesem Auftrag ist der Gemeinderat nachgekommen. Er hat dies mit einem Bericht vom 13. Januar 2021 dokumentiert und kommuniziert, der vom Einwohnerrat am 10. Februar als erster Zwischenbericht zur Kenntnis genommen wurde. Ein Projekt «Prozesse, Verantwortlichkeiten, Schnittstellen, Gemeindeschulen Allschwil» sollte unter externer Leitung die erforderliche Klarheit sowie die Kooperations- und Leistungsfähigkeit der vier Gremien «Gemeinderat», «Schulleitung», «Schulrat» und «Verwaltung» bewerkstelligen und gewährleisten helfen. Dies war also die Ausgangslage.

Von Beginn weg – und immer wieder – waren offensichtlich alle Beteiligten nach besten Kräften bestrebt, den Anforderungen zu entsprechen, die sich mit den behördlichen Aufgaben im Führungsbereich der Allschwiler Primarstufe ergeben. Zum Teil innerhalb und insbesondere unter den beteiligten Gremien Gemeinderat, Schulleitung, Schulrat und Verwaltung scheint keine Einigkeit darüber zu bestehen, warum und auf welchem Stand das oben erwähnte Projekt abgebrochen worden ist, was dafür zu allseits zweckdienlich geklärten Verhältnissen hätte führen sollen. Die GPK wertet dies unter anderem auch als Indiz für eine Kommunikation, die sich nur bedingt für eine Verständigung in den beteiligten Behörden und unter den Verantwortlichen eignet. In einem solchen Sinne scheint oft nicht klar, was gilt, und wer sich wie voran zu halten hat. Ein zweites Merkmal von Unklarheit, die eine zweckmässig zielgerichtete Handlungsfähigkeit zu beeinträchtigen scheint, zeigt sich in der Einschätzung der einen Beteiligten, dass Vereinbarungen, die aus ihrer Sicht getroffen sind, von anderen Beteiligten nicht verbindlich und verlässlich eingehalten werden. Dass das Ganze und Teile davon immer wieder

aus dem Ruder laufen, dürfte einerseits mit fachlich, persönlich und/oder parteipolitisch begründeten und gefütterten Konflikten zu tun haben. Davon losgelöst scheint andererseits vieles, was in der Praxis Schwierigkeiten macht, die Folge einer Führungsstruktur, die sich für den Bereich Primarstufe insbesondere für eine grosse Gemeinde wie Allschwil nur bei schönem Wetter – also dann, wenn es keine oder kaum Schwierigkeiten gibt – eignet.

Ausblick

Mit Blick nach vorn empfiehlt die GPK kurzfristig folgende Aspekte zu beachten: Es ist der Gemeinderat, der insgesamt und für das Ganze die Führungsverantwortung zu tragen hat. Er stellt sicher, dass die vier beteiligten Gremien «Gemeinderat», «Schulleitung», «Schulrat» und «Verwaltung» ihren behördlichen Auftrag sowie ihre Kompetenzen kennen und entsprechend handeln. Dies, indem sie ihre Verantwortung sowohl intern je in ihrer Behörde an sich, als auch untereinander sachorientiert zweckmässig wahrnehmen. Bei Unklarheiten oder Unstimmigkeiten sorgt der Gemeinderat für eine Verständigung sowie für das Treffen von Vereinbarungen, die von allen verbindlich und verlässlich beachtet und eingehalten werden. Innerhalb und unter den Behörden auftretende Konflikte sind konstruktiv anzugehen und konsensorientiert zu lösen. Mehrheitsentscheidungen, die Gewinner und Verlierer generieren, können innerhalb und zwischen den Behörden nicht nachhaltig zielführend sein.

Mittelfristig empfiehlt die GPK – wohlwissend, dass ein richtiges System allein noch nicht endgültig garantiert die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Beteiligten sichern kann – ein Führungsmodell mit Strukturen und Verantwortlichen zu wählen, das dem Bedarf und den Verhältnissen der Primarstufe Allschwil optimal entspricht. Längerfristig erachtet es die GPK als wichtig, dass für Ämter und Behörden qualifizierte Personen gewonnen werden, die den anspruchsvollen Aufgaben sowohl fachlich als auch was die Kooperationsfähigkeit betrifft, bestmöglich entsprechen und gewachsen sind.

Wie ich erwähnt habe, führe ich die Analyse nicht aus. Eigentlich finde ich, sind die Informationen zusammengefasst jetzt vorhanden. Wenn dann bei der Diskussion aber jemand aus dem ersten Teil, also Kapitel 1 – 6 noch etwas wissen möchte, ich wiederhole mich, kann man schon noch bitte Fragen stellen.

Jetzt komme ich zum «**Therapievorschl**ag». Das sind die vier **Anträge**. Der erste Antrag ist noch der übliche, das ist noch keine Therapie. Er ist einfach so, dass die GPK den Antrag stellt, dass der Einwohnerrat ihren Bericht, also den Teilbericht A, den ich zusammengefasst habe, zur Kenntnis nimmt. Der zweite Antrag beinhaltet, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat einen Auftrag erteilt, seine Erkenntnisse, die er nun aus diesem Bericht gewinnt, zu dokumentieren und bis im Oktober dem Einwohnerrat mitzuteilen, was er damit macht. Der dritte Antrag, welcher die GPK dem Einwohnerrat stellt, ist die Bitte um einen Auftrag, dass die GPK eine Überprüfung dieser Umsetzungen vornimmt, welche der Gemeinderat aufgrund der Erkenntnisse und Planung, die er im Oktober vorgelegt hat, gemacht hat. Das könnte – wir haben es aber in der Subkommission in der GPK noch nicht diskutiert – eigentlich mit dem Teilbericht B identisch sein. Ich möchte dies aber quasi nur erwägen, und nicht als beschlossen darstellen, bitte. Der vierte Antrag ist der, welchen ich zu Beginn erwähnte. Die GPK stellt dem Einwohnerrat den Antrag, dass der Bericht 4449D des Gemeinderats abgeschrieben wird. Danke für die Aufmerksamkeit.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Jetzt wären die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe. Wer möchte sich melden? Sonst öffne ich die Rednerliste.

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Wenn das nicht der Fall ist, stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4449D und 4671 abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Es ging nun ein wenig schnell, es gäbe vielleicht schon noch ein paar Fragen zum Ablauf bzw. zum Papier, das uns die GPK vorgelegt hat. Paragrafenmässig sind wir durchgegangen, aber ich finde, die eine oder andere Frage zur Abklärung dieses Papiers kann man sicher noch stellen, hoffe ich.

Henry Vogt, Präsident: Gut, grundsätzlich habe ich gefragt und es hat sich niemand gemeldet, dass man eine abschnittsweise Beratung wünscht. Sonst müsste man es wünschen, damit wir die abschnittsweise Beratung machen. Sonst kannst du gerne noch Fragen stellen, falls du Fragen hast.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke vielmals. Ja, nicht lang. Ich danke für das Papier und die riesige Arbeit, welche die drei Personen getan haben. Ich möchte gerne noch Bemerkungen dazu ab-

geben, wo ich stutzig wurde, als ich es lesen durfte. Das eine, z. B. auf Seite 17, 6.3 Schulrat Primarschule, der Schluss dieses Abschnitts. Es geht darum, dass man mit der Präsidentin des Schulrats ein Gespräch geführt hatte, und es heisst hier einfach: «[...] und in Absprache mit dem Amt für Volksschulen (AVS) in jedem Fall rechtskonform ausgestattet werden soll.». Wenn das eine Vision für die Zukunft ist, was war denn dann bis jetzt? Ich hoffe, es war immer so, dass alle diese Abläufe gesetzeskonform waren, wie es sein muss. Oder ist es wirklich eine Erneuerung, die wir anstreben will? Wie war bisher die Vergangenheit oder die Geschichte des Ganzen?

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Ueli Keller, bitte.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Okay. Grundsätzlich möchte ich noch einen wichtigen, technischen Hinweis festhalten. Wir haben in dieser Analyse immer nur das berichtet, was uns gesagt wurde und was wir aus den Unterlagen entnehmen konnten. Das ist ein wichtiger, technischer Hinweis. Wir haben keine Fantasien entwickelt, was auch noch hätte sein können oder vor allem, was hätte sein sollen. Das haben wir nicht als unsere Aufgabe betrachtet. Das war eine sehr aufwendige, intensive Arbeit. Wir haben das gemacht durch Unterlagenstudium und mit Interviews. Die Aussage, welche nun Jean-Jacques Winter darauf bezieht, ist eine, die uns so gegeben wurde. Wir haben sie in die Dokumentation aufgenommen, ohne Bewertung. Bewertungen sickern dann bei den Schlussbemerkungen ein wenig durch, das ist klar. Aber bei der ganzen Analyse haben wir uns sehr Mühe gegeben, zu dokumentieren, was die Beteiligten uns berichtet haben, und welche Unterlagen, (es waren 600 A4-Seiten!) wir zur Kenntnis erhalten hatten.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Vielen Dank für diese Frage. Natürlich habe ich als Gemeinderat und gewähltes Schulratsmitglied im Schulrat mehrmals darauf hingewiesen, dass bezüglich dieser Kommissionen und ihrer Handlungskompetenz nicht gesetzeskonform gehandelt worden ist. Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass meine Interventionen erfreulicherweise seit Herbst 22 Wirkung gezeigt haben. Somit kann ich euch sagen, es wird jetzt darauf geachtet, dass gesetzeskonform gehandelt wird.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Henry Vogt, Präsident: Also stelle ich jetzt wiederum fest, dass die Beratung über das Geschäft 4449D und 4671 abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Geschäftsprüfungskommission zu beschliessen:

1. Der vorliegende Untersuchungsbericht «Teilbericht A: Wirkungs- und Erfolgskontrolle zum Prüfbericht 4449 sowie GPK-Kommissionsbericht zum Einwohnerratsgeschäft 4449D» wird zur Kenntnis genommen. Wer dafür ist, soll das bitte mit der gelben Karte bezeugen.

://:

Das ist einstimmig.

2. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat bis zur Oktobersitzung zu berichten, welche Erkenntnisse er für seine Tätigkeit aus diesem Bericht zieht, und wie er die Empfehlungen umsetzen will. Wer dafür ist, soll es wieder mit der gelben Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Wir haben mit 31 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen dafür gestimmt.

3. Der Einwohnerrat beauftragt die GPK, die Zielerreichung zu den Empfehlungen zu überprüfen und ihm per Ende Legislatur dazu einen Bericht vorzulegen. Wer dafür ist, auch hier wieder: vor mit der gelben Karte! Gegenstimmen? Enthaltungen? Danke schön.

://:

Der Rat hat wieder Ja gestimmt, mit 30 Ja, 3 Nein und 3 Enthaltungen.

4. Das Einwohnerratsgeschäft 4449D «Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder» wird als erledigt abgeschrieben. Wer dafür ist, bitte mit der gelben Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Auch hier hat der Rat mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dafür gestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen will, könnte das jetzt gerne mit der gelben Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Der Rat hat mit 32 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen das Geschäft abgeschlossen. Vielen Dank.

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen zum nächsten Geschäft.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 12

Bericht des Gemeinderates vom 16.5.2023, betreffend
Einsetzen und Wahl einer Spezialkommission
Künftige Führungsstrukturen der Primarstufe Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4670

Henry Vogt, Präsident: Ich frage den Rat an, ob Eintreten bestritten ist. Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich komme zur Rednerreihenfolge: Wir beginnen mit Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli, anschliessend die Vertreter der Fraktionen und die Rednerliste.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Sie konnten in den Unterlagen zur Einladung zur heutigen, resp. auch der gestrigen Sitzung, lesen und nachvollziehen, nehme ich an, dass der Gemeinderat Ihnen vorschlägt, für die Behandlung dieses Geschäfts «Künftige Führungsstrukturen Primarstufe Allschwil» eine Spezialkommission für die Vorbereitung einzusetzen. Sie konnten auch lesen, weshalb er dies macht. Deshalb möchte ich nur noch ganz kurz auf die wichtigsten Argumente noch einmal eingehen. Der Gemeinderat erachtet es als essenziell, dass sich der Einwohnerrat früh und vor allem aktiv in dieses Geschäft einbringen kann. Bei einer ständigen Kommission wäre das nicht möglich. Leider nicht möglich aus Sicht dieses konkreten Geschäfts. Bei einer ständigen Kommission käme die Kommission erst zum Zug, nachdem der Gemeinderat den Bericht nun in Bezug auf welches Führungsmodell gewählt werden soll, verfasst hat, wenn der Bericht fertig ist, wenn der Antrag konkret formuliert ist. Erst dann wird das Büro auf Antrag des Gemeinderats den Bericht an eine Kommission, an eine ständige Kommission überweisen. Von da an liegt es dann in den Händen dieser Kommission, welche dieses Geschäft oder diesen Bericht prüfen und anschliessend auch dem Einwohnerrat einen Antrag stellen wird. Sie kennen diesen Ablauf bestens. Es ist eigentlich immer derselbe.

Mit einer Spezialkommission haben Sie nun aber die Möglichkeit, dass der Einwohnerrat schon vorher eingebunden werden kann, sich bereits vorher mit diesem Thema, mit diesem Geschäft auseinandersetzen und eben aktiv mitarbeiten kann, sodass am Schluss aus seiner Sicht jenes Führungsmodell gewählt wird oder gewählt werden soll, welches das richtige sein soll. Ein weiterer Grund, der in der Gemeinde erscheint: Dem Gemeinderat ist es sehr wichtig, dass vor allem alle Parteien, alle Fraktionen heute eingebunden werden können. Bei einer ständigen Kommission ist eine Fraktion, die AVP, nicht eingebunden. Bei einer Spezialkommission aber kann man sie mitnehmen. Dies betrachtet der Gemeinde als äusserst wichtig. Deshalb auch die Spezialkommission.

Es gibt noch einen weiteren Grund: Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Beratung in der Spezialkommission weniger Zeit beanspruchen wird, als in einer ständigen Kommission. In der Spezialkommission habe ich zuvor erwähnt, sollen zwei Mitglieder dann in diesem Geschäft bereits vorher aktiv mitarbeiten. Sie können deshalb auch ihre Argumente, ihre Sichtweise früher einbringen. Sie können sie auch in die einzelnen Fraktionen einbringen und haben letzten Endes auch ein grösseres Wissen,

welches sie auch weitergeben können. Man kann auch sagen, sie fungieren als eine Art Multiplikator, so wie wir es auch bei anderen Geschäften gesehen haben. Ich nenne als Beispiel die Revision der Personal- und Besoldungskommission, bei der man auch eine sog. Echogruppe eingesetzt hat, die auch als Multiplikator dienen sollen, und in diesem Sinne das Geschäft auch spiegeln, sodass wir wissen, wie es weitergehen soll.

Aus all diesen Gründen ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Spezialkommission in diesem konkreten Fall sinnvoll ist, und erachtet das auch angesichts der Wichtigkeit des Geschäfts – Sie haben das gelesen und auch gehört – auch die GPK ist überzeugt, dass es wichtig ist, dass man dieses Geschäft in diesem Sinne gut überprüft, gut begründet und dann auch zu einem guten Entscheid kommt, welches Führungsmodell für die Gemeinde Allschwil, für diese grosse Gemeinde Allschwil in Zukunft das richtige sein soll. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Gesamtgemeinderats gemäss den Anträgen zu beschliessen und eine solche Spezialkommission einzusetzen. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Dann wären Fraktionsvertreter oder -vertreterin an der Reihe.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, geschätzter Präsident, liebe Anwesende, auch liebe Nicole Nüssli, danke für diese Ausführungen, denen ich sehr gerne zugehört habe. Ich möchte nun schon zuerst einmal sagen, ich finde es jetzt gerade sehr amüsant. Vor einem Monat habe ich in der Fragestunde gefragt, wann der Gemeinderat gedenkt, dies dem Einwohnerrat vorzulegen. Die Antwort war: im Dezember. Dann war die Frage: Bis wann müssen wir entscheiden? Bis im Dezember! Also – bis wann wird es vorgelegt und wann müssen wir beraten? Im Dezember! Jetzt ist es plötzlich äusserst wichtig, dass wir früh und aktiv einbezogen werden. Also nehmt es einfach zur Kenntnis. Ich finde es wirklich amüsant. Ich glaube, es ist dann einfach schon klar, das kommt vielleicht einfach nur kurz zu uns. Wir haben ja eine Kommission, zu welcher «Bildung» gehört, z. B. die KKS. Es gäbe auch die KSD oder so ähnlich. Spezialkommissionen sind wirklich nur für ausserordentlich wichtige Geschäfte. Es scheint uns so wichtig nun auch nicht. Wie wir bereits in unserer Kommission gestern begründet haben, wir möchten einfach eine Auslegeordnung über alle drei Modelle. Irgendwie habt ihr uns zu diesem Projekt nie gefragt, ob wir das okay finde. Wir haben es gestern bereits erwähnt, wir sagen dazu höflich nein, Danke. Wir halten es für nicht nötig. Wir finden es auch seltsam, dass ein Schulrat eine solch prominente Rolle erhält. Denn es ist eine Zumutung für ein Gremium, für eine Behörde, ihre eigene, eventuelle Abschaffung bewerten zu müssen. Ich finde, das geht gar nicht. Insofern muss ich eigentlich nicht mehr ausführen, wir lehnen es geschlossen ab.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Soll ich gleich Antwort geben?

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Zuerst Lucca Schulz, anschliessend Gemeindepräsidentin.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch die SP-Fraktion wird das geschlossen ablehnen. Wir sind ebenfalls über das Vorgehen des Gemeinderats, über den eingeschlagenen Prozess irritiert. Ich kann mich vielem anschliessen, was die Vorrednerin geäussert hat. Mit derselben Begründung könnte man auch bei Tempo 30 oder der Parkraumbewirtschaftung oder bei allen grossen Geschäften eine Spezialkommission gründen. Praktische sämtliche Vorteile der Spezialkommission, welche die Gemeindepräsidentin aufgesagt hat, lassen sich auch umsetzen, wenn man es ordentlich in die KKS gibt. Die KKS ist, glaube ich, fähig und willens, dieses Geschäft speditiv zu bearbeiten und dann dem Einwohnerrat zu berichten. Wir verweisen hierbei wahrscheinlich auch auf die folgende Debatte zur dringlich erklärten Motion der EVP/GLP/Grüne-Fraktion. Und noch etwas Letztes: Wenn man alle Parteien hätte einbinden wollen, hätte man auch noch die GLP und EVP einbinden. Also nichts gegen kleine Parteien haben, aber bei den einen sagen okay und bei den anderen nein sagen ...

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja, liebe Miriam. Du sagst, ich hätte zur Antwort gegeben, im Dezember käme dieses Geschäft in den Einwohnerrat. Das ist natürlich nur die halbe Wahrheit, oder du hast nur zur Hälfte zugehört. Ich sagte deutsch und deutlich: spätestens im Dezember, weil wir eine gewisse Zeit benötigen. Es ist klar, das Geschäft müssen wir behandeln. Wir hatten erst Mitte Februar oder Ende Februar vom Kanton Antworten auf Fragen erhalten, wie wir denn das Geschäft in Allschwil überhaupt umsetzen sollen. Es waren x Fragen nach den Informationsveranstaltungen, die der Kanton durchgeführt hat, offen. Wie zuvor erwähnt, diese Fragen wurden erst Ende Februar beantwortet. Nachdem diese Fragen beantwortet waren, haben wir mit diesem Geschäft begonnen, haben es in diesem Sinne zielgerichtet an die Hand genommen. Ich hatte gesagt, es komme so

schnell wie möglich in den Einwohnerrat, spätestens im Dezember. Denn spätestens im Dezember müssen wir diesen Entscheid beim Einwohnerrat abgeholt haben. Das war meine Aussage.

Zur weiteren Aussage, die du gemacht hast: Du erwartest nur eine Auslegeordnung. Gemeinderat, stelle uns doch einfach mal dar, was ist gut, was ist schlecht an welchem Führungsmodell, und wir als Kommission schauen dann weiter! Das ist doch einfach nicht die Verantwortung des Gemeinderats. Der Gemeinderat muss Ihnen schon darlegen, was Pro und Kontra des einen und des anderen Führungsmodells ist. Er muss Ihnen aber danach einen Antrag stellen. Er muss diesen Antrag begründen, sonst macht der Gemeinderat seinen Job nicht. Genau das muss die Kommission überprüfen. Das ist die Aufgabe der Kommission. Nichts anderes. Sonst hätte man die Rolle nicht ganz verstanden.

Des Weiteren findest du es nicht so gut, dass der Schulrat eine grosse Rolle erhält. Ich weiss nicht, was für ein Verständnis man hat. Ich möchte in Erinnerung rufen: Wir diskutieren hier zum Schluss über die Abschaffung einer Behörde, die wir seit Jahren haben. Ob sie nun aus Sicht eines Einwohnerrats gut oder schlecht ist, oder gut oder schlecht arbeitet, spielt überhaupt keine Rolle, aber es gibt sie. Sie existiert. Wir hier haben die Aufgabe, seriös darüber zu diskutieren, ob es sie in Zukunft noch geben soll. Der Einwohnerrat muss diesen Beschluss fassen. Aktiv. Dies ist vom Kanton so vorgegeben. Wir haben hier Vertreter, die im Landrat sind, die wissen, dass dieser Auftrag auf diese Weise erteilt wurde. Erst wenn der Entscheid hier gefällt ist, muss es allenfalls noch vor einer Volksabstimmung Stand halten. So einfach wie ihr oder wie du es darstellst, Miriam, einfach so lapp lapp, wir machen rasch eine Auslegeordnung, können wir morgen getan haben, dann nimmt es die Kommission an die Hand und ihr entscheidet ... anschliessend müssen wir es dem Volk unterbreiten, und das Volk wird ein paar Fragen haben. Wer die Zeitungen gelesen hat, klar, es ist in einer kleinen Gemeinde, aber sie haben die Abschaffung des Schulrats bereits abgelehnt, weil halt der Schulrat Stimmung macht. An dieser Stelle, meine ich, müssen wir doch politisch sinnvoll und klug agieren. Das hat der Gemeinderat gemacht, indem er dieses Projekt aufgelegt hat.

Im Übrigen ist es auch ein Auftrag des Kantons. Der Kanton sieht vor, dass das Geschäft zusammen Schule / Gemeinde erarbeitet wird. Zusammen. Deshalb erhält der Schulrat ein solches Gewicht. Genau deshalb. Wegen nichts anderem. Das habe nicht ich erfunden, das hat nicht der Gemeinderat erfunden, es wurde durch den Kanton so vorgegeben. Ich denke, es spricht nichts dagegen, dass wir es auf diese Weise tun, denn, wie zuvor erwähnt, geht es darum, dass wir allenfalls eine Behörde abschaffen. Allenfalls. Deshalb bin ich nach wie vor der Meinung, das Vorgehen ist vom Gemeinderat richtig gewählt. Auch der Gemeinderat ist dieser Meinung. Ich bitte Sie, diese Spezialkommission einzusetzen. Wenn ihr sie nicht wollt, klar, man kann es auch mit einer ständigen Kommission machen. Wir hätten es einfach als sinnvoll erachtet, euer Wissen abzuholen, rechtzeitig abzuholen, euch die Gelegenheit zum Mitarbeiten zu geben. Wenn es anders betrachtet wird, dann ist es ein Beschluss des Einwohnerrats. Den darf er selbstverständlich fällen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Florian Spiegel, anschliessend Etienne Winter.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Ich habe schlichtweg eine Verständnisfrage, weil es mir gestern durch die Lappen ist. Ich meinte, wir behandeln die dringliche Motion vor diesem Traktandum. Wenn es aber nicht so ist, wäre das mein Fehler. Ich wollte nur schnell nachfragen, denn das eine hängt so nahe mit dem anderen zusammen.

Henry Vogt, Präsident: Das Büro hat zu diesem Zeitpunkt entschieden, dass wir mit dem Traktandum weitermachen und anschliessend die dringliche Motion durchführen. Es hätte auch umgekehrt geschehen können. Aber jetzt sind wir mitten in der Diskussion.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gemeindepäsidentin. Ich unterstütze vollkommen, wie du es zuvor gesagt hast, die Bedeutung dieses Geschäfts. Ich glaube, es ist wirklich eine bedeutende Angelegenheit für Allschwil, aber auch, glaube ich, eine wichtige Aufgabe, was wir hier auf der politischen Schiene zu verantworten haben. Es lässt sich darüber streiten, was der optimale Weg fürs Ganze ist. Ich war zu Beginn des Votums von dir, Nicole, etwas hellhörig geworden, wie du es erzählt hast, dass nur irgendwie die Spezialkommission fähig wäre, ich sage mal, ich würde es aufschreiben, begleitend beratend zu sein. Ich sehe nirgends, dass es bei allen anderen grundsätzlich ausgeschlossen ist, aber auch nie, dass es explizit drinsteht. Es steht einfach, genau wie bei anderen Kommissionen, die nicht stetig sind, ist eine Kommission da, bevor es im Einwohnerrat debattiert wird, vorab zu beraten. Es hat nichts mit einer begleitenden Beratung zu tun. Das ist mir nicht ganz schlüssig. Ich sehe auch, wir haben wirklich gute Leute, und ich

zweifle überhaupt nicht an der KKS, das zu tun. Es steht auch für wichtige Geschäfte im Bereich Bildung – Erziehung – Kultur. Das liegt dort. Bei Spezialkommission heisst es unten: «was nicht im Ermessen ...», also was nicht im Aufgabenbereich der anderen steht, oder explizit extrem wichtig ist, aber wichtig ist es ja trotzdem schon oben. Ich glaube, wir haben wirklich eine gute Kommission. Wir haben Leute gewählt, die mit diesem Thema Bildung – Kultur – Soziales eigentlich bewandert sind. Ich möchte einfach beliebt machen, auch hier auf unsere stetige Fachkommission zurückzugreifen und gerne ihr das Vertrauen zu geben, in gemeinsamer Arbeit mit allen beteiligten Personen und Behörden diese Aufgabe wirklich mit bestem Wissen und Gewissen zu vollenden. Einfach nur das. Ich bin nicht ganz schlau geworden. Ich glaube, auch die KKS kann sehr begleitend mit dem Gemeinderat und anderen Behörden zusammenarbeiten. Dafür braucht es explizit keine Spezialkommission. Oder, handkehrum braucht es eine Spezialkommission, weil beide die Möglichkeit in sich tragen. Merci.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Werter Präsident, werte Anwesende. Ich sehe im Rat einen Konsens, dass wir das Geschäft der KKS übergeben. Die KKS kann das begleitend mit dem Gemeinderat tun. Die KKS kann selbstverständlich die beteiligten Parteien einladen. Dies ist sicher der Schulrat. So kommen wir zügig vorwärts und können das Geschäft schnell in den Rat bringen, mit einer Vorlage, welche der Gemeinderat selbstverständlich ausarbeitet. Und die KKS dann den Bericht schreibt, wie es das normale Vorgehen ist. Es spricht nichts dagegen, dass man den Prozess von Anfang an mit Gemeinderat und KKS gemeinsam geht. In diesem Sinne wäre ich froh, man würde nun diese Diskussion nun kurzhalten, auf den Vorschlag eingehen und als Einwohnerrat dem zustimmen. Damit wäre auch das nächste Traktandum, nämlich diese Motion, abgehandelt. Wir hätten einen Weg, der uns entspricht und mehrheitsfähig ist. Danke schön fürs Zuhören.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Ich gebe das Wort weiter an Claudia Sigel ... ausser ... der Präsident entscheidet etwas anderes? Also, Claudia Sigel, bitte.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, werte Anwesende. Ich spreche nun für Die Mitte-Fraktion. Wir haben ebenfalls die Delegation dieses Geschäfts an eine Subkommission abgelehnt. Und zwar, weil wir überzeugt sind, zu viele Köche verderben den Brei. Wir sind auch der Meinung, die KKS ist das richtige Gremium dafür. Ich finde auch, die Kommissionen des Einwohnerrats sind ebenfalls ein eingespieltes Team. Es sind Leute, die immer mal wieder zusammenkommen, um die Geschäfte zu behandeln. Sie sind bestimmt effizienter, als wenn man eine neue Subkommission bildet, mit neuen Leuten, die sich erst einmal wieder finden müssen, und zuerst einmal miteinander auskommen müssen. Ich will niemandem unterstellen, dass man das nicht könnte, aber vielleicht nicht so effizient und so schnell wie eine Kommission, die bereits besteht und sich schon kennt. Das Zweite ist: Letztlich geht es darum, dass die Kommissionsmitglieder das Feedback ihrer Fraktionen abholen. Das ist ja noch wichtig. Der Einwohnerrat muss mitarbeiten können. Die Kommission kann nicht einfach allein entscheiden, sondern wichtig ist, dass die Kommissionsmitglieder immer wieder zurück zu ihren Fraktionen gehen und Feedback abholen. Ob das nun eine Subkommission macht oder die KKS spielt im Endeffekt keine Rolle. Deshalb sind wir auch der Meinung, gebt es der KKS, dort ist es richtig angesiedelt. Danke vielmals.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich kann nur sagen, Danke schön, Claudia. Es ist sehr wichtig, wenn in der Kommission oben steht: Sie ist konstituiert, wir haben ein Präsidium, jemand schreibt das Protokoll, der Grossteil liest den Text und jemand schaut und korrigiert und prüft auf die Lesbarkeit. Wenn der Gemeinderat sagt, es eile, man müsse möglichst schnell vorwärtsmachen, selbstverständlich können auch aus der KK zwei Mitglieder Einsitz nehmen in der Vorbereitungsgruppe. Es müssen nicht irgendwelche gefunden werden. Die Kommission kann zwei Personen senden, um in dieser Vorbereitungsgruppe dabei zu sein. Es ist eigentlich alles bereits gelaufen. Und ein kleiner Vorteil selbstverständlich auch noch: wenn man nun eine neue Kommission gründen müsste – bis die konstituiert ist, wir hätten dann acht Leute, Stichentscheid ... den ganzen Quark, der hintendran kommt, der ganz sicher niemand von uns benötigt. Und übrigens, wie ich mal gehört habe, die Kommission sei überarbeitet. Nein, wir dürfen einfach sagen, wir haben eine ganz grosse Pause und sind froh, wenn wir uns wieder einmal treffen dürfen. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Nikki Morat, anschliessend Matthias Häuptli.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Gemeindepräsidentin hat es zuvor erwähnt, bei der Revision des Personal- und Besoldungsreglement gab es eine Echogruppe. Weshalb hat man nicht dies gleich ins Auge gefasst? Sie muss längst nicht so umfassend sein wie die damalige, denn da ging es um ein ganzes Reglement mit vier Teilbereichen. Diese Echogruppe hat nie infrage gestellt, dass anschliessend die Kommission, in der wir am Arbeiten sind, das Geschäft in

die Hand erhält. Ich verstehe es nicht ganz, weshalb man den Weg mit der Spezialkommission gewählt hat, gemäss Einwohnerratsreglement. Ich bin auch der Meinung, gebt es der Kommission. Aber es spricht nichts gegen eine Echogruppe. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Matthias Häuptli, anschliessend Ueli Keller.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, wir sind uns alle hier einig, dass die neuen Führungsstrukturen, wenn es denn neue geben soll, aber wenigstens die neue Optionsmöglichkeit für Führungsstrukturen der Primarschule, dass es ein gewichtiges Geschäft ist und man es gut vorbereiten muss. Die Frage ist einfach, wie macht man es, damit es gut herauskommt, und dass wir fundierte Entscheidungsgrundlagen haben und dass wir auch wirklich das entscheiden können, was wir wollen. Darin liegt nämlich die Krux. Der Entscheid an sich, was umgesetzt werden muss, ist insofern relativ einfach, als es quasi nicht binär, aber ternär ist. Also, es gibt drei Optionen. Nur aus diesen kann man wählen. Die liegen auf dem Tisch. Eine Option ist das, was bereits besteht. Bei den anderen zwei Optionen ist die eine Option gewissermassen eine abgespeckte oder reduzierte der anderen. Ob man ein Gemeinderatsmodell mit einer Schulkommission oder ein reines Gemeinderatsmodell hat, ist für die gesetzestechnische Umsetzung relativ ähnlich. Was aber wirklich wichtig ist, ist, dass wir zwischen diesen drei Optionen gut abgeklärt und evaluiert haben, was wirklich das Beste ist. Dieser Entscheid kann der Gemeinderat vorschlagen, das soll er auch. Am Schluss müssen wir ihn aber treffen. Wir müssen am Schluss frei sein, damit wir vielleicht die Argumente und die Überlegungen, die der Gemeinderat getroffen hat, anders gewichten und zu einem Ergebnis kommen. Das ist letztlich einfach eine politische Geschichte. Deshalb ist es uns wichtig – und deshalb haben wir die dringliche Motion eingereicht – dass am Schluss eine Vorlage auf dem Tisch liegt, welche alle Entscheidungsoptionen dem Einwohnerrat überlässt, ohne dass man, wenn man etwas anderes als der Gemeinderat will, das Ganze wieder zurückschicken und sagen müsste, bringt eine neue Vorlage, was wiederum zu einer Verzögerung führen würde. Die Frage ist, wie kommen wir dahin. Ich glaube, es ist sicher richtig, dass der Gemeinderat möglichst alle Stakeholder einbeziehen will. Doch in diesem Stadium muss der Gemeinderat das selbst ... – er muss die Federführung haben, die hat er von Gesetzes wegen, und am Schluss muss er einen Entscheid fällen und einen Vorschlag unterbreiten, hinter dem er selbst steht. Wir können uns als Einwohnerrat über die KKS einbringen, wenn der Gemeinderat die KKS einbezieht. Das ist in seiner Kompetenz. Das kann er jederzeit tun, er kann immer ein Geschäft dort einbringen, nicht zur Beschlussfassung, aber um einfach ein Feedback einzuholen. Er kann in anderer Form eine Echogruppe einsetzen. Aber die Spezialkommission, die vorgeschlagen wird, ist ein wenig ein Overkill, denn, eben, man müsste dafür neue Leute fast erst einmal rekrutieren. Es verleiht der Mitwirkung des Einwohnerrats ein wenig Gewicht, was eigentlich in diesem Stadium nicht haben kann. Denn es stellt sich dann die Frage: Was ist mit dem, was die Spezialkommission diskutiert und eingebracht hat? Ist das gewissermassen wieder für den Einwohnerrat verpflichtend? Das kann es nicht sein. Am Schluss kann der Einwohnerrat immer etwas anderes entscheiden. Lange Rede kurzer Sinn: Bindet Stakeholder ein und bindet die KKS ein. Aber die Spezialkommission braucht es nicht. Danke schön.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Ueli Keller und anschliessend Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte die ausgezeichneten Ausführungen von Matthias Häuptli noch um einen Punkt ergänzen. In dieser GPK-Arbeit, in der wir diese Untersuchung vorgenommen haben, und wird versucht haben, die Situation sehr objektiv darzustellen, ist mir ein Muster immer wieder begegnet, die mir nun auch mit dieser Spezialkommissionsidee begegnet. Und zwar, das Inszenieren – ich sage es mit aller Deutlichkeit – eines Chaos, das Inszenieren eines Chaos. Ich habe den Bericht viermal gelesen, und ich kann nicht schlecht lesen und verstehen, ich habe nicht wirklich verstanden, was wirklich gemeint ist. So etwas ist für mich typisches Inszenieren eines Chaos, die mir in dieser Untersuchungssituation immer und immer wieder begegnete. Ich war manchmal beinahe geistig die Wände hoch, weil ich nicht verstanden habe, was eigentlich Sache ist. Wenn ich es dann angeschaut habe, habe ich gesehen, die Übungsanlagen waren einfach chaoträchtig. Man hätte gar nicht etwas Produktives und Sinnvolles schaffen. Also bitte, weg von dieser Spezialkommission. Danke schön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Vielleicht als Antwort zur Frage von Nikki Morat: Weshalb nicht eine Echogruppe bilden, oder weshalb hat der Gemeinderat nicht eine Echogruppe gebildet? Ich sage so viel: Viele Wege führen nach Rom. Der Gemeinderat hat diesen Weg mit der Spezialkommission gewählt. Ich muss mich vielleicht wiederholen. Der Gemeinderat wünscht sich, dass der

Einwohnerrat möglichst schnell aktiv mitarbeiten kann. Eine Echogruppe hat er als zu schwach eingestuft, weil er sagte, es soll nicht nur darum gehen, dass eine Gruppierung die Meinungen des Gemeinderats spiegeln soll. Sondern, es soll darum gehen, dass wirklich die Abwägung Vor- und Nachteile pro Führungsmodell vorgenommen wird und dass dann genau diese Kommission, oder zumindest ein Teil der Kommission, die zwei Mitglieder, die angedacht sind, bei der Bewertung der Vor- und Nachteile mitarbeiten. Ob nun das aktive Mitarbeiten so früh auch mit der KKS getan werden kann, hat der Gemeinderat vielleicht nicht ganz richtig beurteilt. Wir sind davon ausgegangen, dass es mit einer ständigen Kommission nicht möglich ist, weil sie vom Reglement her erst zum Tragen kommt, wenn das Geschäft steht. Wenn ihr nun aber sagt, nein, selbstverständlich, das kann man auch mit der KKS tun, dafür braucht es keine Spezialkommission, denke ich, steht dem nichts im Weg. Wichtig ist, dass Mitglieder dieser Kommission mitarbeiten. Das ist das Wichtigste. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Miriam Schaub, bitte.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Liebe Anwesende. Vielleicht einfach noch einmal ganz kurz: Ich möchte wirklich noch einmal betonen, wir sind dafür, dass die KKS mitarbeitet oder das Geschäft dann berät. Und zwar, klar, braucht es eine Bewertung. Aber wir möchten es wirklich auch objektiv angehen können. Wir möchten nicht schon ... – ja, ist gut. Ich möchte nur schnell etwas sagen. Ich finde, es ist auch völlig okay, dass man Anhörungen durchführt. Man kann auch schriftliche Vernehmlassungen machen, irgendwie, dass sich auch die Bevölkerung, der Schulrat einbringen können. Aber wir sind wirklich geschlossen dagegen, dass der Schulrat in einem solchen Projekt mitarbeitet. Wie Ueli Keller schon zuvor ausgeführt hat, wie es auch in diesem Bericht steht, wir möchten keine solche Projekte und Strukturen, die anschliessend im GPK-Bericht nur als Unklarheiten und Uneinigkeit stehen. Das ist einfach nicht zielführend.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Das ist nicht der Fall.

Henry Vogt, Präsident: Vielen Dank. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. So stelle ich fest, dass die Beratung über dieses Geschäft 4670 abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Abstimmungen. Das sind die Abstimmungen und Anträge des Gemeinderats auf Seite 4.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für die Beratung des Geschäfts «Künftige Führungsstrukturen der Primarstufe Allschwil wird eine Spezialkommission eingesetzt, bestehend aus acht Mitgliedern.

Wer dafür ist, soll das bitte mit der gelben Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

//:

Das ist grossmehrheitlich mit 3 Enthaltungen abgelehnt.

Henry Vogt, Präsident: In diesem Sinne sind alle anderen Anträge ja obsolet, genau, vielen Dank.

Wir kommen zur Schlussabstimmung für das Geschäft als Ganzes. Wer dafür ist, soll das bitte mit der gelben Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

//:

Auch dies ist grossmehrheitlich mit 3 Enthaltungen. Somit ist das Geschäft abgeschlossen.

Wir kommen zur dringlichen Motion der EVP/GLP/Grüne.

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen zum **Geschäft 4677, dringliche Motion, Führungsmodell Primarstufe**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion.

Hierzu liegt ein **Ordnungsantrag nach § 79** vor. Ich gebe das Wort Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Dieser Ordnungsantrag wurde zum Teil fraktionsübergreifend abgesprochen. Es geht darum, dass wir, gestützt auf den § 45 des Geschäftsreglements, die Motion mit der Geschäfts-Nr. 4677 der KKS zur Vorbereitung überwiesen würden. Das ist laut Geschäftsreglement eben nötig. Der Sinn dahinter ist eben genau das, dass die Diskussion, die wir zuvor hier geführt hatten, dass sie so umgesetzt werden kann. Der Gemeinderat, und deshalb kann ich das Votum eigentlich gut abkürzen, ist auch der Ansicht, dass es machbar und umsetzbar ist. Das Ziel soll ja sein, so lautet auch der Antrag, dass die Kommission nachher schon mal mit einem konkreten Antrag in den Rat kommt, welches dieser Modelle der Gemeinderat dann wirklich ausarbeiten soll. Alle vorgängigen Überlegungen, die sich der Gemeinderat gemacht hat, unterstützen wir ebenfalls. Es gibt auch nichts, was dem widersprechen würde. Dabei verweise ich trotzdem noch schnell auf den § 27 des Einwohnerratsgeschäftsreglement, der eben genau diese Dinge regelt, was eine Kommission alles machen kann. Auf Einladung der Kommission nehmen die zuständigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte teil, sie können Mitarbeitende der Verwaltung zuziehen, der Gemeinderat kann sich anhören lassen, der Gemeinderat kann weitere Sachverständige beiziehen. Die Kommissionen können vom zuständigen Gemeinderat oder von der zuständigen Gemeinderätin weitere Unterlagen, ergänzende Berichte verlangen. Somit liefert § 27 die Grundlage, dass die KKS vorgängig alle zur Verfügung stehenden Mittel, die sie für die Ausarbeitung benötigt, vom Gemeinderat einfordern und der Gemeinderat mitwirken kann. Aus diesem Grund, wie ich das zuvor gemerkt habe, dass alle in etwa dieselbe Richtung gehen, bitte ich die Anwesenden, diesen Ordnungsantrag zu unterstützen, damit wir es so umsetzen können, wie zuvor diskutiert. Besten Dank.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zum Ordnungsantrag. Ich bin nicht sicher, ob das nun wirklich der Weisheit letzter Schluss ist. Denn, wir haben eine dringliche Motion auf dem Tisch, und diese sagt, der Gemeinderat soll doch uns bitte einfach mit seinem Antrag, den er stellen werden muss, dafür Entscheidungsgrundlagen liefern und Beschlussvorlagen, damit wir dann frei sind, auch etwas anderes zu wählen und zu beschliessen, als das, was er gerne hätte. Mit dieser Motion wird noch nichts vorgespurt, was der Gemeinderat vorschlagen soll. Dieser Ordnungsantrag sagt, wir sollen nicht darüber abstimmen, ob wir die Motion wollen, welche eigentlich alles noch offenhalten will, sondern, man soll nun zuerst diese Motion in die KKS geben, die dann quasi einen Vorentscheid treffen soll. Dies geht aber genau genommen gar nicht wirklich, denn dann müsste die KKS selbst eine neue Motion kreieren, weil sie die Motion, welche jetzt auf dem Tisch liegt, nicht abändern kann. Sie kann höchstens beantragen, dass man sie ablehnt und statt dieser etwas anderes an den Gemeinderat überweist. Das müsste aber auch erst noch formuliert und traktandiert werden. Wir machen damit eine Schlaufe, die nicht wirklich hilfreich ist. Ich meine, man soll die Motion nun so überweisen. Sie überlässt dem Gemeinderat immer noch den Spielraum, dass er die KKS beiziehen und einbeziehen kann, wie alle anderen Stakeholder auch. Das ist aber überhaupt nicht das, was wir hier beschliessen müssen, sondern, es liegt einfach in der Kompetenz des Gemeinderats, wie er in seinem Entscheidungsprozess vorgeht, wenn er eine Vorlage für uns ausarbeitet. Ich glaube auch, es ist ein wenig viel verlangt, wenn wir erwarten, dass die KKS, wenn sie nun einfach diese Motion zur Behandlung überwiesen erhält, dass sie uns dann am Ende bereits sagen kann, was denn nun bezüglich der Führungsstrukturen der Weisheit letzter Schluss sein soll. Dafür benötigen wir mehr Entscheidungsgrundlagen, diese muss zuerst der Gemeinderat liefern. Ich glaube nicht, dass es geht, indem die KKS entsprechende Informationen einholt. Das scheint mir ein relativ ambitiöses Vorhaben zu sein, wenn das die Meinung ist. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Zur Präzisierung. Ich bin mit dir, Matthias, vielfach bei sehr vielen Sachen einverstanden. Trotzdem widerspreche ich dir dieses Mal sogleich in allen Punkten. Und zwar, Punkt 1 ist betreffend deine Aussage, dass es nicht vorgespurt werden soll. Doch, genau diese Vorspur steht ganz konkret in diesem Antrag, dass man sich für eine entscheiden soll und damit vor den Rat kann. Das ist ganz konkret geregelt. Punkt 2 ist, man kann es nicht ändern. Die Kommission kann genau mit dieser Motion wieder in den Rat kommen, das steht ihr zu, denn deshalb ist sie vorberatend. Sie hat zwei Möglichkeiten. Eine Möglichkeit ist, dass sie dementsprechend einen Gegenantrag zu dieser Motion stellt, die genau vorschlägt, welches Führungsmodell man wählen soll. Oder, der zweite Punkt, und das ist auch möglich, du hast zwar gesagt, die Kommission kann es nicht abändern, aber die Motionärin, welche die Motion geschrieben hat, sitzt doch in dieser Kommission. Also wäre es möglich, dass sie im Zuge der Kommissionsberatung im Einverständnis auf Empfehlung der Kommission ihren eigenen Antrag abändern könnte. Es wäre sogar beides möglich, weil sie selbst Mitglied dieser Kommission ist. Der dritte Punkt ist, ihr habt zuvor ein wenig auf Ueli Keller verwiesen betreffend GPK-Bericht und betreffend Wunsch, der zuvor geäußert wurde, betreffend Mitarbeit des Schulrats. Man muss sagen, gerade fairerweise muss man auf tun, und gerade fairerweise ist es so, dass die KKS sich alle drei Player anhören muss, nämlich Schulleitung, Gemeinderat und Schulrat.

Denn ich finde es nicht ganz fair, wenn man sagt, dass man den einen Player aussenvorlassen will, im Sinn von: Der Schulrat soll nicht mitarbeiten dürfen, aber andererseits dem Gemeinderat, als ebenfalls betroffen, die Federführung von Anfang an voll übergeben wollen. Deswegen bin ich der Meinung, ist es die sauberste Lösung, dass sich die Kommission vorher alle drei anhört. Man kann nicht einerseits sagen, der eine soll nicht, und es dann trotzdem machen. Das finde ich, bin ich der Meinung, ist nicht der richtige Weg.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Unsere Motion gibt die Sachführungsverantwortung eindeutig in den Gemeinderat. Das finde ich richtig und wichtig. Sie behält die politische Führung beim Einwohnerrat. Auch das ist richtig und wichtig. Der Ordnungsantrag ist erstens etwas kompliziert – den zweiten Satz verstehe ich einfach nicht richtig, tut mir leid. Ich wäre für den direkten Weg, den man mit unserer Motion öffnen kann, der die Sachführung eindeutig dem Gemeinderat gibt. Mit wem er dann zusammenarbeitet, ist seine Sache. Aber dass er die Sachführung behält, ist wichtig. Das ist entscheidend. Dass der Einwohnerrat die politische Führung behält und anschliessend entscheidet, welche Variante aus welchen Gründen der Gemeinderat vorgelegt hat, für Allschwil gelten soll.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Lucca Schulz, bitte.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Bezüglich fraktionsübergreifender Absprachen, ja, es gab Absprachen. Ich muss aber auch sagen, ich habe den Text heute um 18.12 Uhr erhalten, also während der Sitzung. Insofern wäre das Erste, dass ich – auch wenn ich mich jetzt unbeliebt mache – dass ich darum bitte, dass wir anschliessend noch einmal drei Minuten kurz Zeit haben, um es noch einmal schnell anzuschauen. Und zweitens: Verstehe ich es nun richtig, und wenn nicht, bitte ich den Ordnungsantragssteller darum, mich zu korrigieren. Es geht nun darum – wird man, wie Ueli Keller zuvor es gesagt hat, die Sachführung, also Prozessführung beim Gemeinderat belassen oder gibt man es an die KKS? Falls es nicht stimmt, dann bitte korrigiere mich.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ich kann auch formell einen Ordnungsantrag stellen auf drei Minuten Pause, oder gebt ihr das?

Henry Vogt, Präsident: Können wir tun. Machen wir drei Minuten Pause zur Beratung!

TIME-OUT

Henry Vogt, Präsident: Die drei Minuten sind so weit um! – So, bitte wieder die Plätze einnehmen, dann können wir weitermachen. – Gut, wir hatten nun die Beratung. Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung ...

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Matthias Häuptli möchte sich melden.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Darf ich noch einmal etwas zur ganzen Frage dieses Ordnungsantrags? Im Prinzip ist das, was der Ordnungsantrag will, ist eigentlich diametral etwas anderes, als das, was die Motion wollte. Denn die Motion wollte, dass man ein ergebnisoffener Prozess hat, dass man eine Auslegeordnung hat, welche fundiert ist. Das ist in der Hand des Gemeinderats, aber dann der Antrag nicht quasi so bindend ist, nämlich nur so vorgespurt, damit wir nicht auch etwas anderes entscheiden könnten. Das will die Motion. Der Ordnungsantrag will nun eigentlich etwas ganz anderes. Der will nämlich, dass der ganze Prozess jetzt in einem relativ frühen Stadium vorgespurt wird und dann nur auf dieser Schiene fährt, welche die KKS entscheidet. Das ist etwas ganz anderes.

Der Ordnungsantrag ist auch in dieser Form wohl gar nicht zulässig. Was man tun kann, der erste Satz, ja, man kann ein Geschäft, irgendein Geschäft, kann man an die KKS überweisen. Da geht es aber darum, dass man vorher berät, ob die Motion dann überwiesen werden soll oder nicht. Denn in diesem Stadium sind wir. Jetzt geht es bei diesem Geschäft darum, ob die Motion überwiesen oder nicht überwiesen wird. Um nichts anderes. Dann kann sich die KKS dazu auch noch äussern, wenn man es ihr überweist. Aber das andere, dass die KKS die Motion mit einem Auftrag an den Gemeinderat zur Ausarbeitung eines bestimmten Modells überweisen soll, ist völlig im Widerspruch zum Geschäftsreglement. Die Motion muss am Schluss so vorgelegt werden, ohne Ideen jeglicher Art, dass

die Motionärin in der Kommission dann gefälligst die Motion abändern soll. Das steht jetzt überhaupt nicht zur Diskussion. Sondern, die Motion, davon müssen wir ausgehen, wird so dem Rat vorgelegt werden müssen. Natürlich kann die KKS noch etwas anderes machen. Aber das, was da als Ordnungsantrag vorgeschlagen wird, ist im zweiten Satz gar nicht zulässig. Danke schön.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank für die Erläuterung. Matthias, du hast nun einfach eine Auslegeordnung und eine Büroteilung, die du machst, die nicht im Grundsatz, nicht mal im Grundsatz auf etwas fusst, was in diesem Reglement steht. Auch soeben bei den Ordnungsanträgen steht zum Teil, steht genau der Satz «zum Beispiel». Dann haben wir nämlich in der Diskussion ... – bei der Anpassung des Geschäftsreglements wurde nämlich genau über diesen Punkt ewig diskutiert. Man hat «zum Beispiel» genau deshalb stehen lassen, dass er eben nicht abschliessend ist und Ordnungsanträge ergänzend formuliert werden können. Genau diesen Punkt haben wir diskutiert, als wir damals das Geschäftsreglement bearbeiteten. Insofern ist dieser zweite Antrag absolut zulässig.

Und, nein, wir wollen überhaupt nicht vorspulen. Sondern, und das ist genau die Idee, ich habe sie zuvor erläutert, dass nämlich die Grundlagenauslegung, die auch der Gemeinderat tun müsste, wollte oder muss, bereits in der Kommission stattfindet. Denn sonst machen wir diese Diskussionen, nämlich über alle diese Grundlagen, nachher hier einfach mit 40 Leuten. Wenn ihr das wollt, okay, dann könnt ihr das tun, dann könnt ihr diesen Ordnungsantrag ablehnen. Dann diskutieren wir halt die Grundlagen mit 40 Leuten hier. Ob das zielführend ist, weiss ich auch nicht. Was wir nicht vergessen dürfen: Wenn wir es der Kommission übergeben, hat die Kommission ab diesem Zeitpunkt die Federführung, nämlich wie weiter vorgegangen werden soll. Wenn wir es dem Gemeinderat übergeben, müssen wir einfach wissen, hat der Gemeinderat sechs Monate Zeit. Der Gemeinderat ist mit der Überweisung der Motion nicht verpflichtet, die KKS beizuziehen. Einfach, damit das noch erwähnt sei. Und, er könnte auch nach sechs Monaten einfach ebenso nur einen Zwischenbericht zu dieser Motion vorbringen. Einfach, damit man es wirklich weiss, wie der Ablauf ist und welche Möglichkeiten es gibt. Deshalb, wenn wir die Federführung wirklich behalten wollen, ist das der richtige Weg.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte gerne dem Gemeinderat Zeit geben, um schnell Stellung dazu nehmen zu können, welches für den Gemeinderat die optimale Variante der beiden wäre.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ja, ich wollte zuvor schon mal das Wort ergreifen, dann habe ich aber gehört, es ist ein Ordnungsantrag, und zu einem Ordnungsantrag hat der Gemeinderat nichts zu sagen. Insofern kann ich nichts sagen. Wenn ihr es aber anders seht, dann seht ihr es anders.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Miriam Schaub, anschliessend Etienne Winter.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich möchte einfach noch einmal betonen, wir diskutieren jetzt über den Prozess. Wir haben unterschiedliche Interpretationen. Mich freut aber, dass wir auch in den Vorgesprächen eigentlich dasselbe Ziel – das Ziel ist ein ergebnisoffener Prozess – haben, es soll in die KKS. Insofern halte ich es für positiv. Ich glaube, am Schluss können wir mit beidem leben. Wir werden nun aber an unserer Motion festhalten, die von uns aus gesehen der ordentliche Prozess ist. Ich möchte wirklich noch einmal betonen: In diesem Antrag steht «rechtzeitig». Für mich heisst das nicht, dass der Gemeinderat dann erst in einem halben Jahr etwas bringt. Der Gemeinderat möchte auch, dass wir noch im Dezember entscheiden. Ich habe in der Begründung oder Herleitung ganz klar geschrieben, es braucht «genügend Zeit für die politische Beratung». Ich glaube, es ist allen klar, dass es länger Zeit benötigt als ungefähr einen Monat. Und es ist einzuplanen, dass das Geschäft in eine Kommission, ich sage nun einfach, in eine Kommission soll. Insofern sind wir uns einig, wie auch immer es nun ausgeht.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Etienne Winter, anschliessend Ueli Keller.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Wir haben ja unsererseits das Time-out gewünscht, um uns kurz zu beraten. Einfach nur schnell summa summarum. Wir hatten nicht einen Einheitsbeschluss, aber die Tendenz liebäugelte ein wenig darauf, dass wir doch die Federführung, resp. damit auch die Verantwortung gerne mehr dem Einwohnerrat zusprechen würden. Das ist daher begründet, weil es schlussendlich auch ein politischer Entscheid ist, welches Modell man fahren möchte, was ist besser, was ist schlechter, will man beim Alten bleiben oder nicht. Wenn man natürlich die Leute, die in diesem System selbst drin sind, fragt, was sie wollen – Was will der Gemeinderat? Der denkt, ich will niemand, der mir rein schwatzt.

Was will der Schulrat? Der will sich nicht selbst abschaffen. Was möchte die Schulleitung? Mit wem habe ich es besser. Das ist eigentlich, wenn man sie miteinander sprechen sollen, was wollen wir gemeinsam, wird es immer mehr oder weniger ein Kreis sein, was man will. Ich glaube, in diesem speziellen Setting, ist es vielleicht nicht schlecht, wenn der Einwohnerrat als schlussendlich Entscheidungskraft es enger begleitet. Er hat aber auch die Verantwortung. Aber von diesem Setting her würden wir doch auch, wie es erwähnt wurde, eher den unorthodoxen Weg begrüßen und sind aufgrund von der Ausgangslage, und das ist nun nicht die Fraktionsmeinung, aber es ist vielmehr der Konsens unsererseits, würden wir es eher begrüßen. Aber auch mit der Erwartung, dass die KKS doch auch wirklich einen guten und wertvollen Job machen muss. Das ist eine Arbeit.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich mache mir langsam ein wenig Sorgen, dass wir am Schluss gar nichts haben, offen gestanden. Bitte, insbesondere beim Schulrat können wir uns nun keine Traamtänze mehr leisten. Hört mal auf mit den Traamtänzen – Gopfrid Stutz. Jetzt überweisen wir mal die Motion und lassen sie durch den Gemeinderat bearbeiten und schenken ihm das Vertrauen, dass er uns etwas Vernünftiges vorlegen wird. Wo sind wir denn sonst?

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Henry Vogt, Präsident: So, jetzt stimmen wir endgültig über den **Ordnungsantrag nach § 79** ab. Das einfache Mehr ist ausreichend. Wer dafür ist, soll es bitte mit der gelben Karte bezeugen. Gegenstimmen? Danke schön. Enthaltungen? Vielen Dank.

://:

Wir haben 16 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Somit ist der Ordnungsantrag abgelehnt.

Henry Vogt, Präsident: Wir fahren weiter mit der **dringlichen Motion**. Ich frage den Rat an: Ist Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Votum der Postulantin an der Reihe, anschliessend die Stellungnahme des Gemeinderats und dann die Beratung durch den Einwohnerrat.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich glaube, der Gemeinderat hat den Auftrag auf jeden Fall auszuführen. Damit bleibt nur noch der Auftrag, dass er es schneller bringen muss, also nach den Sommerferien. Das ist es. Punkt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Miriam, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Miriam, da bin ich voll bei dir. Es ist so, der Gemeinderat will schnell arbeiten, er will es an die Hand nehmen, ich habe es zuvor ausgeführt. Er möchte aber auch, dass der Einwohnerrat aktiv eingebunden ist, das habe ich auch ausgeführt. Ich kann Ihnen versichern, wir kommen rechtzeitig hier zu Ihnen, Sie werden die Vorlage erhalten, Sie werden genügend Zeit haben – genügend Zeit, gemessen an der Zeit, die wir alle vom Kanton erhalten haben, einfach, damit das klar ist. Der enge Zeitrahmen haben nicht wir gesteckt, der wurde vom Kanton vorgegeben. Im Rahmen dieses engen Zeitplans werden wir Ihnen genügend Zeit geben, um das Geschäft zu beraten. Wir sind klar überzeugt, dass es dafür die Motion nicht benötigt, dass diese Motion daher nicht zu überweisen ist.

Nun, die Diskussion beim Ordnungsantrag. Matthias Häuptli, was habe ich hier gehört? Die Motion verlangt ergebnisoffenen Prozess. Man will mit dieser Motion nur verhindern, oder resp. man will nur, dass der Antrag, der kommt, nicht bindend ist. Was heisst denn das? Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Jeder Antrag des Gemeinderats, der hier gestellt wird, kann von Ihnen umgestossen werden. Wir hatten zuvor ein Traktandum, bei dem Sie abgelehnt haben, mit Argumenten, von denen Sie dachten, man kann es ablehnen. Also, es gibt keinen Antrag, der vom Gemeinderat herkommt, der nicht umgestossen werden kann.

Zu den Ausführungen von Miriam: Ich habe es zuvor bereits erwähnt, ergebnisoffener Prozess, rechtzeitig in den Einwohnerrat, genügend Zeit für die Beratung, all das will der Gemeinderat auch. All das will er auch. Dafür benötigen wir keine Motion.

Etienne, du hast gesagt, der Einwohnerrat will mehr Verantwortung und deshalb die Motion überweisen haben. Mehr Verantwortung als den Entscheid, über das zukünftige Führungsmodell auswählen zu können, mehr Verantwortung kann der Einwohnerrat gar nicht erhalten. Es gibt nicht mehr. Der

Einwohnerrat ist derjenige, der es entscheidet. Wir zeigen Ihnen die Vor- und Nachteile auf, wie zuvor erwähnt, arbeiten wir sie während des Prozesses zusammen mit der Schule aus. Am Schluss entscheiden Sie, ob Sie die Argumente stimmig finden oder nicht stimmig. Sie entscheiden, ob der Antrag gutgeheissen wird, den wir Ihnen unterbreiten. Ich denke, es müsste doch allen einleuchten: Wir benötigen keine Motion. Deshalb bitte ich Sie, diese nicht zu überweisen. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Jetzt wären die Fraktionssprecher an der Reihe. Lucca Schulz, anschliessend Claudia Sigel.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir werden diese Motion unterstützen. Wenn die Gemeindepräsidentin sagt, wir brauchen es nicht, wir tun es ohnehin, dann kann man genauso gut den Umkehrschluss anwenden: was stört denn dermassen an dem unterstrichenen Wort «rechtzeitig»? Scheinbar benötigt's es doch. Jetzt muss klar die Willenserklärung kommen, dass wir mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sind. Es ist nun mal so, dass es so, wie es aufgegleist wurde, eben gerade durch zwei Abstimmungen abgeschossen wurde, einstimmig vom Einwohnerrat. Nun wollen wir, dass der Gemeinderat versteht, dass er es zügig, rechtzeitig in den Einwohnerrat, in die KKS bringen muss. Deshalb bitte ich um Unterstützung dieser Motion.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Claudia Sigel, anschliessend Florian Spiegel.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Besten Dank. Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Mitte-Fraktion ist eigentlich von Miriams Motion begeistert. Wir sind auch der Meinung, wir müssen endlich mal vorwärtsmachen. Deshalb haben wir auch die Interpellation gestern abgelehnt. Wir finden die Fragen der SP wirklich berechtigt. Daran liegt es nicht. Wir wollen aber vorwärtsmachen und wir wollen vor allem auch für den Gemeinderat, der nun in einer Bringschuld steckt, versuchen, Ressourcen freizuschaukeln, damit sie sich auf das, was wichtig ist, konzentrieren können, nämlich endlich mal die Entscheidungsgrundlagen dem Einwohnerrat unterbreiten. Genau darin liegt die Krux. Ich habe heute von unserer Gemeindepräsidentin gehört, es wurde mir von Franz Vogt, der in unserer Fraktion ist, bestätigt, dass intensive Bestrebungen im Gemeinderat im Gang sind, dass genau das, was die Motion fordert, ohnehin auch schon erfüllt wird. Ob nun der Schulrat dabei ist oder nicht oder wie auch immer, wird sich auch nicht ändern, wenn wir die Motion annehmen. Wir können gewisse Prozesse, die der Gemeinderat in der Hand hat, ohnehin nicht steuern. Wir können mit dieser Motion auch keinen zeitlichen Druck aufsetzen, denn wenn der Gemeinderat es nicht hat, hat er es nicht. Aber wir können den Gemeinderat entlasten, indem wir ihm nicht noch zusätzliche Arbeiten aufbürden und sagen, so jetzt Leute, ihr wisst, ihr habt nun etwas zu tun, ihr müsst dem Einwohnerrat die Entscheidungsgrundlagen bringen, ihr habt das ohnehin vor, also macht das, und wir unsererseits schauen, dass ihr nicht noch zusätzlichen Aufwand mit Interpellationen oder Motionen habt! Deshalb hat die CVP oder Die Mitte-Fraktion umgeschwenkt und unterstützt den Antrag der Grünen-Fraktion nicht mehr. Danke vielmals.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe noch eine Verständnisfrage an den Gemeinderat. Interpretiere ich das richtig: Wenn die Motion durchkommt, werden alle drei Grundlagen ausgearbeitet und alle drei werden dem Rat vorgelegt, dann muss sich der Rat für eine entscheiden und dann muss der Gemeinderat die finale Vorlage erstellen und noch einmal dem Rat vorlegen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Zu Beginn habe ich genickt, Flo, und gedacht, ja, da sind wir einverstanden. Nein, nicht ganz, der Schluss stimmt nicht ganz. Wir kommen nur einmal in den Einwohnerrat. Wir legen einmal dar, welches die Vor- und Nachteile von jeder Variante sind, wir wägen ab und Ihnen einen Antrag unterbreiten, damit kommen wir in den Einwohnerrat. Aber alle drei Möglichkeiten werden gecheckt, nicht nur zwei.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es geht darum, wer die Führung hat. Es wurde davon gesprochen, ob der Einwohnerrat abgeschafft werden soll. Das war nicht nur ein Fasnachtsujet. Die Motion gibt dem Einwohnerrat Gelegenheit, die Führung zu übernehmen als Exekutive, als Legislative! – Entschuldigung – und den Gemeinderat in die exekutive Rolle zu bringen. Deshalb bitte überweisen Sie diese Motion, weil Sie einen starken Einwohnerrat wollen.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Motion hat zwei Elemente, die wesentlich sind. Die eine ist «rechtzeitig». Da kann man sagen, der Gemeinderat wird das auch rechtzeitig tun, à la bonheur. Das andere betrifft die Frage, ist der Prozess ergebnisoffen oder nicht. Ja, da stimmt es schon nicht so völlig, was die Gemeindepräsidentin dazu gesagt hat,

denn eine der Optionen ist der Status quo. Wenn der Gemeinderat zum Schluss kommt, dass der Status quo beibehalten werden soll, dann kann er eine einfache Vorlage bringen. Er bringt die ganze Evaluation, alle seine Argumente etc. und bringt einen Beschluss, der sagt, man nimmt es zur Kenntnis. Und fertig. Denn für den Status quo muss nichts angepasst werden. Hingegen müsste für die Einführung eines neuen Modells die Gemeindeordnung angepasst werden und wahrscheinlich auch verschiedene Gemeindefragmente. Die Motion will einfach, dass die Änderungen auch ausgearbeitet werden, damit am Schluss der Einwohnerrat auch etwas anderes entscheiden kann. Sonst wäre das Resultat, gesetzt den Fall, der Gemeinderat beabsichtigt den Status quo beizubehalten, müsste man diese Vorlage wieder zurückweisen, damit der Gemeinderat dann wieder mit einem anderen Vorschlag kommt. Das macht noch einmal eine Schlaufe, durch die es dann halt entsprechend länger geht. Darum geht es und um nichts anderes. Dafür braucht es die Motion, damit die Variantenwahl vorhanden ist. Ich glaube, in diesem speziellen Fall ist es schon sinnvoll, dass man die Variantenwahl hat, denn, ich glaube, zur Auswahl zwischen den unterschiedlichen Führungsmodellen weiss heute wahrscheinlich noch niemand so genau, was am Schluss tatsächlich das Beste sein wird. Es gibt sicher für das eine wie für das andere gute Argumente. Ich rechne auch damit, dass es ein wenig quer durch die politischen Lager gehen wird. D. h., es ist zwangsläufig etwas, womit man rechnen muss, dass der Einwohnerrat am Schluss etwas anderes entscheiden will, als das, was der Gemeinderat vorschlägt. Deshalb ist es sinnvoll, mit der Motion zu überweisen, dass der Gemeinderat es auch entsprechend vorbereitet, dass verschiedene Beschlüsse gefasst werden können. Danke.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich hoffe jetzt, zum letzten Mal. Matthias Häuptli, «rechtzeitig» habe ich schon dreimal erklärt, da kommen wir. «Ergebnisoffen» habe ich, meine ich, auch schon dreimal erklärt. Ergebnisoffen heisst, wir haben drei Möglichkeiten. Wir müssen alle drei Möglichkeiten abklären, schauen, wo gibt es einen Vorteil, wo ein Nachteil. Wir müssen abwägen und am Schluss einen Antrag stellen. Dass der Einwohnerrat, falls wir auf die Idee kommen sollten, den Status quo zu behalten, den Beschluss nur Kenntnis nehmen muss, stimmt einfach nicht. Es ist ganz klar, und du verkennst das Bildungsgesetz. Ich bitte dich, es nachzulesen. Es ist klar so, dass der Einwohnerrat einen aktiven Beschluss fassen muss, auch wenn wir allenfalls eventuell zum Ergebnis kommen würden, den Status quo beibehalten zu wollen. Nur eine Kenntnisnahme reicht nicht aus. Der Einwohnerrat muss aktiv beschliessen, wir beabsichtigen den Schulrat beizubehalten, falls er das will. Wie zuvor erwähnt, soweit sind wir nicht. Eine Variantenwahl ist wichtig und dem Gemeinderat wichtig. Er wird sie so vorlegen. Ich hoffe nun, dass es klar ist. Deshalb noch einmal: Die Motion ist nicht notwendig. Es werden maximal offene Türen eingestossen. Mehr nicht. Natürlich kann man jetzt, wie Lucca sagt, ja, dann kann man es doch entgegennehmen. Das ist so. Das kann man immer. Aber es bringt letzten Endes nichts. Deshalb würde ich euch empfehlen, konzentriert euch auf die Arbeit, die kommt. Arbeitet bei diesem Geschäft aktiv mit. Dann werden wir einen guten Entscheid für unsere Gemeinde haben. Davon bin ich überzeugt. Vielen Dank.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist nur dann eine Frage, es geht nicht darum, ob wir nun abstimmen und zur Kenntnis nehmen, die Frage ist: Was geschieht, wenn wir z. B. den Vorschlag ablehnen würden? Dann braucht es ja andere Vorschläge. Einen anderen Vorschlag müsste man dann umsetzen. Dann muss man sagen, okay, wir wollen das Kommissionsmodell, dafür braucht es ein neues Reglement, und das haben wir ja dann nicht.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist doch wie immer und wie bei jeder Vorlage. Ihr bekommt einen Bericht, worin ihr sehen könnt, weshalb der Gemeinderat zum Antrag gekommen ist. Dies müsst ihr überprüfen. Am Schluss könnt ihr selbstverständlich sagen, wir schliessen uns dem Antrag nicht an, ihr könnt das, das ist immer so. Und für die anschliessende effektive Gemeindeordnungsanpassung haben wir im nächsten Jahr noch Zeit. Die kommt anschliessend, die kommt in einem zweiten Schritt. Das ist das, was wir wie üblich zwei Lesungen hier haben, die beraten werden. Jetzt geht es um einen Grundsatzbeschluss. Diesen muss man mit allen Vor- und Nachteilen abwägen, und ihr müsst ihn beschliessen. Vielen Dank.

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Ich merke, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag**. Der lautet wie folgt:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat rechtzeitig Entscheidungsgrundlagen für die Wahl des Führungsmodells sowie die notwendigen Anpassungen an die Gemeindeordnung und an die Reglemente für die Variante Gemeinderatsmodell und Kommissionsmodell zu unterbreiten.

Wer dafür ist, bitte ich jetzt mit der gelben Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Danke schön.

://:

Der Antrag wurde angenommen mit 18 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Henry Vogt, Präsident: Wir kommen jetzt zum Schluss. Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli, bitte.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Gemeinderatskollegen. Ich wollte euch noch eine Mitteilung in eigener Sache machen. Im 2024 bin ich 24 Jahre im Gemeinderat, und ich denke, das ist genug. Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschieden, dass ich im 2024 nicht mehr zur Wahl antreten werde. Ich teile euch das jetzt schon mit, weil ich es auch dem Gemeinderat bereits mitgeteilt habe und weil ich auch meine, es ist richtig, dass die Verwaltung das ganz offiziell mitbekommt. Auch bei mir ist es wie bei der Evelyne, es gab das Auf und Ab, das ist so. Das liegt, glaube ich, in der Natur der Sache eines politischen Amtes. Was ich aber denke, dass sich unsere Gemeinde in den 24 Jahren enorm entwickelt hat. Wir haben ein linksufriges Bachgrabengebiet, welches sich phänomenal entwickelt hat. Wir haben auch andere Entwicklungen. Wir sind gut aufgestellt. Ich bin auch davon überzeugt, dass ich mein Amt mit wirklich gutem Gewissen weitergeben kann. Das wollte ich euch an dieser Stelle ganz offiziell mitteilen. Vielen Dank. [Applaus]

René Amstutz, 1. Vizepräsident: Ganz kurz. Die Grünen laden euch sehr gerne anschliessend zu einem Apéro im Restaurant Dem beim Lindenplatz ein. Sie warten auf uns schon eine Zeit lang, aber ich glaube, es wird immer noch gut sein. Kommt mit, auch jene, die sich vielleicht noch nicht angemeldet haben, es hat genug. Besten Dank.

Henry Vogt, Präsident: Jetzt noch ein kleines Schlusswort meinerseits, das muss ich tun. In erster Linie will auch das Büro Evelyne Roth Danke sagen für die Leistung, die sie im Einwohnerrat erbracht hat. Klar, wir werden dich wieder sehen, das ist auch klar, soweit für uns. Des Weiteren muss ich mich, darf ich mich noch bei Heinz Schreck bedanken, der heute nicht hier ist. Auf ihn wartet auch ein kleines Präsent, welches von Nicole Müller übergeben wird.

In eigener Sache will ich mich auch noch beim Büro bedanken und bei euch allen für das vergangene Jahr, das ich hier erleben durfte. Es war für mich ein sehr lehrreiches Jahr, schon nur grundsätzlich für die politischen Prozesse in unserer Gemeinde. Ich empfehle es jedem hier, diesen Weg einmal zu gehen. Er ist sensationell. Zum Schluss will ich noch sagen, ein ganz grosser Dank gilt auch Nicole Müller, sie schreibt jedes Mal ein bombastisches Drehbuch.

In diesem Sinn vielen Dank und – bis gleich!

ENDE DES SITZUNGSTEILS MITTWOCH, 14.6.2023, 20.25 UHR